

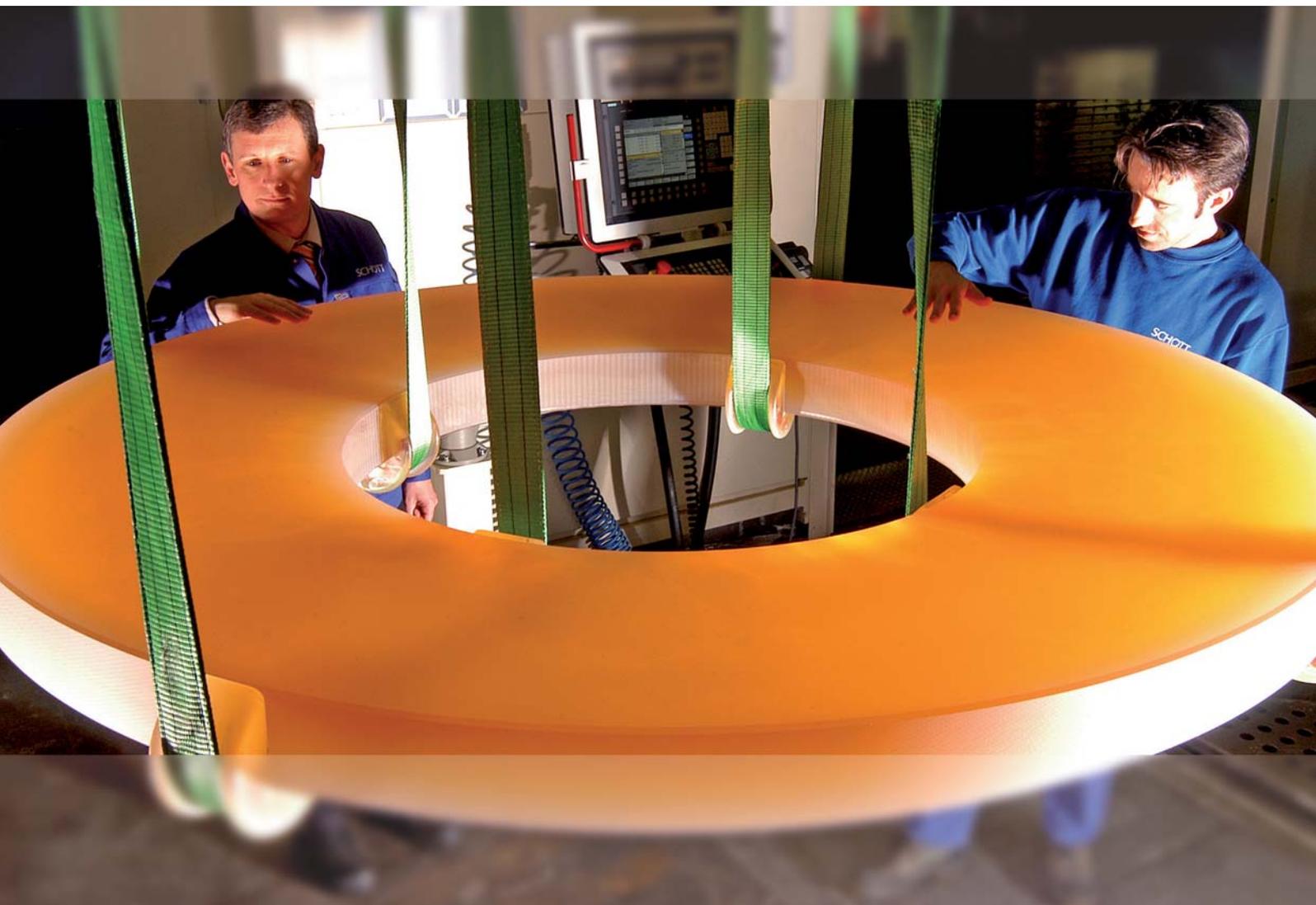


Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 | 2010

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Bruttoinlandsprodukt 2009

Bauhauptgewerbe 2009

Schulen 2009/10



Fotonachweis

Titelfoto: SCHOTT AG

Infolge der weltweiten Wirtschaftskrise ist 2009 das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 5% gesunken, so stark wie noch nie zuvor. In jeweiligen Preisen betrug der Wert der erbrachten wirtschaftlichen Leistung 102,5 Mrd. Euro, das waren 3,8 Mrd. Euro bzw. 3,6% weniger als im Jahr 2008.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

04 | 2010

STATISTISCHE MONATSFESTE

63. Jahrgang

kurz + aktuell	241
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Handwerk ■ Außenhandel Gründungen ■ Insolvenzen ■ Verdienste ■ Landwirtschaft Einbürgerungen ■ Soziales ■ Haushalte ■ Verkehr ■ Steuern	
Verbraucherpreise	258
Rheinland-Pfalz in Karten: Eingespeiste Strommenge aus Wasserkraft 2007	259
Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 5% gesunken	260
Bauhauptgewerbe 2009	267
Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10	274
Daten zur Konjunktur	287
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	315
Neuerscheinungen	325

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie im Januar mit Auftragsplus

Im Januar 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 12,8% mehr Aufträge als ein Jahr zuvor. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen um 13,3% (Deutschland: +11,5%), aus dem Ausland kamen 12,4% mehr Bestellungen als im Januar 2008 (Deutschland: +20,3%). Damals waren die Auftragseingänge infolge der Wirtschaftskrise eingebrochen.

Die umsatzstärksten Branchen verbuchten zum Teil starke Zuwächse. Dies betraf die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+48,2%), die Metallerzeugung und -bearbeitung (+43,5%), den Maschinenbau (+21,8%) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (+17,5%). Die positive Nachfrageentwicklung resultierte überwiegend aus der deutlichen Zunahme bei den Auslandsbestellungen. Rückgänge um 9,9% verzeichneten die Hersteller von chemischen Erzeugnissen, die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse erhielten 0,3% weniger Aufträge als im Januar 2009. In beiden Branchen wurde die negative Entwicklung durch die geringere Auslandsnachfrage beeinflusst.

Veränderungen gegenüber Dezember 2009

Das Ordervolumen der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Januar 2010 preisbereinigt 16,4% höher als im Dezember 2009 (Deutsch-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz				
Indikator	Monatswerte		Veränderung Januar 2010	
	Januar 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat	
	2005=100			
Auftragseingänge (real)				
Industrie	87,9	12,8% ↑	16,4% ↑	
Inland	94,2	13,3% ↑	22,9% ↑	
Ausland	82,9	12,4% ↑	11,1% ↑	
Chemie	73,3	-9,9% ↓	15,7% ↑	
Fahrzeugbau	77,5	48,2% ↑	31,4% ↑	
Maschinenbau	87,2	21,8% ↑	-0,7% ↓	
Metallerzeugnisse	84,7	17,5% ↑	0,4% ↑	
Bauhauptgewerbe	70,9	-11,6% ↓	-33,3% ↓	
Umsätze (real)				
Großhandel	87,8	-5,2% ↓	-11,9% ↓	
Einzelhandel (ohne Kfz)	95,5	-2,9% ↓	-24,6% ↓	
Kfz-Handel	69,1	-2,8% ↓	-8,5% ↓	
Gastgewerbe	68,5	-0,9% ↓	-22,4% ↓	

land: +0,9%). Die Bestelltätigkeit aus dem Inland verbesserte sich um 22,9% (Deutschland: +6,1%). Aus dem Ausland gingen 11,1% mehr Aufträge ein als im Vormonat (Deutschland: -3,5%). Von den umsatzstarken Branchen verzeichneten die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftwagenteilen (+31,4%), von der Metallerzeugung und -bearbeitung (+24,4%), sowie von pharmazeutischen Erzeugnissen (+18,9%) kräftige Zuwächse, die stark von den Inlandsbestellungen getragen wurden. Auch die chemische Industrie erzielte im Vormonatsvergleich einen zweistelligen Anstieg der Nachfrage (+15,7%). Auftragsrückgänge waren lediglich beim Maschinenbau (-0,7%) zu verzeichnen.

Industrie mit kräftigem Umsatzanstieg zum Jahresbeginn 2010

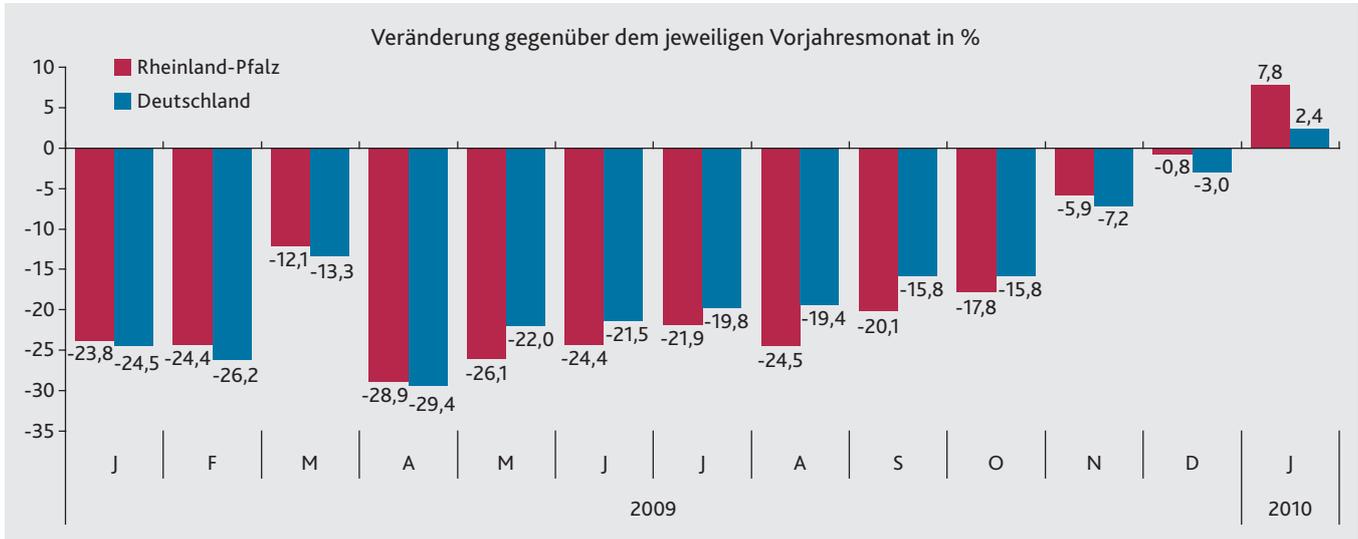
Beschäftigtenabbau setzt sich fort

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im Januar 2010 Umsätze in Höhe von rund 5 Mrd. Euro, das waren 7,8% mehr als im von der Wirtschaftskrise stark getroffenen Vorjahresmonat (Deutschland: +2,4%). Die Auslandsumsätze stiegen deutlich um 17,9% (Deutsch-

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft auf den folgenden Seiten und ab Seite 287 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Umsätze im verarbeitenden Gewerbe 2009–2010 nach Monaten



land: +8,2%), während die Erlöse im Inlandsgeschäft um 1,1% zurückgingen (Deutschland: -2%). Die Exportquote stieg damit leicht auf 51,2% (Deutschland: 45,5%).

Im Januar 2010 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 237 608 Beschäftigte, das waren – wie schon im Dezember 2009 – rund 8 400 bzw. 3,4% weniger als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: -4,9%). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag 2,9% unter dem Wert von Januar 2009 (Deutschland: -4,9%).

Von den umsatzstarken Wirtschaftszweigen erzielte die chemische Industrie einen deutlichen Anstieg der Verkaufserlöse gegenüber dem Vorjahresmonat (+29,3%). Umsatzzuwächse verzeichneten auch die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+4,9%), von Gummi und Kunststoffwaren (+4,4%), von Glas und Glaswaren einschließlich

Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden (+3,1%), von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+3%) sowie von Metallerzeugnissen (+1,1%). Die übrigen größeren Branchen mussten dagegen Rückgänge hinnehmen, die beim Maschinenbau (-8,2%) und bei der Getränkeherstellung (-7,4%) am deutlichsten ausfielen.

In allen Wirtschaftszweigen – mit Ausnahme der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+2,1%) – gingen die Beschäftigtenzahlen zurück. Unter den großen Branchen verzeichneten der Maschinenbau (-5,9%), die Hersteller von Metallerzeugnissen (-5,9%), die Metallherzeugung und -bearbeitung (-5,3%) sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-5,2%) im Januar 2010 eine deutlich niedrigere Beschäftigtenzahl als ein Jahr zuvor. Spürbare Rückgänge gab es auch in den Branchen Getränkeherstellung (-4,8%) sowie Herstellung von Glas

und Glaswaren (-4,7%). Moderater fiel die Personalreduzierung in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (-1%), von pharmazeutischen Erzeugnissen (-0,9%) und in der chemischen Industrie (-0,8%) aus. Die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus konnten ihren Personalstand nahezu halten.

Auftragseingänge im Bau deutlich gesunken

Die Auftragslage im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe hat sich im Januar 2010 erheblich verschlechtert. Verglichen mit Dezember 2009 ist die Nachfrage nach Bauleistungen um ein Drittel gesunken (-33,3%). Im Vorjahresvergleich, also gegenüber Januar 2009, belief sich der Rückgang auf 11,6%.

Diese negative Entwicklung wurde im Wesentlichen durch den Tiefbau verursacht. Die Bestellungen nahmen in

diesem Bereich im Vergleich zum Vormonat um rund 39% ab, wobei die Nachfrage im gewerblichen Tiefbau um knapp 42%, im öffentlichen Tiefbau um rund 47% und im Straßenbau um knapp 30% zurückging. Im Vergleich zum Januar 2009 zeigt sich im Tiefbau dagegen nur eine geringfügige Veränderung der Auftragseingänge (+1,5%). Während sich die Nachfrage im gewerblichen Tiefbau (+0,2%) und im Straßenbau (-0,5%) gegenüber dem Vorjahr kaum veränderte, verzeichnete der öffentliche Tiefbau sogar ein Plus von 5,3%. Bei der Bewertung dieser Entwicklungen muss allerdings beachtet werden, dass die Indexwerte im Tiefbau für den Monat Dezember 2009, über mehrere Jahre verglichen, ungewöhnlich hoch waren, vermutlich aufgrund der Konjunkturprogramme.

Im Hochbau gingen die Bestellungen im Vergleich zum Dezember 2009 um 26% zurück. Betroffen waren hier vor allem der Wohnungsbau (-30,2%) und der öffentliche Hochbau (-39,2%). Die Nachfrage im gewerblichen Hochbau sank dagegen nur um knapp 10%. Im Vergleich zum Januar 2009 gab es im Wohnungsbau (-24,1%) und im gewerblichen Hochbau (-43,4%) deutliche Rückgänge, während die Bestellungen im öffentlichen Hochbau sogar kräftig zulegten (+69%).

Umsätze ebenfalls deutlich gesunken

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe sind ebenfalls deutlich gesunken.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe				
Indikator	Monatswerte		Veränderung Januar 2010	
	Januar 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100			
Auftragseingang	70,9	-11,6 % ↓	-33,3 % ↓	
Hochbau insgesamt	72,5	-22,1 % ↓	-26,0 % ↓	
Wohnungsbau	52,5	-24,1 % ↓	-30,2 % ↓	
gewerblicher Hochbau	75,7	-43,4 % ↓	-9,7 % ↓	
öffentlicher Hochbau	86,0	68,9 % ↑	-39,2 % ↓	
Tiefbau insgesamt	69,4	1,5 % ↗	-39,1 % ↓	
gewerblicher Tiefbau	92,4	0,2 % ↗	-41,9 % ↓	
öffentlicher Tiefbau	72,8	5,3 % ↑	-47,3 % ↓	
Straßenbau	60,5	-0,5 % ↓	-29,8 % ↓	
Baugewerblicher Umsatz	49,8	-28,2 % ↓	-67,5 % ↓	
Hochbau insgesamt	55,3	-30,6 % ↓	-59,8 % ↓	
Wohnungsbau	46,7	-20,6 % ↓	-63,0 % ↓	
gewerblicher Hochbau	57,5	-39,8 % ↓	-60,6 % ↓	
öffentlicher Hochbau	59,7	-20,4 % ↓	-56,0 % ↓	
Tiefbau insgesamt	44,3	-25,0 % ↓	-73,6 % ↓	
gewerblicher Tiefbau	57,5	-19,2 % ↓	-66,3 % ↓	
öffentlicher Tiefbau	34,4	-48,0 % ↓	-76,8 % ↓	
Straßenbau	46,2	-8,7 % ↓	-74,3 % ↓	

Im Vergleich zum Dezember 2009 belief sich der Rückgang auf fast 68%; gegenüber dem Januar 2009 setzten die Bauunternehmen gut 28% weniger um. Hierfür dürften im Wesentlichen auch die strengen Witterungsbedingungen verantwortlich sein. Dies spiegelt sich im deutlichen Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden wider (Rückgang gegenüber Dezember 2009: -50%; gegenüber Januar 2009: -21%). Vom Umsatzrückgang waren alle Bereiche des Bauhauptgewerbes betroffen. Im Tiefbau brachen die Umsätze um fast 74% und im Hochbau um knapp 60% ein. Auch im Vorjahresvergleich zum Januar 2009 mussten alle Bereiche Umsatzeinbußen hinnehmen. Der

Tiefbau verbuchte 25% weniger Umsätze, im Hochbau belief sich der Rückgang auf rund 31%.

Bauhaupt- und Ausbaugewerbe erzielten 2009 mehr Umsatz

Sowohl die Umsätze als auch die Beschäftigung sind im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im Jahr 2009 gestiegen. Die Branche erzielte einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von annähernd 2,8 Mrd. Euro, das waren 2,8% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten lag im Dezember 2009 mit 18 137 um 3,1% über dem Vorjahreswert. Damit entwickelte sich die Branche im Krisenjahr, das sich beispielsweise in der Industrie mit starken Umsatz-

rückgängen niederschlug, gegen den Trend. Auch im Vergleich mit dem Bauhauptgewerbe in ganz Deutschland schnitten die rheinland-pfälzischen Betriebe erheblich besser ab (Deutschland: Umsatz -4%, Beschäftigte +1,6%).

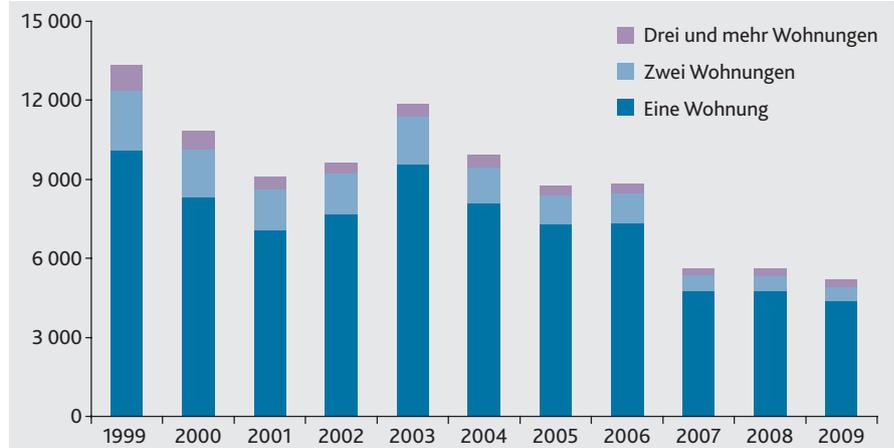
Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass vor allem der Straßenbau einen starken Umsatzzuwachs verbuchen konnte (+11,8%). Aber auch der gewerbliche Tiefbau (+2,4%) und der gewerbliche Hochbau (+1,9%) übertrafen – entgegen der allgemeinen Erwartung – die Umsätze des Vorjahres. Dagegen erwirtschafteten der öffentliche Hoch- und Tiefbau (jeweils -2,5%) sowie der Wohnungsbau (-1,8%) weniger baugewerbliche Umsätze als im Vorjahr.

Eine positive Entwicklung meldete auch das Ausbaugewerbe, das im Jahr 2009 einen ausbaugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,32 Mrd. Euro verbuchte und das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 6,2% überbot. Die Zahl der Beschäftigten lag Ende Dezember 2009 mit 12 990 um 7,1% höher als ein Jahr zuvor.

Hinweis

Weitere Informationen über die Entwicklungen des Bauhauptgewerbes im vergangenen Jahr finden Sie im Beitrag „Bauhauptgewerbe 2009 – Umsatz und Beschäftigung trotz Wirtschafts- und Finanzkrise im Plus“ ab Seite 267 in diesem Heft.

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 1999–2009
nach Anzahl der Wohnungen



Rückgang der Baugenehmigungen setzte sich 2009 fort

Nachfrage in der Nähe starker Wirtschaftsräume überdurchschnittlich

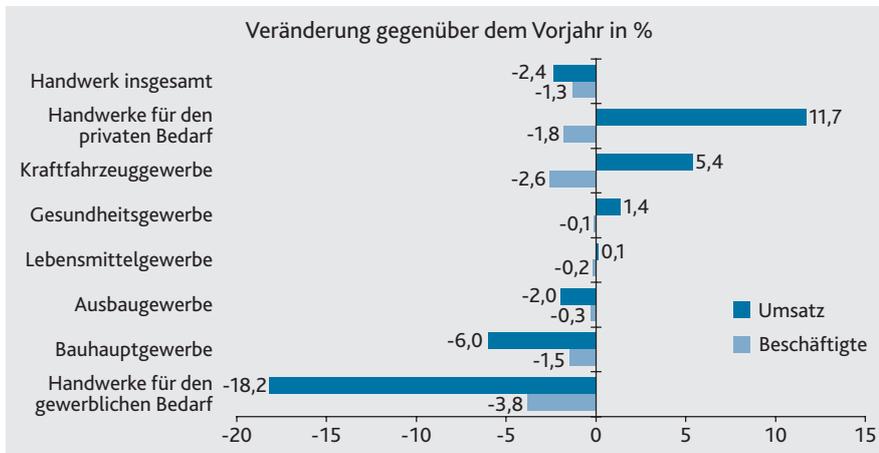
Die Nachfrage nach neuen Wohnungen geht weiter zurück. Im Jahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz 5 187 neue Wohngebäude genehmigt, das waren 7,4% weniger als im Vorjahreszeitraum. Einen Rückgang gab es auch bei der Zahl der genehmigten Wohnungen. Sie lag mit 7 527 um 2,3% niedriger als im Vorjahr. Damit setzt sich der längerfristige Trend sinkender Baugenehmigungen fort, der unter anderem durch die demografische Entwicklung und ein wachsendes Angebot an Gebrauchtimmobilen erklärt werden kann. Bis zum Jahr 2006 wurden jährlich noch deutlich mehr als 10 000 Wohnungen genehmigt.

Trotz des Rückgangs der Baugenehmigungen überstiegen die veranschlagten Baukosten das Vorjahresniveau.

Für die neu zu errichtenden Gebäude wurden insgesamt 1,34 Mrd. Euro kalkuliert, das waren 4,2% mehr als im Jahr 2008.

Überdurchschnittlich viele Genehmigungen für neue Wohnungen gab es 2009 wieder entlang der Grenze zu Luxemburg. Während landesweit auf 10 000 Einwohner rechnerisch 18,7 genehmigte Wohnungen kamen, waren es im Eifelkreis Bitburg-Prüm 37,5, im Landkreis Trier-Saarburg 36,6 und im Landkreis Vulkaneifel 30,8. Auch Landkreise im Einzugsbereich der Wirtschaftszentren Rhein-Neckar und Rhein-Main wiesen überdurchschnittliche Werte auf. Die relativ wenigsten Genehmigungen für neue Wohnungen gab es im Landkreis Birkenfeld (7,9) und im Rhein-Lahn-Kreis (8,2). Unter den kreisfreien Städten wies Trier mit 52,4 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert auf. Pirmasens rangierte mit 4,9 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner am Ende der zwölf kreisfreien Städte.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2009 nach Gewerbebezweigen



Weniger Umsatz im Handwerk im Jahr 2009

Das rheinland-pfälzische Handwerk erzielte nach vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2009 ein Umsatzminus von 2,4% gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: -5%).

Handwerke für den gewerblichen Bedarf, die vergleichsweise stark von der konjunkturellen Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe abhängen, waren maßgeblich für diese insgesamt negative Entwicklung verantwortlich und mussten einen Umsatzrückgang von 18,2% in Kauf nehmen. Zu dieser Gewerbegruppe zählen unter anderem Metallbauer, Feinwerkmechaniker und Informationstechniker. Auch das Bauhauptgewerbe, dem vergleichsweise viele kleine Handwerksbetriebe zugeordnet sind, musste ein Umsatzminus von 6% hinnehmen.

Einen Umsatzanstieg verzeichneten hingegen die Handwerke für den privaten Bedarf mit einem Plus von 11,7% gegenüber 2008. Dieser

Gewerbegruppe sind beispielsweise Friseure und Schornsteinfeger zugeordnet. Im Kraftfahrzeuggewerbe, das im Jahr 2009 von der Umweltprämie profitierte, sowie dem Gesundheitsgewerbe gab es Zuwächse von 5,4 bzw. 1,4%.

Die Zahl der Beschäftigten sank in allen Gewerbebezweigen und lag insgesamt um 1,3% niedriger als im Jahr zuvor (Deutschland: -1,5%). Den größten Rückgang innerhalb der Gewerbebezüge verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe mit -2,6%.

Export erstmals seit 1996 wieder gesunken

Stärkster Rückgang seit Gründung des Landes

Die weltweite Wirtschaftskrise hat den rheinland-pfälzischen Außenhandel im Jahr 2009 stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Jahr 2009 wurden Güter im Wert von 34,9 Mrd. Euro exportiert, das waren 21,5% weniger als im Vorjahr (Deutschland: -18,4%). Damit ist erstmals seit 1996 der Wert

der rheinland-pfälzischen Exporte im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Einen Rückgang dieser Stärke hat es seit Gründung des Landes nicht gegeben.

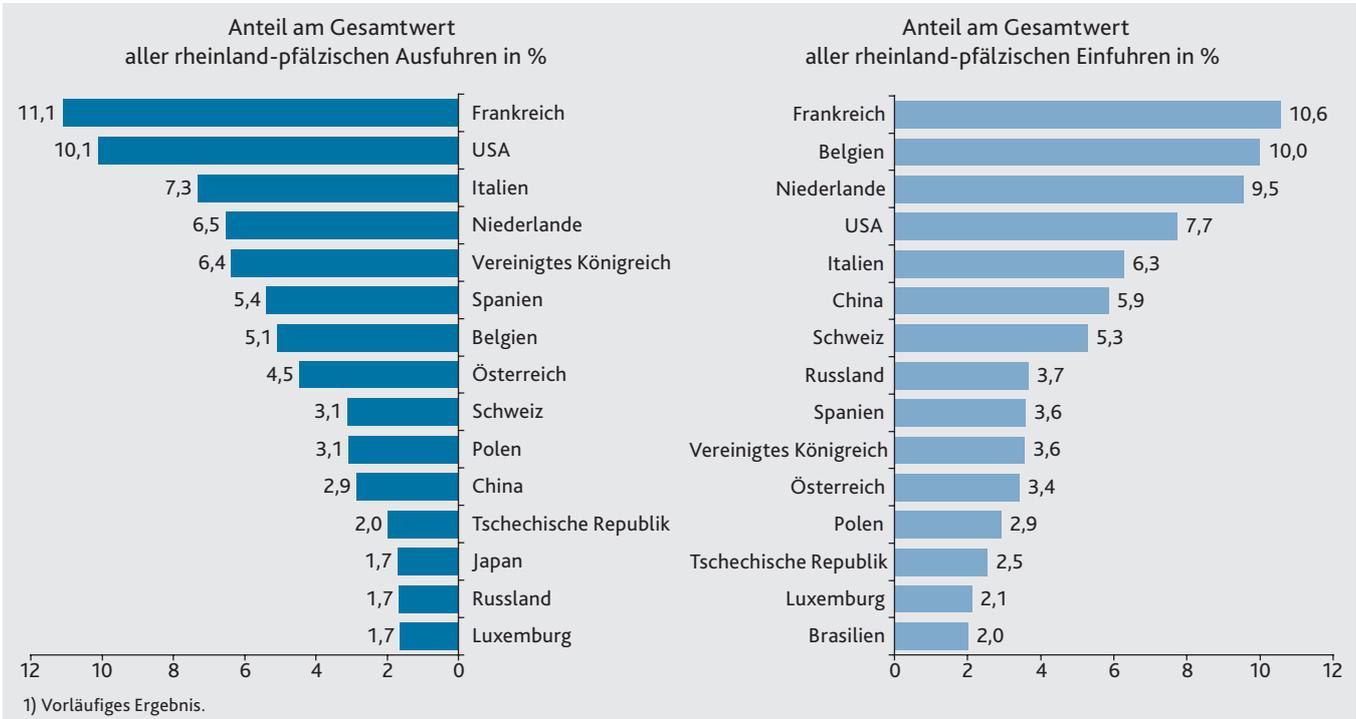
Besonders schwere Einbußen hatten der Fahrzeug- und der Maschinenbau zu verkraften. Hier ging der Exportwert in einigen Bereichen zwischen 30 und 55% zurück. Weniger stark wirkte sich die Wirtschaftskrise auf den Absatz der pharmazeutischen Industrie aus (-6,7%).

Auch die Importe sanken. Es wurden Waren im Wert von 22,2 Mrd. Euro eingeführt, 16,5% weniger als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: -17,2%).

Ausfuhren nach Zielregionen

In Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) lieferte die heimische Wirtschaft im Jahr 2009 Produkte im Wert von 21,6 Mrd. Euro, das waren 21,6% weniger als im Vorjahr. Davon entfielen 15,8 Mrd. Euro auf den Handel mit Ländern der Eurozone (-19,6%). Das Volumen der Exporte in Länder außerhalb der EU ging um 21,4% auf 13,3 Mrd. Euro zurück.

Der Handel mit europäischen Ländern hat für die rheinland-pfälzische Außenwirtschaft eine überragende Bedeutung. Gemessen am Warenwert gingen fast 62% der Exporte in Länder der Europäischen Union, weitere 8,3% in das übrige Europa. Nach Amerika wurden 13,9% exportiert, nach Asien 12,5% und nach Afrika 2,6%. Von allen Handelspartnern waren Frankreich, die USA und

Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner 2009¹⁾

Italien im Jahr 2009 die wichtigsten Abnehmerländer für Waren rheinland-pfälzischer Exporteure.

Einfuhren nach Herkunftsregionen

Waren im Wert von 14 Mrd. Euro wurden 2009 aus EU-Ländern importiert (-17,9%). Davon kamen Waren im Wert von 10,8 Mrd. Euro aus der Eurozone (-19,9%). Die Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten gingen um 14,1% auf 8,2 Mrd. Euro zurück.

Auf der Importseite ist die Bedeutung der europäischen Staaten für den rheinland-pfälzischen Außenhandel noch ausgeprägter als im Export. Im Jahr 2009 kamen 63% aller Importe aus EU-Mitgliedstaaten. Weitere 10,8% wurden aus dem übrigen Europa eingeführt. Die drei wichtigsten

Handelspartner im Warenimport waren Frankreich, Belgien und die Niederlande.

Aus Asien stammende Waren machten 12,7% des Importwertes aus. Es folgten Produkte aus Amerika mit einem Anteil von 11,6%. Auf Afrika entfielen 1,6% des rheinland-pfälzischen Importvolumens.

Knapp ein Drittel Frauenanteil beim Schritt in die Selbstständigkeit

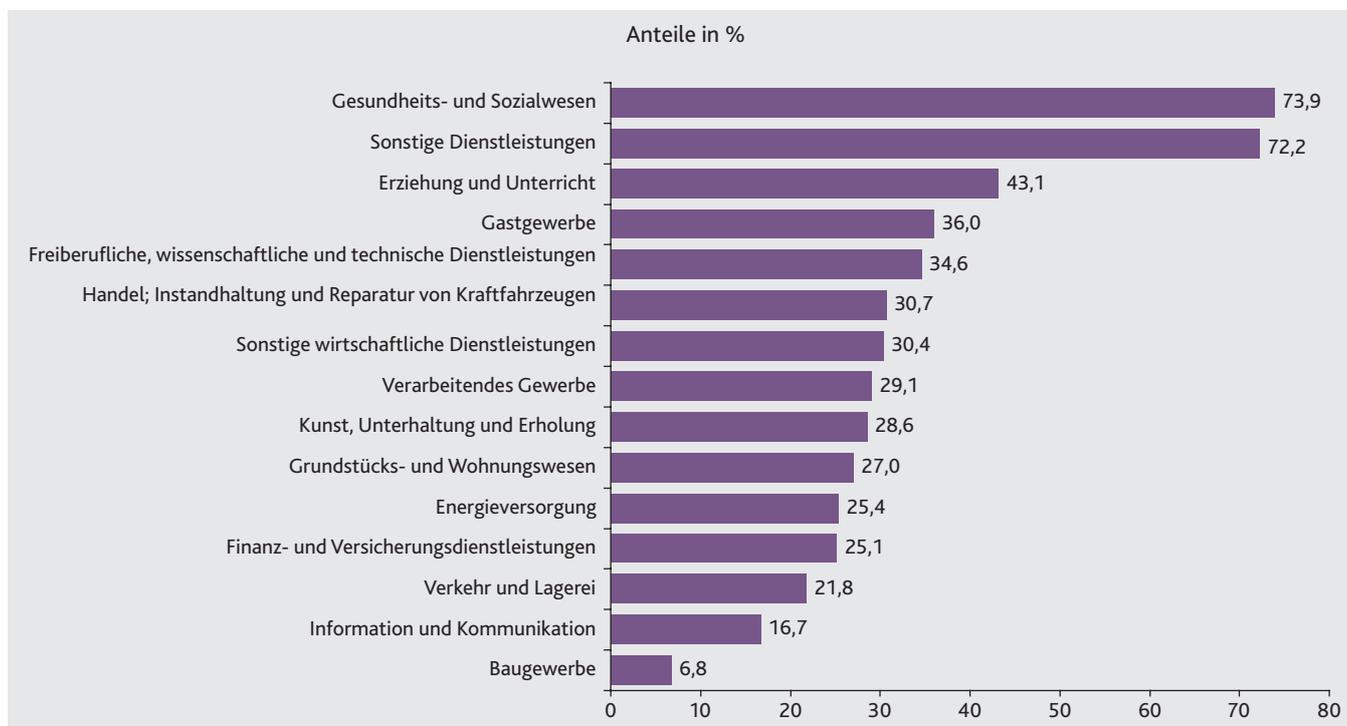
Gesundheits- und Sozialwesen absolute „Frauendomäne“

Im Jahr 2009 wagten in Rheinland-Pfalz gut 38 400 Personen den Schritt in die Selbstständigkeit, indem sie entweder allein oder gemeinsam mit anderen ein Gewerbe neu gründe-

ten. Darunter befanden sich knapp 12 300 Frauen. Während sich im Vergleich zum Vorjahr mehr Männer selbstständig machten, lag die Zahl der an Neugründungen beteiligten Frauen niedriger als im Jahr 2008. Damit wurde der in den Vorjahren beobachtete Trend einer steigenden Gründungsbeteiligung von Frauen unterbrochen – ihr Anteil sank von 33,6 auf 31,9%.

Bei der Wahl des Betätigungsfeldes waren geschlechtsspezifische Unterschiede zu beobachten: Als absolute „Frauendomäne“ erwies sich der Bereich Gesundheits- und Sozialwesen. Der Frauenanteil unter den neuen Gewerbetreibenden betrug dort fast 74%. Gleiches galt mit einem Frauenanteil von gut 72% für

Frauen unter den Neugründern 2009 nach Wirtschaftsabschnitten



den Bereich „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“, der unter anderem Frisör- und Kosmetiksalons, Wäschereien und chemische Reinigungen sowie Saunas, Solarien und Bäder umfasst. Die geringste Bedeutung hatte die Gründertätigkeit von Frauen im Baugewerbe mit einem Anteil von knapp 7%. Auch im Bereich „Information und Kommunikation“ lag der Frauenanteil mit knapp 17% deutlich unter dem Durchschnitt.

Knapp ein Viertel der Frauen gründeten einen Gewerbebetrieb im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“, davon die Mehrheit im Einzelhandel. Rund 20% der neuen Unternehmerinnen wurden im Bereich „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ tätig.

Knapp 12% meldeten ein Gewerbe im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ an, wobei Werbung und Marktforschung bevorzugte Betätigungsfelder waren. Knapp 11% der neuen Unternehmerinnen widmeten sich der „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Zu diesem Bereich gehört eine Vielzahl von Tätigkeiten zur Unterstützung der allgemeinen Geschäftstätigkeit, so z. B. die Vermietung von Gegenständen, die Vermittlung und Überlassung von Personal, das Betreiben von Reisebüros oder die Betreuung von Gebäuden.

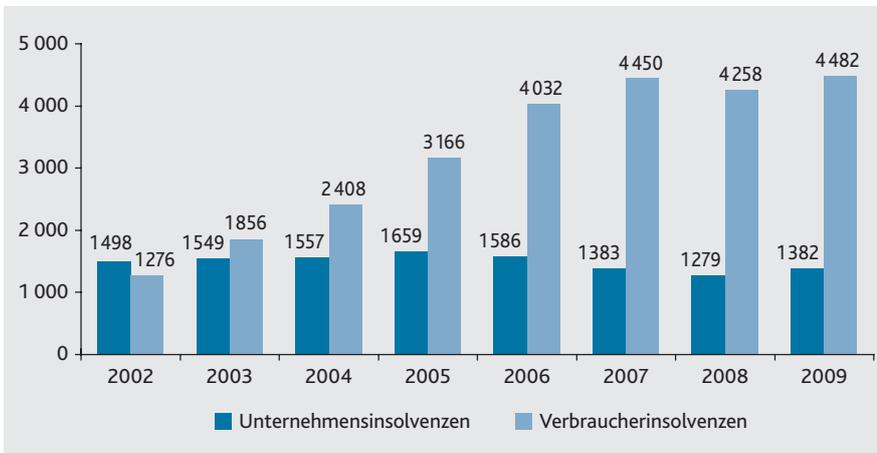
Auch hinsichtlich der Form der Gewerbeausübung zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern:

Während sich knapp 50% der Frauen für eine Gründung im Nebenerwerb entschieden, lag dieser Anteil bei den männlichen Gründern nur bei 37%.

Deutlicher Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009

Infolge der Wirtschaftskrise stiegen die Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 deutlich. Rund 1382 Unternehmen stellten einen Insolvenzantrag, das waren 8,1% mehr als im Vorjahr. Von den Unternehmensinsolvenzen waren 9969 Beschäftigte betroffen, mehr als doppelt so viele wie 2008. Dies deutet darauf hin, dass 2009 vermehrt größere Unternehmen Insolvenz beantragten. Auch die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2002–2009



lag mit 1,2 Mrd. Euro nahezu doppelt so hoch wie im Jahr zuvor. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 870 000 Euro verschuldet (2008: 478 000 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (266), gefolgt vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (239) und dem verarbeitenden Gewerbe (154). In den meisten Wirtschaftsbereichen erhöhte sich die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr. Zum Teil waren zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen, so z. B. im verarbeitenden Gewerbe (+27%) und im Baugewerbe (+13%). Ausnahmen waren die Bereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ sowie „Verkehr und Lagerei“, in denen die Zahl der Insolvenzen um 9,8 bzw. 4,4% zurückgingen.

Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Worms mit 18,5 Unternehmensinsolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen

am höchsten. Unter den Landkreisen erreichte Neuwied den höchsten Wert (15,9). Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Landau in der Pfalz (3,7). Bad Dürkheim wies unter den Landkreisen den günstigsten Wert auf (3,8).

Verbraucherinsolvenzen nahmen ebenfalls zu

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen übertraf im Jahr 2009 den Vorjahreswert. Es mussten 4 482 Personen Insolvenz beantragen (+5,3%). Die Summe der voraussichtlichen Forderungen belief sich auf 276 Mill. Euro (-2,7%). Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucherinnen und Verbraucher betrug damit gut 61 500 Euro (2008: 66 600 Euro).

Mit 62,8 Fällen je 10 000 Einwohner kamen Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens am häufigsten vor. Unter den Landkreisen wies Kaiserslautern den höch-

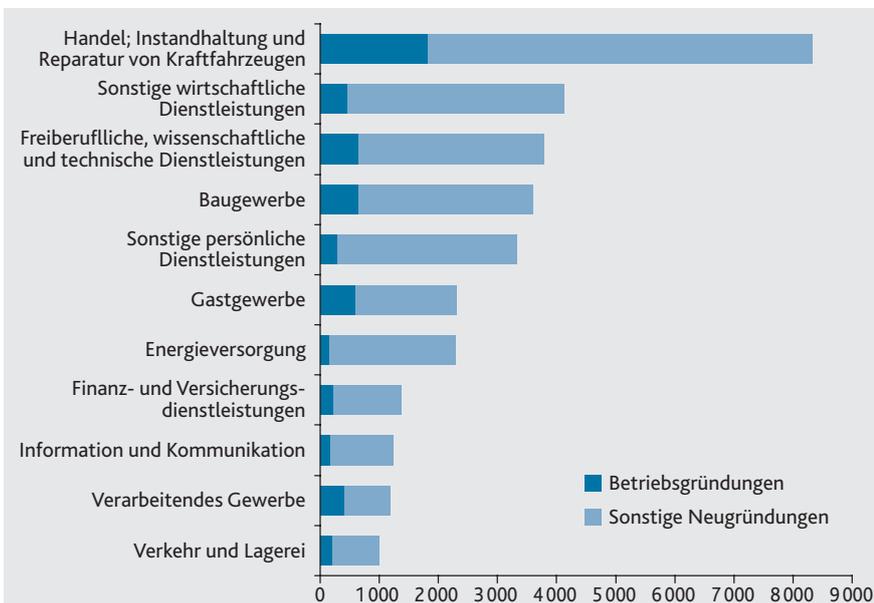
ten Wert auf (15,6). Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten erreichte Mainz (9,5). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit mit 4,5 Insolvenzen je 10 000 Einwohner im Landkreis Birkenfeld, der unter den Landkreisen das günstigste Ergebnis verzeichnete.

Mehr Betriebsgründungen im Jahr 2009

In Rheinland-Pfalz wurden 2009 im Vergleich zum Vorjahr mehr Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl der Betriebsgründungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,3% auf 6 199. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- bzw. Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, die über einen Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte oder über mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 29,3%. Dahinter folgte das Baugewerbe (10,5%) und „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (10,4%), zu denen unter anderem Werbung und Marktforschung sowie die Unternehmensberatung zählen.

Betriebsgründungen¹⁾ und sonstige Neugründungen 2009 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten



1) Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Bezogen auf die Einwohnerzahl wird die höchste Quote in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern mit 28,5 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner erreicht. Unter den Landkreisen lagen Ahrweiler und Bad Kreuznach mit einer Quote von jeweils 19,7 vorn. Die niedrigste Gründungsaktivität verzeichneten die kreisfreie Stadt Trier (14,7) bzw. der Landkreis Trier-Saarburg (7,1).

Die Zahl der sonstigen Neugründungen stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,7% auf 29 094. Als sonstige Neugründungen werden Gewerbe ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte bezeichnet, die keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen. Etwas mehr als die Hälfte dieser sonstigen Neugründungen erfolgte im Nebenwerb.

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 42 208 Gewerbe angemeldet, 3,7% mehr als im Vorjahr. Der Großteil der Gewerbebeanmeldungen entfiel auf Neugründungen (83,6%). Rund 9% der Meldungen waren durch Zuzüge in einen Gewerbeamtsbezirk veranlasst, 6,8% durch Übernahmen und 0,6% durch Umwandlungen.

Betriebsaufgaben nahmen ebenfalls zu

Im Jahr 2009 wurden vermehrt Betriebe aufgegeben, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Die Zahl dieser sogenannten Betriebsaufgaben erhöhte sich um 6,4% auf 5 875. Die sonstigen Stilllegungen gingen gegenüber dem Vorjahr um 4,7% auf 23 594 zurück.

Insgesamt wurden 36 182 Gewerbe abgemeldet, 2,5% weniger als im Jahr 2008.

Vollzeitkräfte verdienten 2009 durchschnittlich rund 41 200 Euro

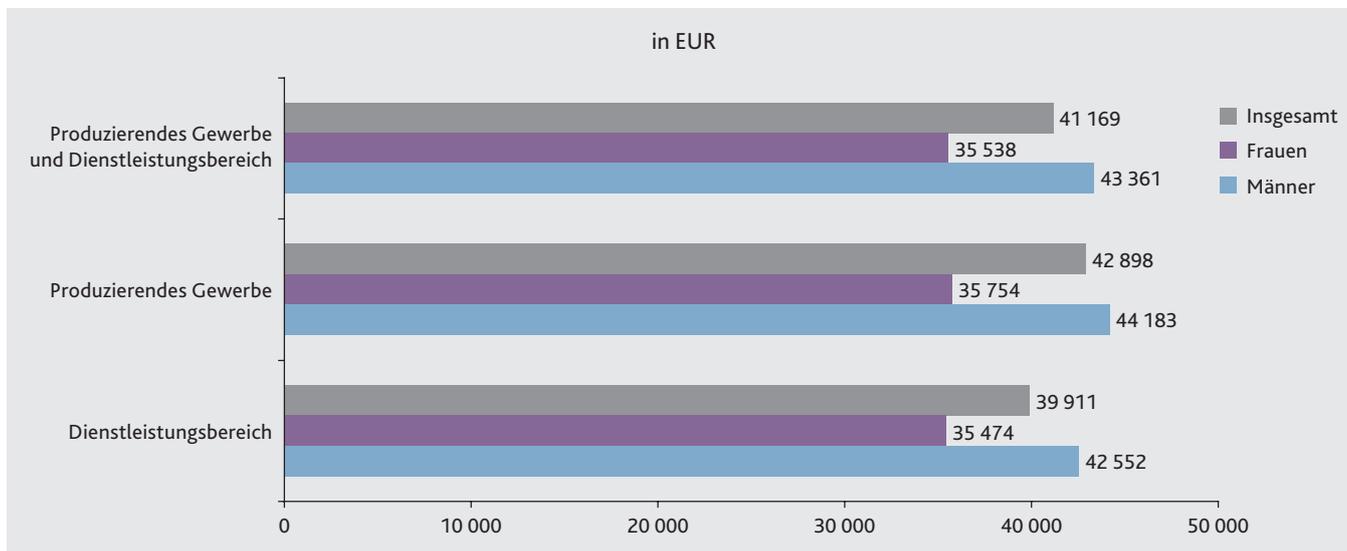
Rückgang in der Industrie, Zunahme im Dienstleistungsbereich

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 durchschnittlich 41 169 Euro brutto. Das waren 1,2% mehr als im Jahr 2008. Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 0,1%. Ohne Sonderzahlungen, wie tarifliche Einmalzahlungen oder Leistungsprämien, lagen die Verdienste bei durchschnittlich 37 807 Euro.

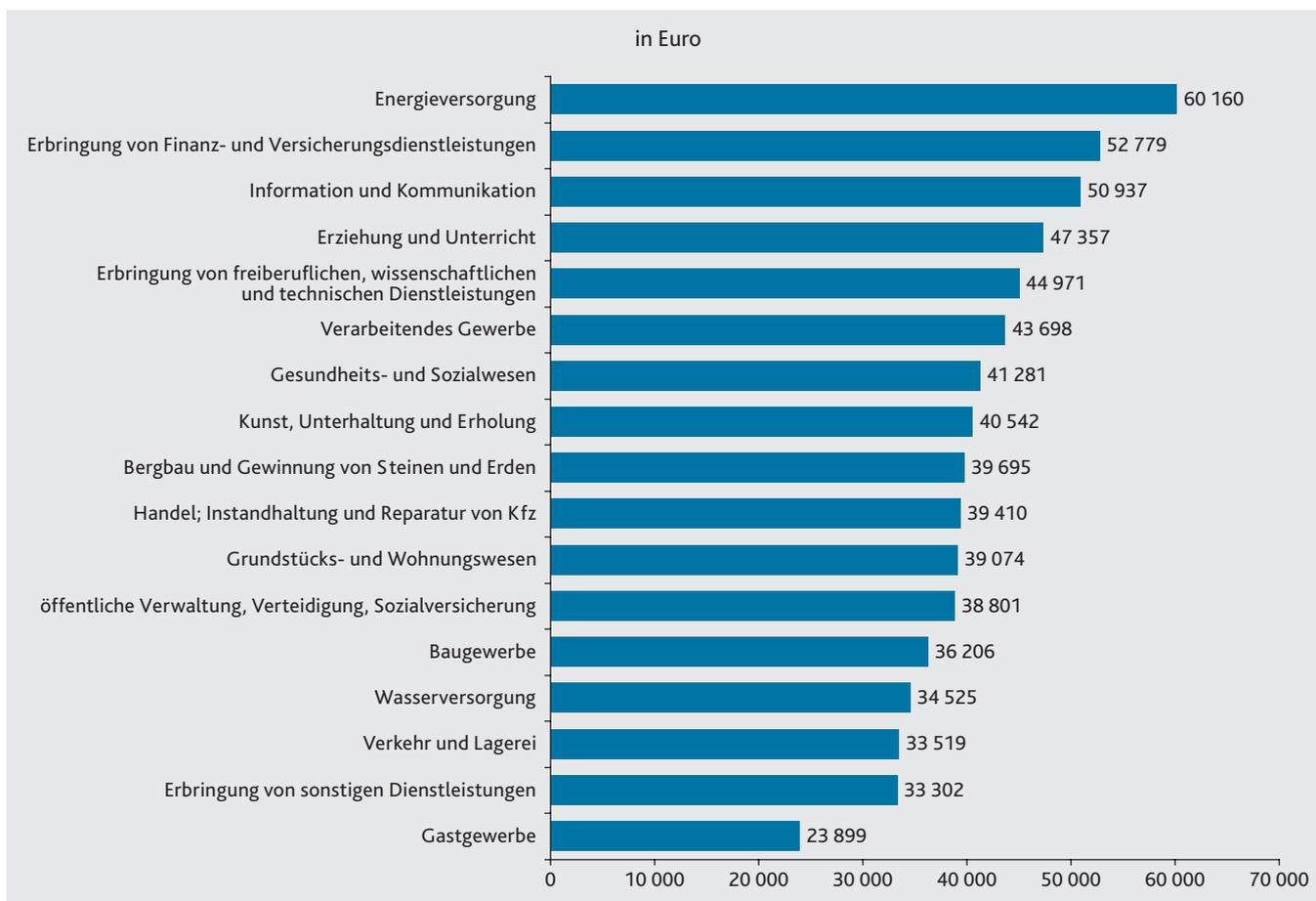
Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich bestimmt von der Art der ausgeübten Tätigkeit. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen bei den Vollzeitbeschäftigten – über alle erhobenen Wirtschaftsbereiche hinweg – ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 22 285 Euro. Beschäftigte in leitender Position erzielten dagegen mit 70 778 Euro eine mehr als dreimal so hohe Vergütung.

In der Industrie erhielten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2009 durchschnittlich 42 898 Euro (-1,1%). Ursachen für den Rückgang sind haupt-

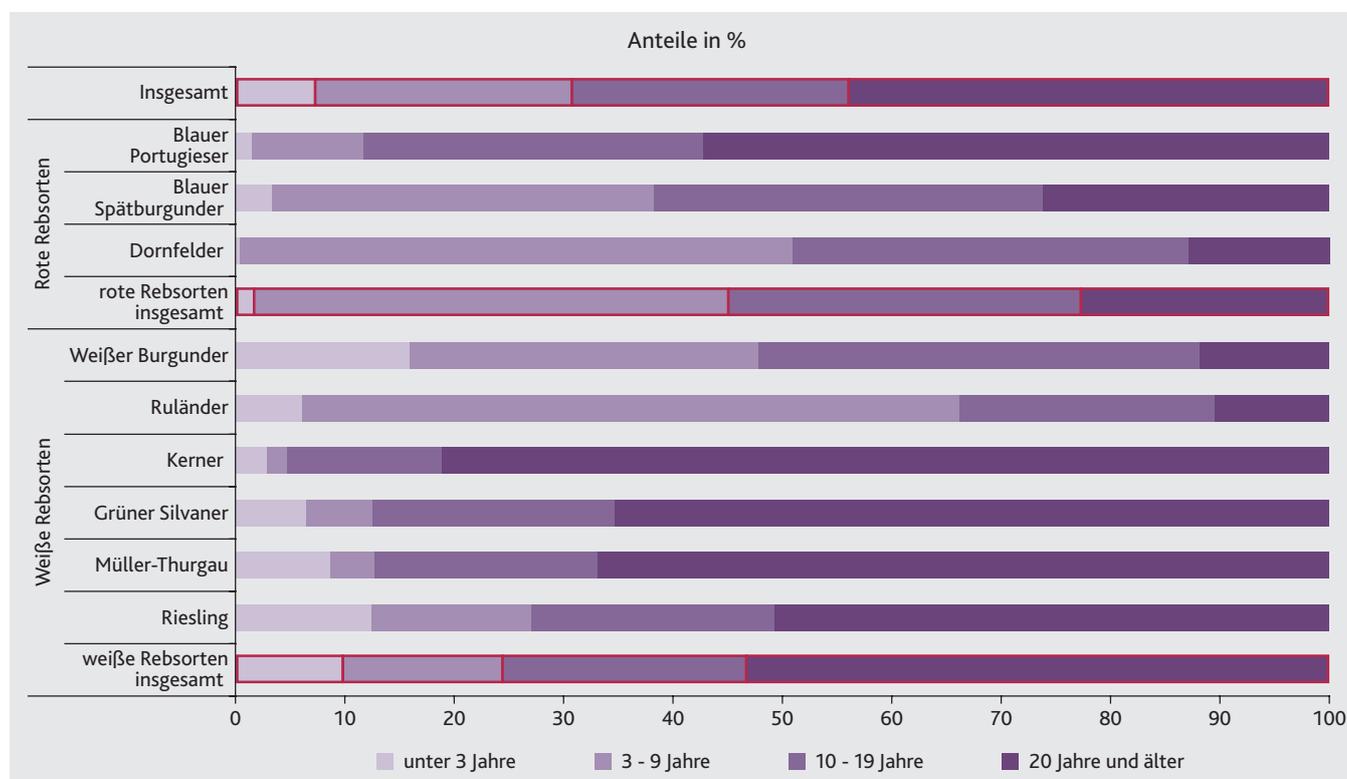
Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 2009 nach Geschlecht



Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2009 nach Wirtschaftsabschnitten



Ausgewählte Rebsorten 2009 nach dem Alter



sächlich die Zunahme der Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden. Der Durchschnittsverdienst im Dienstleistungsbereich erhöhte sich dagegen um 3,1% auf 39 911 Euro brutto.

Die Verdienstunterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen sind beträchtlich. Die höchsten Verdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (60 160 Euro). Dagegen wurden die niedrigsten durchschnittlichen Bruttojahresverdienste im Wirtschaftsbereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (23 423 Euro) gezahlt. Hier erzielten vor allem Zeit- und Leiharbeiter niedrige Verdienste.

Zuwachs bei weißen, Rückgang bei roten Rebsorten

Bei unveränderter Gesamt Rebfläche hat sich das Verhältnis zwischen weißen und roten Rebflächen in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr weiter verschoben. Mit 63 995 ha waren im Juli 2009 genau so viele Flächen mit Reben bestockt wie im Vorjahr. Wie in den vorangegangenen vier Jahren nahm die Anbaufläche für weiße Rebsorten weiter zu, und zwar um 0,6% auf nunmehr 44 364 ha. Die mit Rotweinpflanzen bestockte Fläche schrumpfte dagegen erneut und betrug noch 19 631 ha (-1,3%).

Bei den Weißweinsorten dominiert nach wie vor der Riesling. Die Anbaufläche dieser mit Abstand wichtigsten

Rebsorte im Land nahm weiterhin zu (+1,3%). Inzwischen wachsen Rieslingreben auf 16 291 ha. Hinsichtlich des Anteils und der Bedeutung der übrigen Weißweinsorten ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen. Beim Rotwein liegt nach wie vor der Dornfelder an der Spitze (7 348 ha; -1,2%). Auf Platz zwei hat sich die mit Spätburgunderreben bestockte Fläche geschoben (3 909 ha; unverändert) und den Portugieser (3 860 ha, -3,5%) auf den dritten Platz verdrängt.

Die Trends beim Weinkonsum spiegeln sich auch in der Altersstruktur der Rebflächen. Aufgrund des Rotweinbooms, der um die Jahrtausendwende zu beobachten war, sind

bei den Rotweinsorten nur 23% der Rebflächen älter als 20 Jahre. Bei den Weißen sind es mehr als 53%. Eine Betrachtung der Sorten zeigt die Unterschiede noch deutlicher. So ist über die Hälfte der Dornfelderflächen innerhalb der letzten 10 Jahre gepflanzt worden. Beim Portugieser sind dagegen rund 57% der Flächen älter als 20 Jahre.

Landau in der Pfalz ist mit 2 053 ha bestockter Rebfläche nach wie vor die größte Weinbaugemeinde Deutschlands. Neustadt an der Weinstraße (1 994 ha) folgt dicht auf. Mit deutlichem Abstand liegt die Stadt Worms (1 536 ha) auf dem dritten Platz.

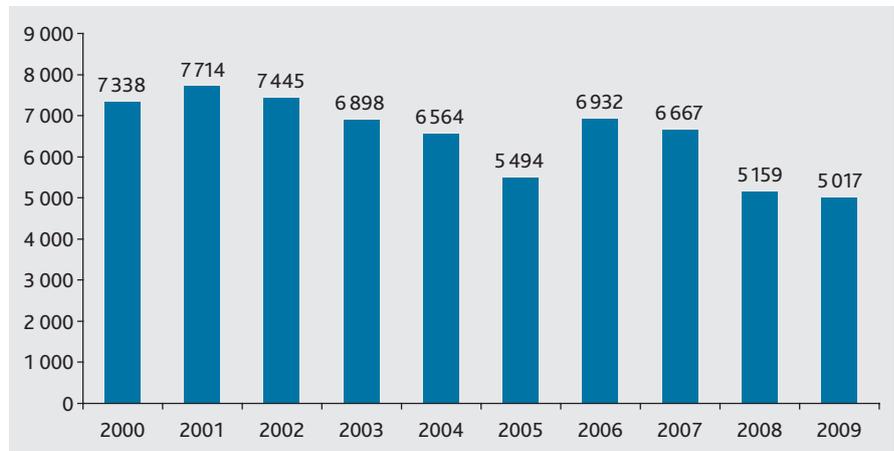
Deutscher Pass für mehr als 5 000 Menschen

Einbürgerungen im Jahr 2009 weiter gesunken

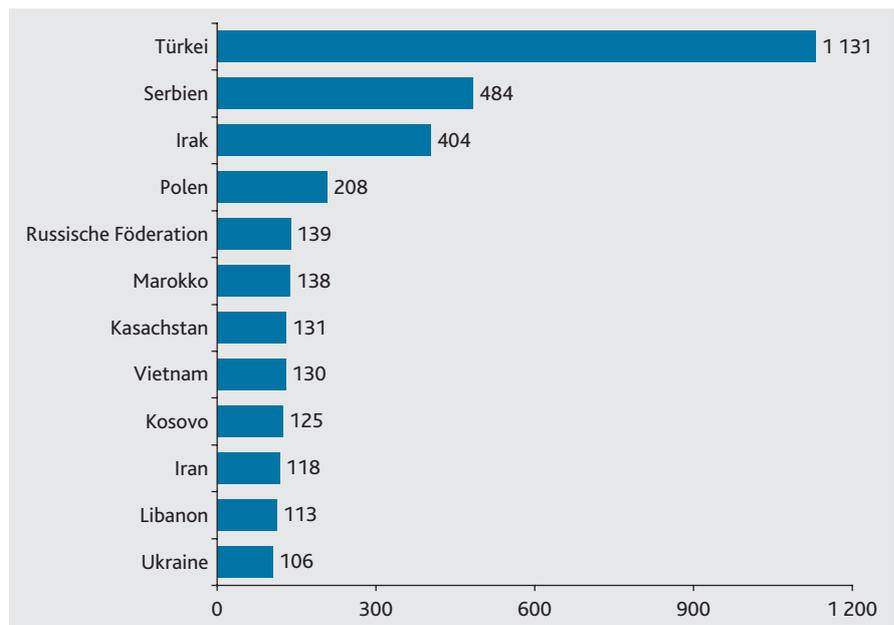
Im vergangenen Jahr erhielten 5 017 in Rheinland-Pfalz lebende Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit einen deutschen Pass. Damit ist die Zahl der Einbürgerungen weiter zurückgegangen. Im Jahr 2008 erwarben noch 5 159 Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit und in den beiden Jahren davor waren es mit rund 6 700 bzw. 6 900 deutlich mehr.

Die mit Abstand meisten der im Jahr 2009 Eingebürgerten (1 131) waren zuvor türkische Staatsangehörige. An zweiter Stelle standen mit 484 Einbürgerungen die Serbinnen und Serben, gefolgt von 404 Irakerinnen und Irakern. Insgesamt 658 Eingebürgerte stammten aus einem EU-Land,

Einbürgerungen 2000–2009



Einbürgerungen 2009 nach den häufigsten früheren Staatsangehörigkeiten

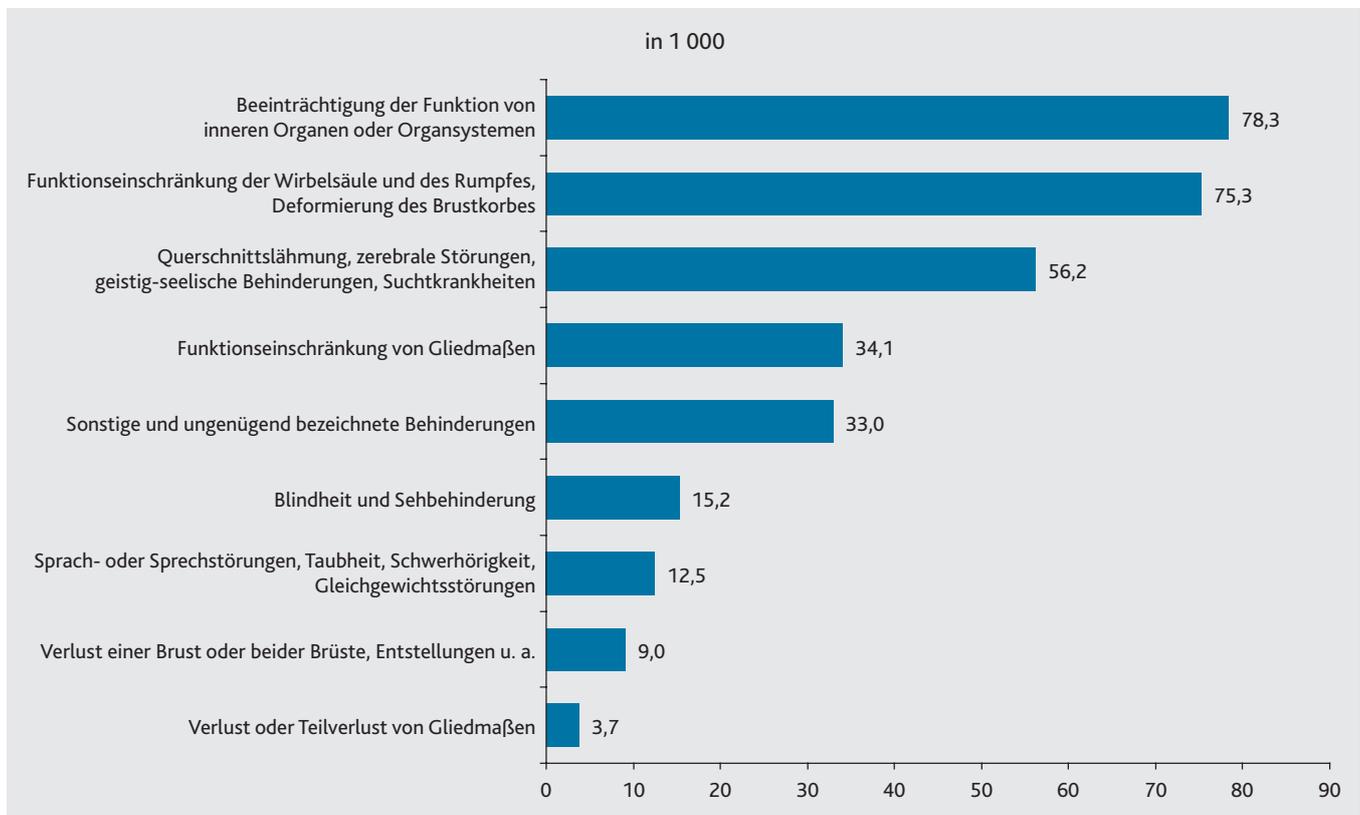


208 von ihnen kamen aus Polen. Dahinter rangierten Rumänen (91), Italiener (74), Bulgaren (38), Franzosen (35) und Griechen (34).

Mehr als zwei Drittel der eingebürgerten Personen lebten schon länger als acht Jahre in Deutschland, ein Drittel sogar schon mehr als 15 Jahre

und rund 10% bereits 25 Jahre oder länger. Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben Personen, die mindestens acht Jahre in Deutschland leben, einen besonderen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Anforderungen erfüllen. Deren Ehegatte und die minderjährigen Kinder können mit ein-

Schwerbehinderte 2009 nach Art der Behinderung



gebürgert werden, auch wenn sie sich noch keine acht Jahre im Inland aufhalten. Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der rechtmäßige auf Dauer angelegte Aufenthalt gemäß den einschlägigen ausländerrechtlichen Vorschriften.

Jeder 13. hat einen Schwerbehindertenausweis

Ende 2009 lebten in Rheinland-Pfalz 317 402 Schwerbehinderte, das war jeder 13. Einwohner (7,9%). Die Zahl der Schwerbehinderten geht seit dem Jahr 2003 leicht zurück. Als schwerbehindert nach dem Sozialgesetzbuch IX gelten Personen, denen

ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde.

Bei rund einem Viertel der Schwerbehinderten (25,8%) stellte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen Grad der Behinderung von 100 fest, knapp ein Drittel (31,3%) wies einen Behinderungsgrad von 50 auf.

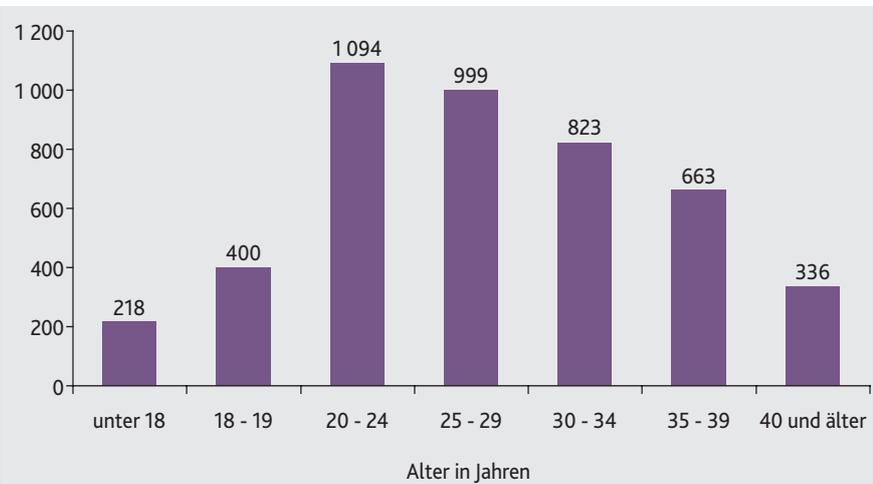
Mehr als die Hälfte (56%) der Schwerbehinderten war älter als 65 Jahre, knapp 20% gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an, 2,2% waren unter 18 Jahren. Männer überwogen bei den Schwerbehinderten mit einem Anteil von rund 55%.

Häufigste Behinderungsart war die Beeinträchtigung der Funktion von

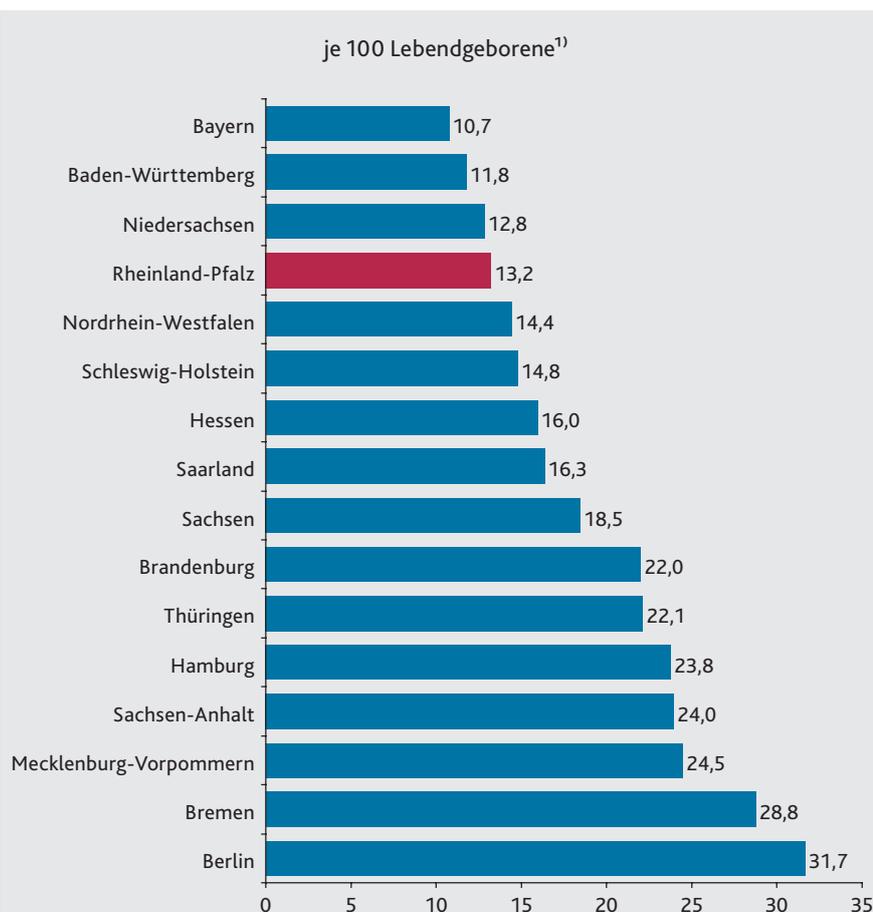
inneren Organen oder Organsystemen (24,7%). Auf Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Deformierung des Brustkorbes entfielen 23,7%, auf Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen 10,7%. In 17,7% der Fälle lag eine geistigseelische Behinderung vor, von Blindheit und Sehbehinderung waren 4,8% betroffen.

In etwa drei Viertel der Fälle (75,7%) wurde die Behinderung durch eine Krankheit – einschließlich Impfschaden – verursacht. Knapp 3% der Behinderungen waren angeboren und weitere 1,3% betrafen anerkannte Kriegs- und Wehrdienstbeschädigungen.

Schwangerschaftsabbrüche 2009 nach Altersgruppen



Schwangerschaftsabbrüche 2009



1) Lebendgeborene im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2008 (Geburtenzahlen 2009 liegen noch nicht vor).

Mehr als 4 500 Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2009

5% der Frauen waren noch nicht volljährig

Im vergangenen Jahr entschieden sich 4 533 rheinland-pfälzische Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch (+1,4%). Bundesweit ging die Zahl der Abbrüche um 3,3% zurück.

Wird die Zahl der Abbrüche auf die Zahl der Lebendgeborenen im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre bezogen, so ergibt sich für Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den anderen Bundesländern der viertniedrigste Wert (13,2 Abbrüche je 100 Geborene). Nur in Bayern (10,7), Baden-Württemberg (11,8) und Niedersachsen (12,8) gab es – relativ gesehen – weniger Eingriffe.

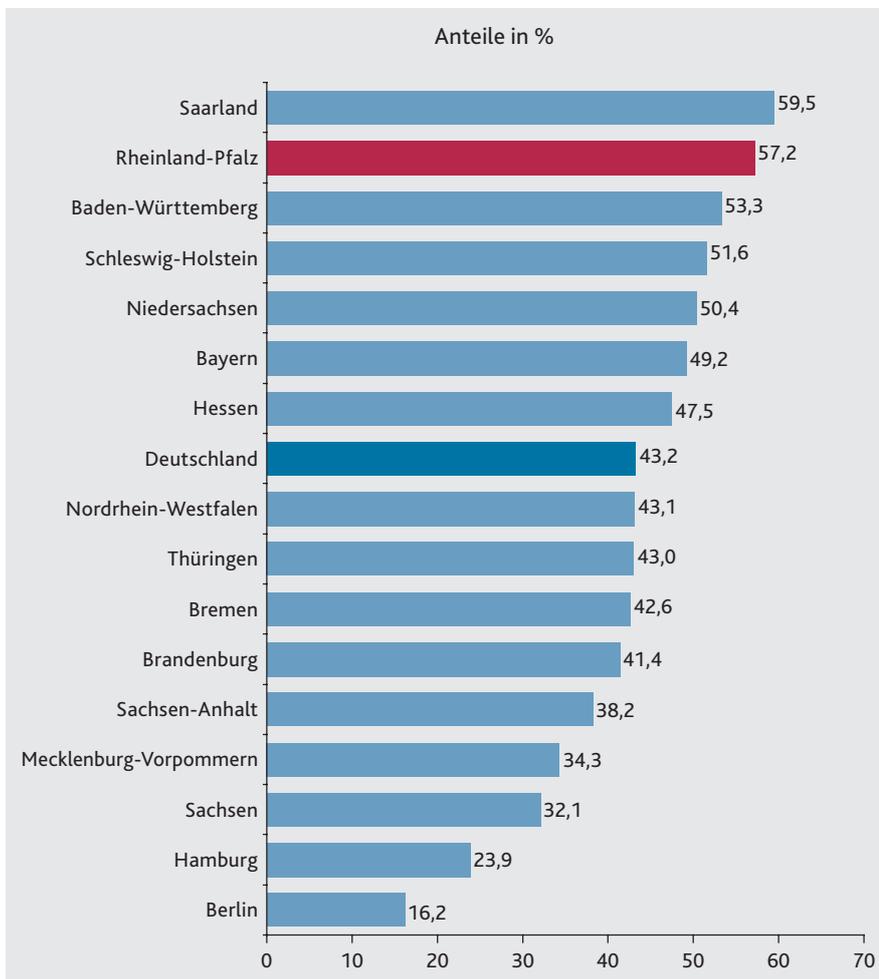
Knapp 5% der Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden, waren noch nicht volljährig. Drei Viertel waren zwischen 18 und 34 Jahren alt, 15% zwischen 35 und 39 Jahren; der Anteil der über 40-Jährigen lag bei rund 7%.

Fast jede vierte Frau wandte sich an Ärztinnen und Ärzte in anderen Bundesländern. Rund 76% der Frauen ließen den Eingriff in einer der hiesigen Arztpraxen oder Krankenhäuser durchführen. Rheinland-Pfalz hat damit die höchste „Auspendlerate“ aller Bundesländer.

Gut 57% aller Privathaushalte leben in den eigenen vier Wänden

Im Jahr 2008 lebten 57,2% der rheinland-pfälzischen Haushalte im

Privathaushalte mit Wohneigentum 2008 nach Ländern



eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung, 42,8% wohnten zur Miete. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) hat ergeben, dass in Rheinland-Pfalz die Haushalte häufiger in den eigenen vier Wänden leben als im Bundesdurchschnitt (43,2%) und sie mehr Platz haben. Die Wohnungsgröße je Privathaushalt beträgt im Durchschnitt rund 106 m² (Deutschland: 91,7 m²). Eigentümerhaushalten steht mit durchschnittlich 129 m² deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung als Mieterhaushalten mit 75 m².

Je mehr Personen zu einem Haushalt gehören, umso höher ist der Anteil der Haushalte, die Wohneigentum bewohnen. Paarhaushalte mit mindestens einem Kind leben wesentlich häufiger in den eigenen vier Wänden (73,9%) als Paarhaushalte ohne Kind (69,3%) oder Alleinlebende (34,9%). Gehören Kinder zum Haushalt, so verfügt dieser in der Regel auch über mehr Wohnfläche. So steht Paaren mit Kindern mit durchschnittlich 132 m² deutlich mehr Wohnfläche zur Verfügung als Paaren ohne Kind (118 m²) oder Alleinlebenden (75 m²).

Im Januar deutlich weniger Todesopfer bei Verkehrsunfällen

In Rheinland-Pfalz verloren im Januar 2010 neun Menschen ihr Leben bei Verkehrsunfällen. Dies waren 13 Todesopfer weniger als im Januar 2009. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 21,4% auf 154 zurück, 999 Personen wurden leicht verletzt (-5,8%).

Insgesamt registrierte die Polizei zu Jahresbeginn 10 399 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren in etwa so viele wie ein Jahr zuvor.

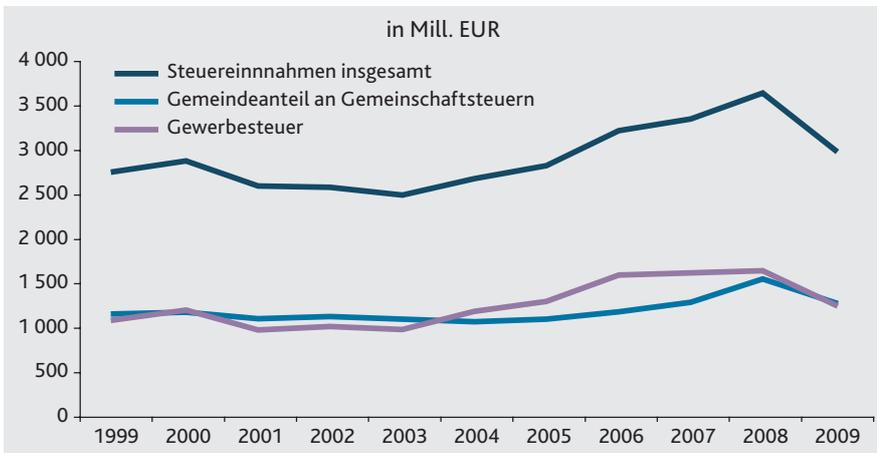
Wirtschaftskrise lässt Steuereinnahmen der Kommunen stark sinken

Gewerbesteureinnahmen knapp ein Viertel niedriger als im Jahr 2008

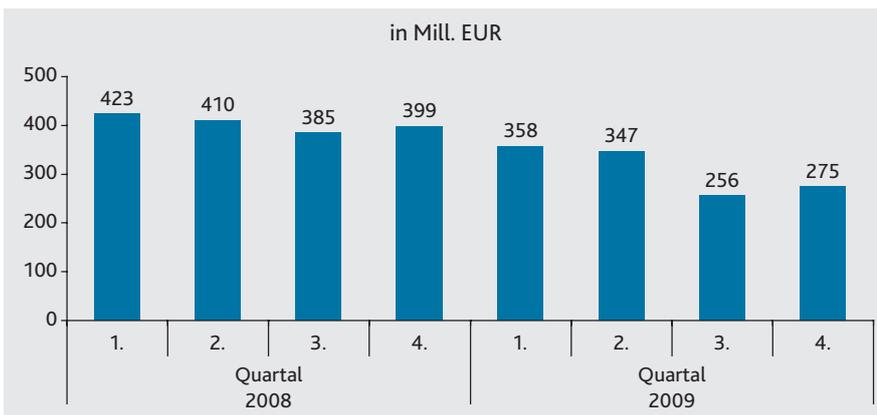
Die rheinland-pfälzischen Kommunen haben im Krisenjahr 2009 infolge des stärksten Einbruchs der Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg empfindliche Einbußen bei den Steuereinnahmen hinnehmen müssen. Die Steuereinnahmen sanken gegenüber dem Vorjahr um 17,7% auf knapp 3 Mrd. Euro und fielen damit in etwa auf das Niveau des Jahres 2005 zurück. Die kreisfreien Städte hatten einen Rückgang von durchschnittlich 27,6% zu verkraften, während die Steuereinnahmen der Landkreise um rund 12,6% schrumpften.

Mit den Realsteuern und dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftsteuern gingen die Einnahmen aus den wichtigsten Steuerquellen über

Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen 1999–2009 nach ausgewählten Steuerarten



Gewerbesteueraufkommen der Kommunen 2008 und 2009 nach Quartalen



alle Quartale hinweg zurück. Das Gewerbesteueraufkommen lag mit 1,2 Mrd. Euro um 23,5% unter dem Vorjahresniveau. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erreichte gut 1,1 Mrd. Euro und verminderte sich damit um 17,7%. Die rückläufigen Steuereinnahmen werden auch Auswirkungen auf die Zukunft haben, da dadurch weniger Geldmittel zur Verteilung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung stehen werden.

Von den kreisfreien Städten waren Ludwigshafen (-46,9%), Trier (-30,2%) und Koblenz (-29,6%) am stärksten vom Steuereinbruch betroffen. Nur Zweibrücken konnte einen Zuwachs verbuchen (+4,7%). Die stärksten Einbrüche unter den Landkreisen verzeichneten die Landkreise Vulkaneifel (-30,2%), Birkenfeld (-22,5%) und Trier-Saarburg (-21,1%). Moderat fielen die Rückgänge im Westerwaldkreis (-2,7%), im Eifelkreis Bitburg-Prüm (-4,3%) und im Landkreis Cochem-Zell (-4,6%) aus.

Studie zur Weiterbildung in der Saar-Lor-Lux-Region erschienen

Angestrebte Beteiligungsquote wird nicht erreicht

Die allgemeine und die berufliche Weiterbildung spielen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes der Europäischen Union und damit auch für die Entwicklung in der Großregion Saar – Lor – Lux Rheinland-Pfalz – Wallonie eine zentrale Rolle. Sie bildet eine wesentliche Voraussetzung für dauerhaftes Wachstum und nachhaltige Beschäftigung. Ein Schlüssel zum Erfolg ist das lebensbegleitende Lernen. Für Erwachsene im Alter zwischen 25 und 65 Jahren wurde in der sogenannten Lissabon-Strategie eine anzustrebende Teilnahmequote von 12,5% festgelegt. Diese wird gegenwärtig weder in Europa noch in den Teilgebieten der Großregion erreicht, wie eine am Mittwoch in Metz vorgelegte gemeinsame Studie der statistischen Ämter der Region Lothringen, des Großherzogtums Luxemburg, der Region Wallonien und der Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz belegt. Die Ursachen sind vielfältig und komplex: Staatliche Fördermaßnahmen, Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und -entwicklung, Übertragungseffekte zwischen den Regionen und die Ziele der handelnden Personen sind beispielhaft zu nennende Bestimmungsfaktoren.

Die Untersuchungsergebnisse der durch das europäische Programm INTERREG IV A „Großregion“ geförderten Studie erstrecken sich auf den Vergleich der fünf Teilgebiete der Großregion mit den Nationalstaaten Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg sowie der EU-15, EU-25 und EU-27.

Die in Französisch und Deutsch erhältliche Studie besteht aus drei Teilen: Der erste Teil befasst sich mit der Definition des Begriffs „Weiterbildung“ und den politischen und institutionellen Aspekten im europäischen Kontext. Im zweiten Teil wird zunächst die Datenlage und die bei der Untersuchung zur Anwendung kommende statistischen Methode erläutert. Darauf basierend werden die Entwicklung der Weiterbildung in regionaler und zeitlicher Hinsicht sowie die Bestimmungsfaktoren für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen aufgezeigt. Im dritten Teil der Studie wird schließlich konstatiert, dass die nach der Lissabon-Strategie anzustrebende Beteiligungsquote von 12,5% gegenwärtig weder in Europa noch in den Teilgebieten der Großregion erreicht wird.

Die Studie „Weiterbildung in der Großregion“ umfasst rund 70 Seiten in jeder der beiden Sprachen. Sie enthält neben den genannten Themen einen Anhang mit Informationen über die Vergleichbarkeit und die Hauptmerkmale der Arbeitserhebung, das institutionelle Umfeld für die Weiterbildung in der Großregion, die Detailergebnisse des für die Studie angewandten Rechenmodells, die im Bereich der Weiterbildung verfügbaren Datenquellen sowie ausführliche Literaturhinweise. Die Studie ist im Statistikportal der Großregion unter www.grossregion.lu kostenfrei als PDF-Dokument verfügbar.

Verbraucherpreise im März 2010

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz sind auch im März nur moderat gestiegen. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich binnen Jahresfrist um 1,1%. Ohne die Einrechnung der Preise für Kraftstoffe und Heizöl hätte die Jahresteuersatzrate mit 0,3% deutlich niedriger gelegen. Die Kraftstoffpreise erhöhten sich gegenüber März 2009 um 19,4%. Entsprechend zahlten die Verbraucherinnen und Verbraucher für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr 5,6% mehr als noch vor einem Jahr. Für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) sanken die Preise binnen Jahresfrist dagegen durchschnittlich um 2,8%. Während die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahresmonat fielen (-19,0%), legten die Preise für Heizöl (+34,6%) und Strom (+3,8%) zu. Die Preise für Nahrungsmittel und alko-

holfreie Getränke lagen im März 2010 im Schnitt 0,4% unter dem Vorjahresniveau. Gemüse (+3,6%), Speisefette und -öle (+2,2%) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+0,2%) wurden teurer, Molkereiprodukte und Eier (-4,2%), Obst (-0,8%) sowie Fleisch und Fleischwaren (-0,7%) billiger.

Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 0,4%. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen gegenüber dem Vormonat deutlich (+0,6%) und auch in den Hauptgruppen „Verkehr“ (+1,6%) sowie „Bekleidung und Schuhe“ (+1,0%) legten die Preise deutlich zu. Leichte Preisrückgänge waren hingegen im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ und bei den „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (jeweils -0,1%) zu verzeichnen.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2010

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber März 2009 in %



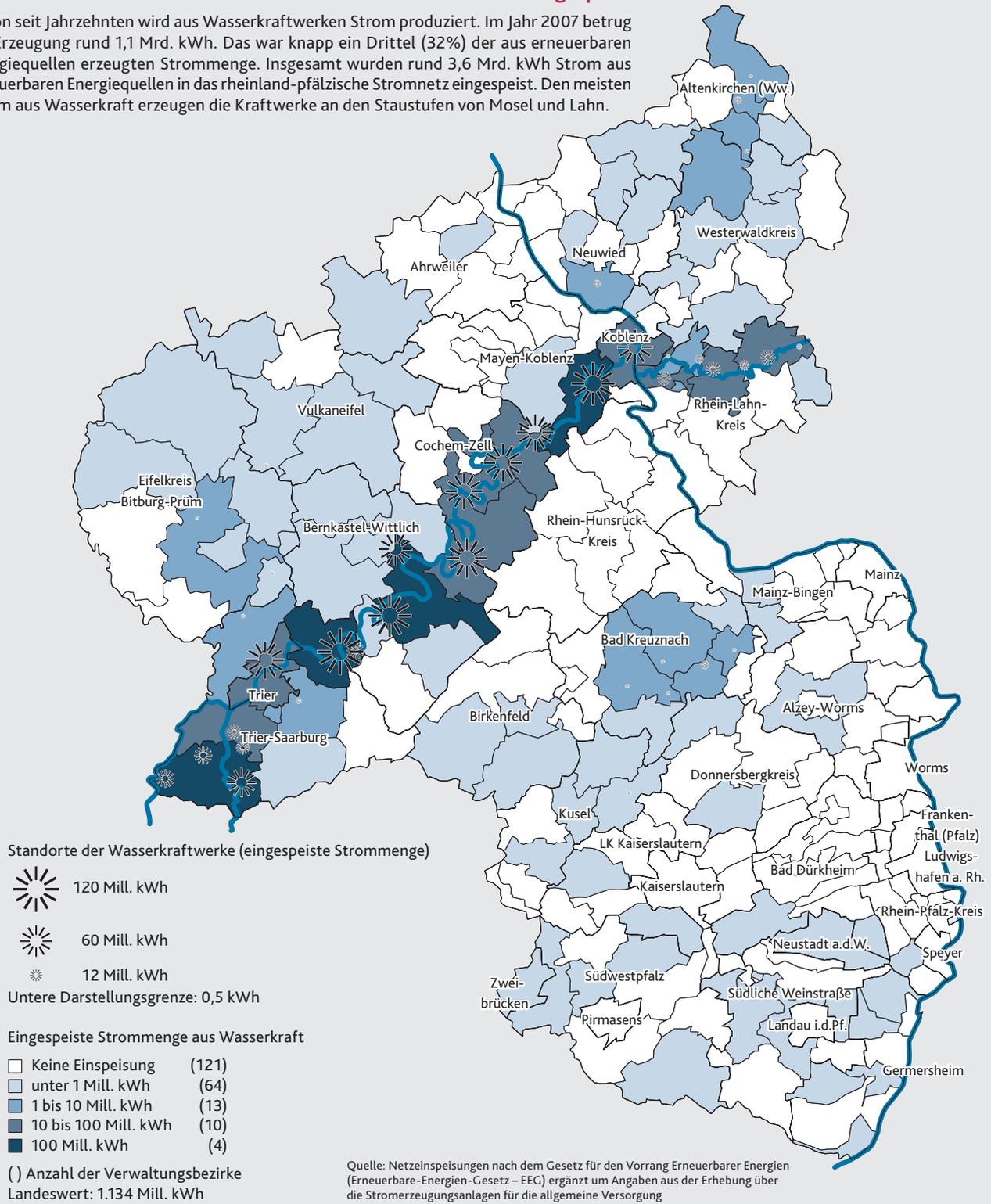
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Eingespeiste Strommenge aus Wasserkraft 2007 nach Verwaltungsbezirken

1,1 Mrd. kWh Strom aus Wasserkraft in das Stromnetz 2007 eingespeist

Schon seit Jahrzehnten wird aus Wasserkraftwerken Strom produziert. Im Jahr 2007 betrug die Erzeugung rund 1,1 Mrd. kWh. Das war knapp ein Drittel (32%) der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strommenge. Insgesamt wurden rund 3,6 Mrd. kWh Strom aus erneuerbaren Energiequellen in das rheinland-pfälzische Stromnetz eingespeist. Den meisten Strom aus Wasserkraft erzeugen die Kraftwerke an den Staustufen von Mosel und Lahn.



Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 5% gesunken



Von Werner Kertels

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im Jahr 2009 deutlich geschrumpft. Infolge der weltweiten Wirtschaftskrise ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 5% gesunken, so stark wie noch nie zuvor. In jeweiligen Preisen betrug der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung 102,5 Mrd. Euro, das waren 3,8 Mrd. Euro bzw. 3,6% weniger als im Jahr 2008.

Konjunktureller Einbruch

Wirtschaft
schrumpft so
stark wie nie
zuvor

Die deutsche Wirtschaft erlebte infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 den stärksten Einbruch der Nachkriegszeit. Auch die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie zuvor. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag um 5% niedriger als im Jahr 2008. In der ersten Jahreshälfte hatte der Rückgang in Rheinland-Pfalz sogar 7,1% betragen (Deutschland: -6,8%). Nach der guten konjunkturellen Entwicklung in den Jahren 2006 (+3%) und 2007 (+1,5%) lag die Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2008 – aufgrund des abrupten Einbruchs in der zweiten Jahreshälfte – nur noch bei 0,6%.

Nach ersten noch vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ entsprach der Rückgang des rheinland-pfälzischen

Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr dem durchschnittlichen Rückgang in Deutschland. In den alten Ländern ohne Berlin war der Einbruch mit -5,4% stärker als in den neuen Ländern ohne Berlin mit -3,5%. Die Folgen der internationalen Wirtschaftskrise waren insbesondere in den industriestarken Ländern deutlich spürbar.

Nominal sank das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 3,6%. Der Wert der erbrachten wirtschaftlichen Leistung betrug in jeweiligen Preisen 102,5 Mrd. Euro, das waren 3,8 Mrd. Euro weniger als 2008. Damit lag der Anteil von Rheinland-Pfalz am deutschen Bruttoinlandsprodukt bei 4,3%.

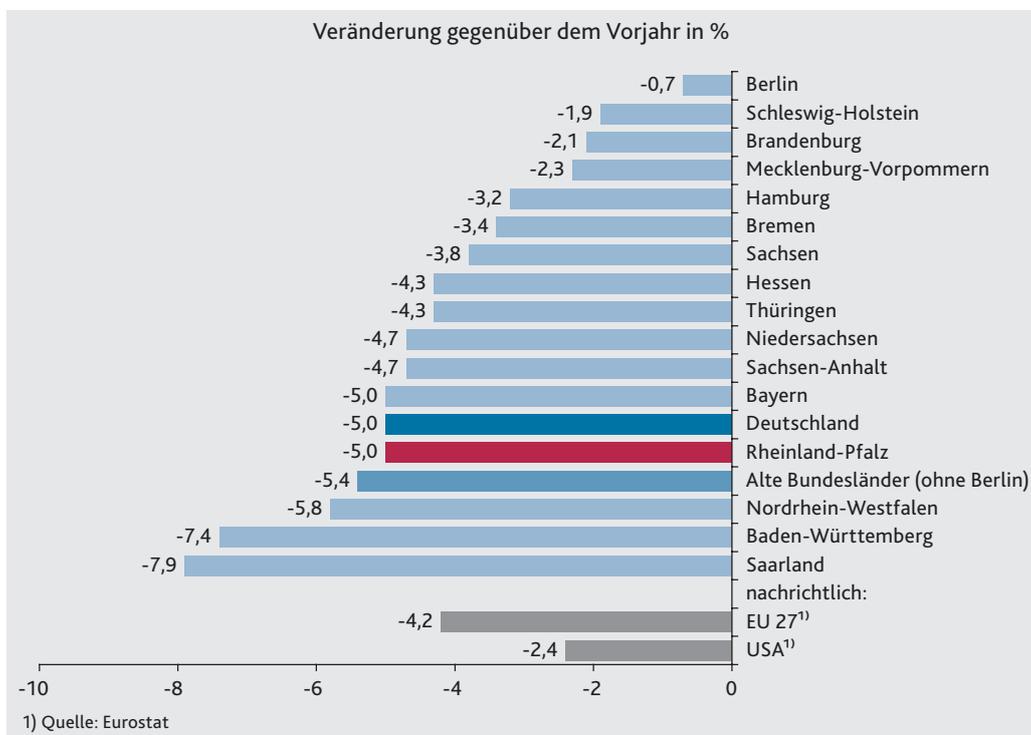
Nominales
Bruttoinlands-
produkt betrug
102,5 Mrd. Euro

Verarbeitendes Gewerbe von Rezession am stärksten betroffen

In Rheinland-Pfalz trägt die Industrie einen – im Vergleich zu Deutschland – überdurchschnittlich hohen Anteil zur Wertschöp-

G 1

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2009 nach Ländern



T 1

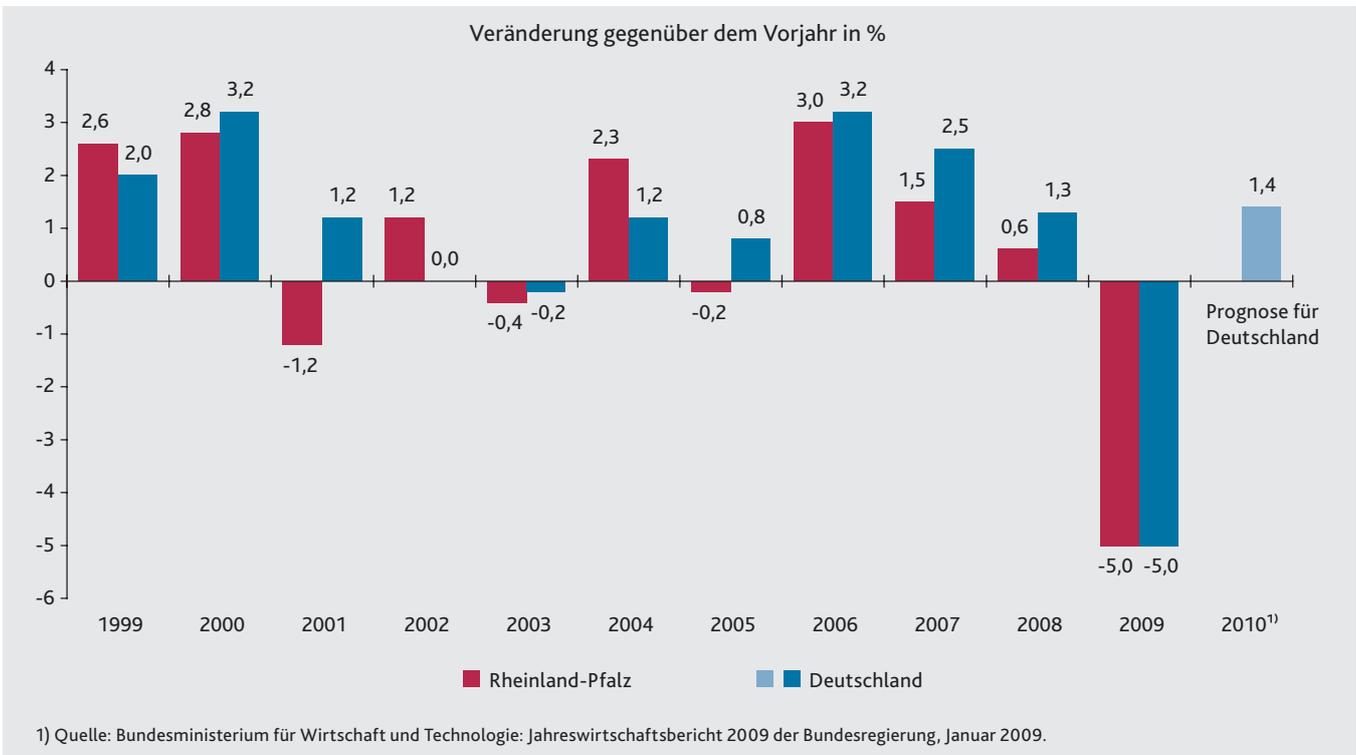
Bruttoinlandsprodukt 2009 nach Ländern

Land	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt (Kettenindex)	
	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index: 2000=100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Baden-Württemberg	343,7	-5,8	103,3	-7,4
Bayern	429,9	-3,4	110,1	-5,0
Berlin	90,1	1,7	101,3	-0,7
Brandenburg	53,9	-0,9	104,8	-2,1
Bremen	26,8	-2,5	108,1	-3,4
Hamburg	85,8	-2,0	104,3	-3,2
Hessen	216,5	-2,2	104,2	-4,3
Mecklenburg-Vorpommern	35,2	-1,3	106,7	-2,3
Niedersachsen	205,6	-3,5	103,0	-4,7
Nordrhein-Westfalen	521,7	-4,7	102,1	-5,8
Rheinland-Pfalz	102,5	-3,6	101,6	-5,0
Saarland	28,9	-7,1	103,2	-7,9
Sachsen	92,9	-2,2	111,2	-3,8
Sachsen-Anhalt	51,5	-4,2	105,1	-4,7
Schleswig-Holstein	73,4	-0,7	104,3	-1,9
Thüringen	48,9	-3,0	108,8	-4,3
Deutschland	2 407,2	-3,5	104,8	-5,0
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 034,7	-3,9	104,5	-5,4
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	282,3	-2,3	107,8	-3,5

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2010.

G 2

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1999–2010



Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe preisbereinigt um 19% gesunken

fung bei (Anteil in Rheinland-Pfalz: 21,3%; in Deutschland: 19,4%). Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe ist 2009 preisbereinigt um 19% gesunken (Deutschland: -18,2%). In jeweiligen Preisen lag der Wert der erbrachten Leistungen um 4,9 Mrd. Euro unter dem des Vorjahres. Durch die hohe Exportabhängigkeit der rheinland-pfälzischen Industrie hat der weltweite konjunkturelle Einbruch das verarbeitende Gewerbe besonders hart getroffen. Der Auslandsumsatz ist 2009 mit -22,1% deutlich stärker gesunken als der Inlandsumsatz mit -17,2%. Drastische Rückgänge hatten die umsatzstärksten exportorientierten rheinland-pfälzischen Industriezweige Herstellung von chemischen Erzeugnissen (-17,3%), Fahrzeugbau (-44,9%) und Maschinenbau (-22,5%) zu verzeichnen. Im Verlauf des Jahres 2009 hat sich der dramatische Einbruch

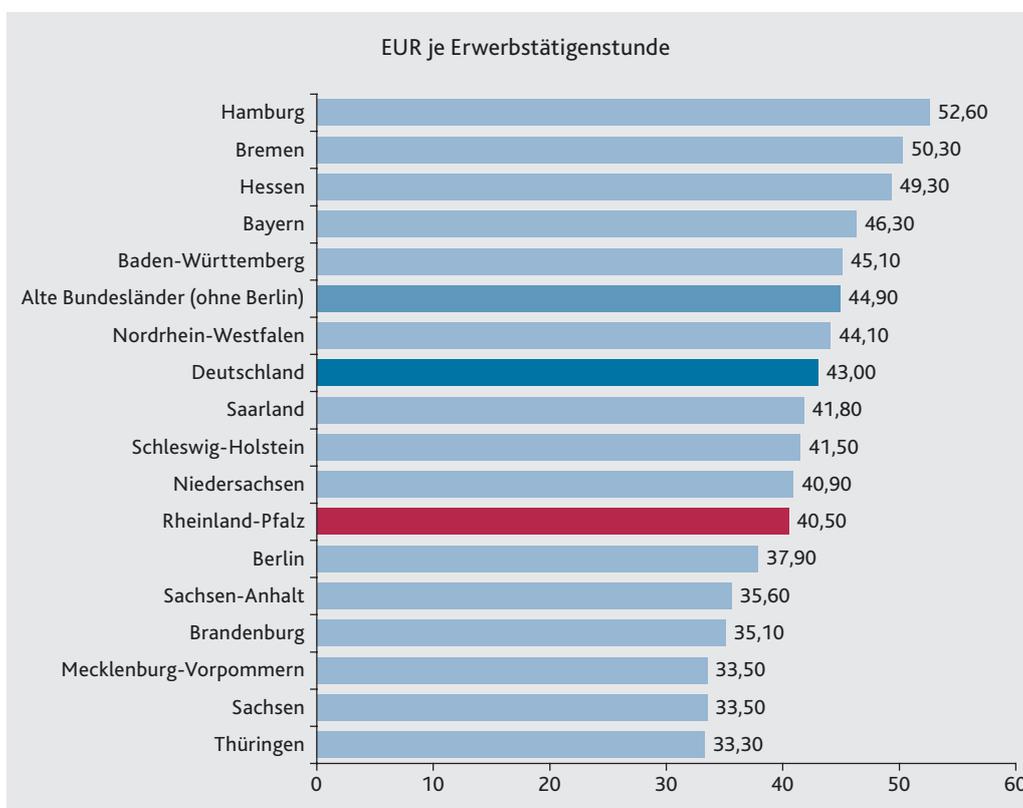
bei der Umsatzentwicklung jedoch abgeschwächt bzw. sogar umgekehrt: Im zweiten Halbjahr 2009 lagen sowohl der Inlands- als auch der Auslandsumsatz des verarbeitenden Gewerbes höher als im ersten Halbjahr (+3,9 bzw. +6%).

Deutlich günstiger und auch etwas besser als im Bundesdurchschnitt entwickelte sich im vergangenen Jahr dagegen das Baugewerbe. Preisbereinigt war in Rheinland-Pfalz ein Anstieg der Wertschöpfung um 1,4% festzustellen (Deutschland: -1,1%). Zurückzuführen ist die vergleichsweise positive Entwicklung – gestützt nicht zuletzt auf die Impulse aus den Konjunkturprogrammen – auf kräftige Steigerungen des Gesamtumsatzes im Ausbaugewerbe (+6,5%; Deutschland: +3,7%). Dagegen war im Bauhauptgewerbe beim Umsatz ein Rückgang zu verzeichnen (-2,5%; Deutschland: -4,1%).

Leichter Zuwachs im Baugewerbe

G 3

Nominales Bruttoinlandsprodukt 2009 nach Ländern



Einschließlich der Energie- und Wasserversorgung sowie des in Rheinland-Pfalz relativ unbedeutenden Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ergab sich für das produzierende Gewerbe insgesamt ein Rückgang um 15,2% (Deutschland: -14,9%).

In der Land- und Forstwirtschaft verlief die preisbereinigte Entwicklung in Rheinland-Pfalz mit -1,5% etwas ungünstiger als im gesamten Bundesgebiet (+0,4%). Anders als beim Deutschlandwert ist der Abstand zwischen nominalem und preisbereinigtem Wert in Rheinland-Pfalz nur gering, da die Produkte mit deutlichem Preisrückgang ein relativ geringes Gewicht bzw. Produkte mit Preisanstieg ein relativ hohes Gewicht besitzen.

Vergleichsweise leichte Einbußen im Dienstleistungssektor

Die preisbereinigte Wertschöpfung des gesamten Dienstleistungssektors, auf den rund 70% der gesamten Wirtschaftsleistung entfallen, ging in Rheinland-Pfalz mit -1% nicht ganz so stark zurück wie im Bundesdurchschnitt (-1,7%).

In den einzelnen Dienstleistungsbranchen verlief die Entwicklung jedoch unterschiedlich. Am stärksten betroffen war der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ mit einem Minus der preisbereinigten Wirtschaftsleistung von 3,2% (Deutschland: -5%). Die ungünstige Entwicklung beruht in erster Linie auf dem von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Wirtschaftsbereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“.

Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ mit -3,2% am stärksten betroffen

T 2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 2009 nach Wirtschaftsbereichen

Merkmal	In jeweiligen Preisen			Preisbereinigt (Kettenindex)	
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	102 526	-3,6	-3,5	-5,0	-5,0
Bruttowertschöpfung (BWS) insgesamt	91 602	-4,0	-4,0	-5,6	-5,6
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1 359	-2,4	-10,9	-1,5	0,4
produzierendes Gewerbe	26 359	-14,8	-14,4	-15,2	-14,9
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	21 660	-18,3	-17,3	-18,0	-17,2
verarbeitendes Gewerbe	19 527	-20,1	-19,2	-19,0	-18,2
Baugewerbe	4 700	5,6	3,1	1,4	-1,1
Dienstleistungsbereiche	63 884	1,3	0,6	-1,0	-1,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	15 748	-2,1	-4,8	-3,2	-5,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	23 913	0,8	1,1	-1,2	-1,6
öffentliche und private Dienstleister	24 223	4,0	4,4	0,7	1,0

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2010.

Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“: -1,2%

Einen Rückgang hatte auch der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (-1,2%; Deutschland: -1,6%) zu verzeichnen. Hier ist die Entwicklung hauptsächlich auf den gewichtigen Teilbereich „Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleister für Unternehmen“ zurückzuführen (zu Letzteren zählen Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä.).

Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ mit leichtem Wachstum

Dagegen erzielten die öffentlichen und privaten Dienstleister als einziger Teilbereich ein leichtes Wachstum (+0,7%; Deutschland: +1%). Dazu haben in erster Linie die Bereiche „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“, der Kernbereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ sowie die „Sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleister“ beigetragen. Zu der letzteren heterogenen Gruppe von Dienstleistern gehören einerseits etwa Erbringer von Entsorgungsleistungen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, Hörfunk- und Fernsehanstalten, Bibliotheken und Museen, andererseits haushaltsnahe Dienstleister wie Friseure und Kosmetiksalons, Wäsche-

reien und Reinigungen oder Bäder und Massagesalons. Deutlich ungünstiger verlief die Entwicklung im Bereich „Erziehung und Unterricht“.

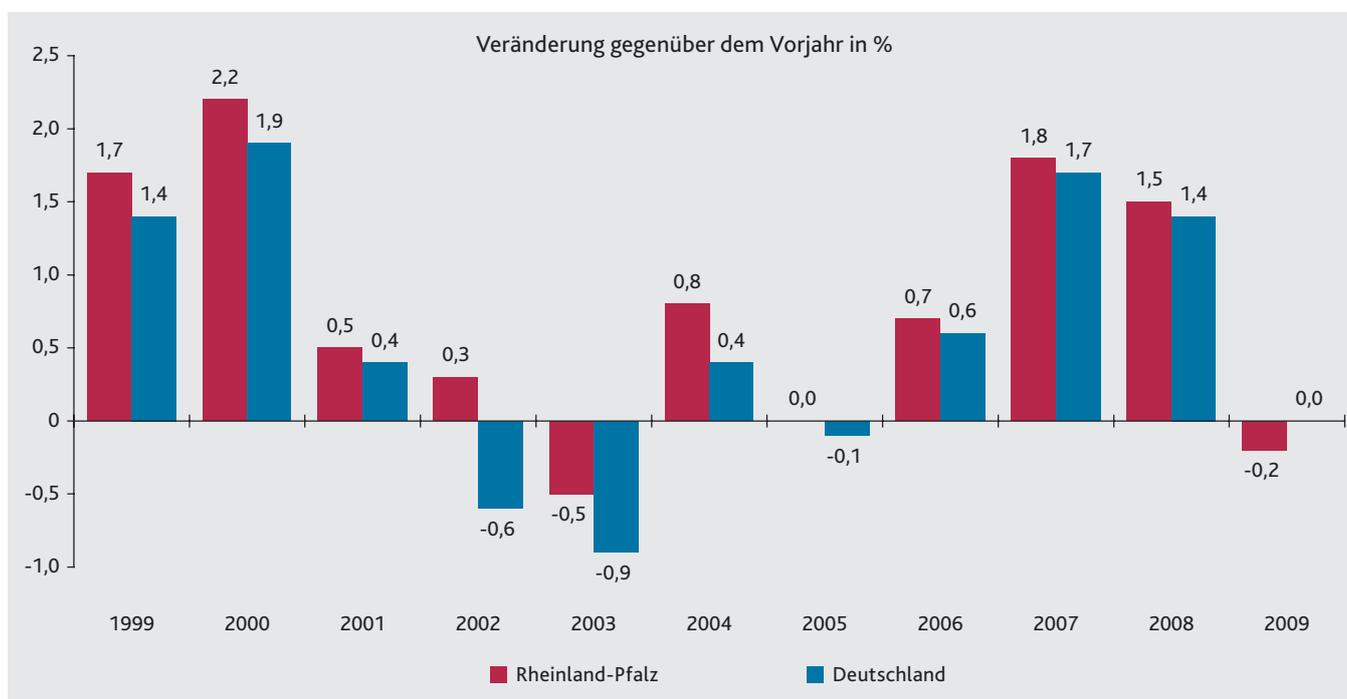
Arbeitsproduktivität deutlich gesunken

Trotz des wirtschaftlichen Einbruchs ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr nur leicht gesunken. Die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz wurde von 1,855 Mill. Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2009 erbracht, das waren 2 900 bzw. 0,2% weniger als im Vorjahr (Deutschland: -14 000 Erwerbstätige). In einigen Wirtschaftsbereichen führte die Wirtschaftskrise jedoch zu deutlichem Personalabbau. Kräftige Arbeitsplatzverluste waren im verarbeitenden Gewerbe (-9 100 Erwerbstätige bzw. -2,5%) und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen (-7 800 Erwerbstätige bzw. -3,1%) zu verzeichnen.

Da die Personenzahl nur geringfügig sank, ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland deutlich gesunken (-4,9%).

G 4

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1999–2009



Ein Erwerbstätiger erwirtschaftete durchschnittlich 55 284 Euro

In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im vergangenen Jahr im Mittel 55 284 Euro, das waren 1983 Euro bzw. 3,5% weniger als 2008. Im Bundesdurchschnitt lag der Pro-Kopf-Wert bei 59 784 Euro (-2 179 Euro bzw. -3,5%). Im verarbeitenden Gewerbe lag der Pro-Kopf-Wert in Rheinland-Pfalz mit 56 070 Euro rund 12 300 Euro niedriger als im Vorjahr (-18%) und damit auf gleichem Niveau wie der Durchschnittswert für Deutschland (56 086 Euro; gegenüber 2008: -16,9%).

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass Veränderungen des Arbeitsvolumens darin nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft

als die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere bei intertemporalen Vergleichen. Auf das Arbeitsvolumen wirken sich nicht nur Strukturverschiebungen wie vermehrte Teilzeitbeschäftigung oder zunehmende geringfügige Beschäftigung aus. Im vergangenen Jahr haben kurzfristige Maßnahmen das Arbeitsvolumen wesentlich beeinflusst. So hat nicht nur die massive Ausdehnung der Kurzarbeit zu der vergleichsweise moderaten Entwicklung am Arbeitsmarkt beigetragen, sondern auch der Abbau von Überstunden und flexible Arbeitszeitmodelle haben geholfen, Beschäftigungsverluste zu begrenzen.

Daher ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wesentlich stärker zurückgegangen als die Personenzahl. Insgesamt wurden im Jahr 2009 gut 2,53 Mrd. Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz geleistet, das waren 2,9% weniger als im Vorjahr (Deutschland: -2,8%).

Arbeitsvolumen deutlich stärker gesunken als Erwerbstätigenzahl ...

T 3

Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2009 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen			
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland		
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. Stunden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	52,3	0,4	0,7	89,6	-0,7	-0,6
Produzierendes Gewerbe	472,2	-1,9	-2,0	664,2	-7,3	-7,5
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	361,7	-2,5	-2,7	484,1	-9,2	-9,5
darunter verarbeitendes Gewerbe	348,3	-2,5	-2,7	466,7	-9,5	-9,8
Baugewerbe	110,5	-0,1	0,3	180,2	-2,0	-1,3
Dienstleistungsbereiche	1 330,0	0,5	0,6	1 778,1	-1,2	-1,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	461,6	0,8	0,4	628,9	-1,7	-2,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	244,5	-3,1	-1,3	338,2	-5,3	-3,5
öffentliche und private Dienstleister	623,8	1,7	2,0	811,0	1,0	1,0
Insgesamt	1 854,5	-0,2	-0,0	2 531,9	-2,9	-2,8

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2010

Im Schnitt wurden von jedem Erwerbstätigen 1365 Stunden geleistet, 39 Stunden bzw. 2,8% weniger als 2008. Anders als bei der Personenzahl zeigt sich ein Rückgang der geleisteten Stunden in allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Bereichs „Öffentliche und private Dienstleister“, am stärksten jedoch im verarbeitenden Gewerbe. Hier sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt um 9,5% bzw. je Erwerbstätigen um 7,1%.

... daher geringerer Rückgang der Stundenproduktivität

Aufgrund des starken Rückgangs des Arbeitsvolumens ist die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nicht so stark gesunken wie in Relation zur Erwerbstätigenzahl. Je Erwerbstätigenstunde errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von 40,50 Euro (Deutschland: 43 Euro). Preisbereinigt bedeutet dies in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland einen Rückgang um 2,2% gegenüber dem Vorjahr.

In der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich die überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität des produzierenden Gewerbes. Mit 39,70 Euro je Erwerbstätigen-

genstunde (Deutschland: 40,50 Euro) lag der Wert deutlich über dem des Dienstleistungsbereichs von 36 Euro (Deutschland: 38,70 Euro). Dabei ist zu beachten, dass in Letzterem der Bereich „Wohnungsvermietung“ enthalten ist, der die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte zusammenfasst, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von Wohnungen erstrecken. Die Stundenproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft betrug lediglich gut 15 Euro (Deutschland: 12 Euro).

Weitere Informationen

Detaillierte Informationen zur VGR der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter <http://www.vgrdl.de>.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Bauhauptgewerbe 2009

Umsatz und Beschäftigung trotz Wirtschafts- und Finanzkrise im Plus



Von Rainer Klein

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise setzten die rund 350 Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten im Jahr 2009 insgesamt knapp 2,8 Mrd. Euro um und steigerten ihren Umsatz somit um 2,8%.

Die positive Nachfrage nach Bauleistungen machte sich hierbei am deutlichsten im Straßenbau sowie im gewerblichen Tiefbau bemerkbar, erhebliche Zuwächse verzeichnete aber auch der gewerbliche Hochbau. Auf der anderen Seite musste im öffentlichen Hochbau und im Wohnungsbau ein Umsatzminus hingenommen werden. An der positiven Gesamtentwicklung lässt sich auch die Marktwirksamkeit der Konjunkturprogramme ablesen. Staatliche Investitionsprogramme tragen 2009 und 2010 zur Stabilisierung der Bauwirtschaft bei. Die Preisentwicklung hatte kaum Einfluss auf die Umsatzentwicklung, da sich die Preise im Jahresverlauf 2009 sowohl für den Rohbau von Wohn- und Bürogebäuden als auch im Straßenbau überwiegend seitwärts bewegten.

Gesamtumsätze im vierten Jahr in Folge erhöht

Baugewerblicher Umsatz übertrifft Vorjahre deutlich und war zuletzt 2001 höher

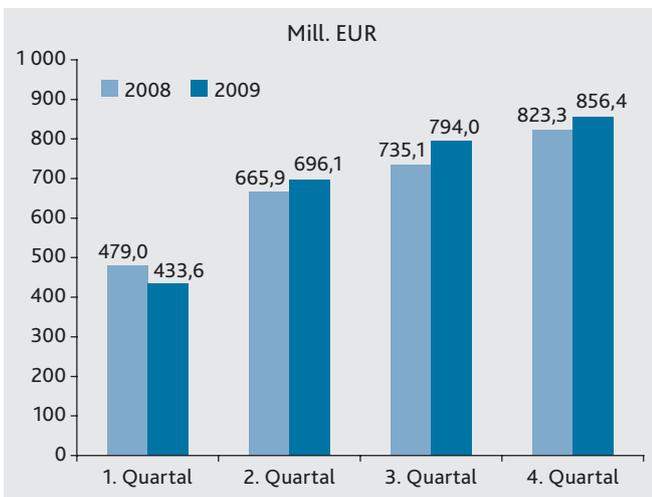
Die Talfahrt des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes, die bis zum Jahr 2005 andauerte, konnte umgekehrt werden. Im Jahr 2009 wurden nunmehr im vierten Jahr in Folge höhere Gesamtumsätze erreicht. Die monatlich meldepflichtigen Betriebe (mit 20 und mehr Beschäftigten) erzielten 2009 einen Gesamtumsatz in der Größenordnung von annähernd 2,9 Mrd. Euro. Hierbei fielen baugewerbliche Umsätze in Höhe von knapp 2,8 Mrd. Euro an, das sind nominal 2,8% mehr als 2008. Im Jahr 2009 wurden

an 253 Arbeitstagen insgesamt rund 21,2 Mill. Arbeitsstunden geleistet, 1,6% weniger als im Vorjahr, in dem ebenfalls 253 Tage zur Verfügung standen. Die ausgezahlten Entgelte lagen bei 590,8 Mill. Euro (+0,6%).

Nach Quartalen differenziert zeigt sich, dass 2009 ab dem 2. Quartal das Umsatzergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen werden konnte. Aufgrund der Einbußen in den Wintermonaten Januar und Februar erzielten die Betriebe im 1. Quartal 2009 trotz besserer Geschäftsabschlüsse im März baugewerbliche Umsätze in Höhe von 433,6 Mill. Euro, das waren 9,5% weniger als im Vergleichs-

G 1

Baugewerblicher Umsatz 2008 und 2009 nach Quartalen



zeitraum des Vorjahres. Die nachhaltigen Umsatzzuwächse in allen Folgequartalen lagen zwischen 4 und 8% über den entsprechenden Vorjahreswerten. Ein insgesamt höherer baugewerblicher Umsatz als 2009 wurde zuletzt im Jahr 2001 erzielt.

Beschäftigtenzahl 2009 über dem Niveau des Vorjahres

Beschäftigtenlage 2009: Bauhauptgewerbe sehr robust

Im Durchschnitt des Jahres 2009 waren rund 17 760 Menschen im Bauhauptgewerbe und damit 1,2% mehr als im Vorjahr beschäftigt. Dies war gleichzeitig der höchste Stand der

letzten fünf Jahre. Im längerfristigen Vergleich sank die Zahl der Beschäftigten jedoch um fast ein Drittel (-31,1%). Im Jahr 2000 waren bei den größeren Betrieben noch gut 25 800 Personen beschäftigt.

Umsatzentwicklung vor allem im öffentlichen Hoch- und Tiefbau negativ

Während noch im Jahr 2005 im Tiefbau des Landes die baugewerblichen Umsätze gegenüber dem Vorjahr gesunken waren, kehrte sich die Entwicklung in den Folgejahren um. Für 2009 wurde sogar ein Plus von 5,8% (2008: +2,4%) ermittelt. Zu dieser Umsatzsteigerung im Tiefbau trug vornehmlich der Straßenbau (+11,8%) und in geringerem Maße auch der gewerbliche Tiefbau (+2,4%) bei. Nur der öffentliche Tiefbau erzielte ein Umsatzminus von 2,5% (2008: -7,2%).

Überdurchschnittliche Umsatzzuwächse im Tiefbau

Im Hochbau hat sich die in den Vorjahren erkennbare uneinheitliche Entwicklung fortgesetzt. Nachdem im Jahr 2008 erhebliche Umsatzzuwächse im gewerblichen und öffentlichen Hochbau im zweistelligen Bereich zu registrieren waren, konnte 2009 lediglich mit gewerblichen Hochbaumaß-

T 1

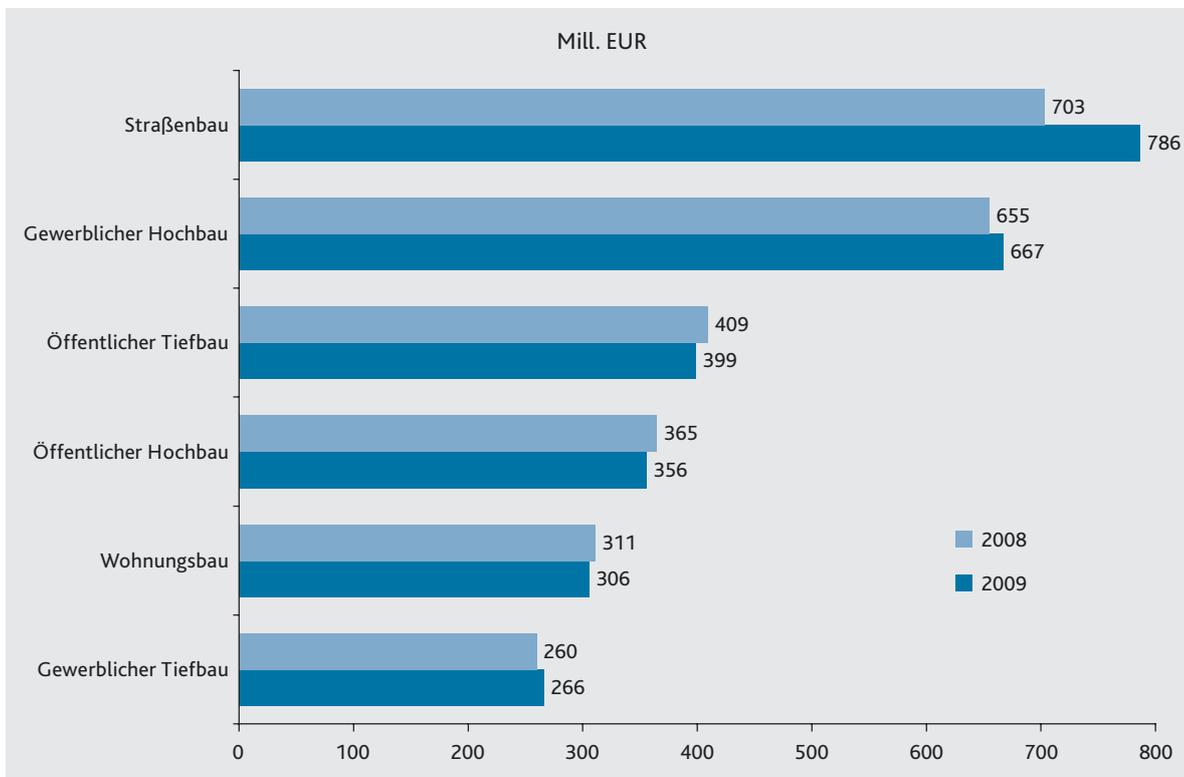
Bauhauptgewerbe¹⁾ 2008 und 2009

Merkmal	Einheit	2008	2009	Veränderung gegenüber 2008 in %
Betriebe	Monatsdurchschnitt	347	352	1,4
Beschäftigte	Monatsdurchschnitt	17 545	17 764	1,2
Baugewerblicher Umsatz	1 000 EUR	2 703 328	2 780 065	2,8
Umsatz je Beschäftigten	1 000 EUR	154	156	1,6
Arbeitstage	Anzahl	253	253	0,0
Entgelte	1 000 EUR	587 086	590 838	0,6
Auftragseingang	1 000 EUR	2 434 327	2 247 745	-7,7
Auftragsbestand am 31. 12.	1 000 EUR	1 009 117	956 376	-5,2

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Arbeitsgemeinschaften (ARGEN).

G 2

Baugewerblicher Umsatz 2008 und 2009 nach Bauarten



nahmen ein Umsatzplus erwirtschaftet werden. Der öffentliche Hochbau verpasste sein besonders gutes Vorjahresergebnis um 2,5%. Im Wohnungsbau (-1,8%) konnte das vergleichsweise gute Ergebnis des Jahres 2008 ebenfalls nicht erreicht werden.

Positive Auftragslage der Vorjahre setzt sich 2009 nicht fort

Krise wird sichtbar

Die Auftragseingänge dienen als Frühindikator und lassen Aussagen über die Entwicklung der Branche in der nahen Zukunft zu. In sinkenden Auftragszahlen wird zum einen die Wirtschafts- und Finanzkrise sichtbar; zum anderen sind aber auch Rückschlüsse auf die Wirkung staatlicher Programme möglich. Das Bauhauptgewerbe bekam 2009 bei gut 2,2 Mrd. Euro insgesamt 7,7% weniger Aufträge als im Vorjahr. Starke

Einbußen verzeichnete die Ordertätigkeit vor allem in der zweiten Jahreshälfte.

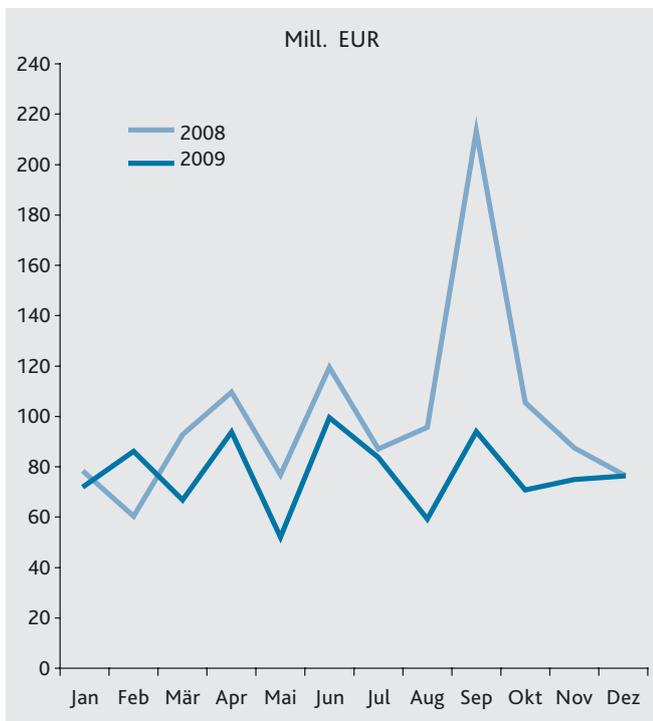
Damit übersteigen die Auftragseingänge die Werte aus den Jahren 2002 bis 2006. Die hohen Werte der beiden Vorjahre 2008 und 2007 wurden jedoch nicht erreicht. Anders als noch im Vorjahr 2008, als besonders in den Monaten März, April, Juni und September Ordereingänge für größere Projekte zu verzeichnen waren, waren 2009 lediglich in den Monaten Februar und Dezember deutliche Impulse im Ordergeschäft zu erkennen.

Die Rückgänge der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe spielten sich 2009 überwiegend im Hochbau (-22,7%) ab. Auf der anderen Seite konnte der Tiefbau 7% mehr Bestelleingänge verbuchen, was in erster Linie aus größeren Aufträgen im gewerblichen Tiefbau und im Straßenbau resultiert.

Impulse im Tiefbausektor, aber Ordertätigkeit im Hochbau gibt stark nach

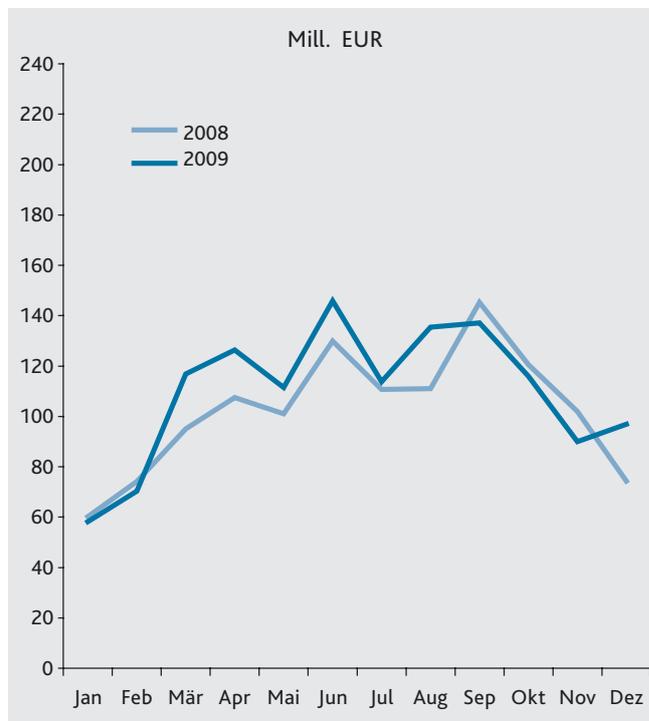
G 3

Auftragseingang im Hochbau 2008 und 2009 nach Monaten



G 4

Auftragseingang im Tiefbau 2008 und 2009 nach Monaten



Bauhauptgewerbe in Deutschland: Beschäftigungsniveau des Vorjahres wird gehalten

Rheinland-Pfalz mit relativ günstiger Entwicklung

Auch deutschlandweit verzeichneten im Jahr 2009 die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten deutlich niedrigere Auftragseingänge als im Vorjahr, wobei hier die Einbußen im Hochbausektor massiv ausfielen. In den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus waren im Jahresdurchschnitt 2009 insgesamt rund 370 560 Personen tätig; womit das Vorjahresniveau gehalten werden konnte. Der langfristig erkennbare Beschäftigungsabbau, der bis 2005 besonders gravierend ausfiel, konnte gestoppt werden. Der bau-gewerbliche Umsatz belief sich im Jahr 2009 auf 54,7 Mrd. Euro (-4%). Im Vergleich mit dem Bauhauptgewerbe in ganz Deutschland schnitten die rheinland-pfälzischen Betriebe bezüglich der Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung somit erheblich besser ab (+1,2%).

Während in Rheinland-Pfalz aus verstärkten Investitionen im Straßenbau und im gewerblichen Bau Umsatzimpulse generiert wurden, profitierte deutschlandweit vor allem der öffentliche Hochbau. Dieser lag in Deutschland erheblich über dem Vorjahresniveau (+11,3%), auch im Straßenbau (+3,8%) gab es im Jahr 2009 ein spürbares Umsatzplus.

Öffentlicher Hochbau begünstigt bundesweit die Umsatzentwicklung am stärksten

Die rückläufigen privaten Investitionen brachten den Unternehmen bundesweit hingegen spürbare Umsatzeinbußen. So unterbot der gewerbliche Hochbau sein Vorjahresergebnis um 12,1% und schloss das Jahr 2009 mit einem Umsatzergebnis in Höhe von 15,6 Mrd. Euro ab; für Tätigkeiten im gewerblichen Tiefbau meldeten die Betriebe bundesweit einen Umsatz in Höhe von gut 8,6 Mrd. Euro (-4,7%).

Insgesamt sinkende Auftragsbestände

Die Auftragsreserven bei den rheinland-pfälzischen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten beliefen sich Ende 2009 auf rund 956,4 Mill. Euro. Damit wurden die Auftragsbestände von Ende Dezember 2008 um 5,2% unterboten.

Aufträge
im Hochbau:
-24%

Bei den Beständen vermittelt die Differenzierung nach Bauarten ein uneinheitliches Bild. Während das Auftragspolster im Tiefbau (577 Mill. Euro) insgesamt 13,1% über dem Vorjahreswert blieb, lag der Auftragsbestand speziell für den Straßenbau (346,1 Mill. Euro) 22,2% über dem Wert von Ende 2008. Auf der anderen Seite ging der Hochbau mit einem Auftragsbestand von 379,3 Mill. Euro in das Jahr 2009, was einem Minus von 24% entspricht.

Schwacher Wohnungsbau

Langfristig
sinkende Zahl
an Baugenehmigungen

Der Wohnungsbau bleibt auch im Jahr 2009 eine der umsatzschwächsten Bausparten: Die Nachfrage nach neuen Wohnungen geht weiter zurück. Im Jahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz fast 5 190 neue Wohngebäude genehmigt, das waren 7,4% weniger als im Vorjahreszeitraum. Einen Rückgang gab es auch bei der Zahl der genehmigten Wohnungen. Sie lag mit rund 7 530 um 2,3% niedriger als 2008. Damit setzt sich der längerfristige Trend sinkender Baugenehmigungen fort, der unter anderem durch die demografische Entwicklung und ein wachsendes Angebot an Gebrauchtimmobilien erklärt werden kann.

Kaum Einfluss der Preisentwicklung

Die Preisentwicklung hatte auf die Umsätze kaum Einfluss, da sich die Preise im

Jahresverlauf 2009 sowohl für den Rohbau von Wohn- und Bürogebäuden als auch im Straßenbau überwiegend seitwärts bewegten. Befürchtungen, dass die beschlossenen Konjunkturpakete zu höheren Preisen führen, lassen sich bisher nicht bestätigen.

Preise am Bau
steigen nur
sehr moderat

Der Baupreisindex spiegelt die Entwicklung der Preise für den Neubau und die Instandhaltung von Bauwerken wider. Dazu werden für ausgewählte Bauleistungen vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November Preise erhoben. Für Rheinland-Pfalz wird kein eigener Preisindex für Bauwerke erstellt. Daher wird in der folgenden Betrachtung auf den Preisindex für Bauwerke in Deutschland zurückgegriffen.

Baupreisindex
für Deutsch-
land

Der Baupreisindex für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk, einschließlich Umsatzsteuer) stieg im November 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 0,3%. Im August 2009 hatte der Preisanstieg im Jahresvergleich 0,2% betragen.

Die Preise für Rohbauarbeiten gingen im November 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,5% zurück, bei den Ausbauarbeiten erhöhten sie sich um 0,9%. Unter den Bauarbeiten an Wohngebäuden gab es nennenswerte Preiserhöhungen bei Dämmarbeiten an technischen Anlagen (+3%), bei Förder- und Aufzugsanlagen (+2,9%) sowie bei Verglasungsarbeiten (+1,8%). Stärkere Preisrückgänge wurden bei Stahlbauarbeiten (-8,7%) sowie bei Betonarbeiten (-2,4%) registriert.

Für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden (Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen) nahmen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 1,2% zu. Bei den

T 2

Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang 2008 und 2009 nach Bauarten

Merkmal Bauarten	2008	2009	Veränderung zu 2008 in %
1 000 Stunden			
Geleistete Arbeitsstunden	21 530	21 195	-1,6
Hochbau	8 423	8 113	-3,7
Wohnungsbau	2 611	2 629	0,7
gewerblicher Hochbau	4 237	3 835	-9,5
öffentlicher Hochbau	1 574	1 649	4,8
Tiefbau	13 107	13 083	-0,2
gewerblicher Tiefbau	2 699	2 605	-3,5
öffentlicher Tiefbau	3 858	3 831	-0,7
Straßenbau	6 550	6 646	1,5
1 000 EUR ¹⁾			
Baugewerblicher Umsatz	2 703 328	2 780 065	2,8
Hochbau	1 331 331	1 328 827	-0,2
Wohnungsbau	311 386	305 790	-1,8
gewerblicher Hochbau	654 976	667 275	1,9
öffentlicher Hochbau	364 970	355 762	-2,5
Tiefbau	1 371 997	1 451 238	5,8
gewerblicher Tiefbau	259 868	266 132	2,4
öffentlicher Tiefbau	409 136	398 872	-2,5
Straßenbau	702 993	786 234	11,8
Auftragseingang	2 434 327	2 247 745	-7,7
Hochbau	1 202 874	929 787	-22,7
Wohnungsbau	268 438	204 890	-23,7
gewerblicher Hochbau	578 268	455 288	-21,3
öffentlicher Hochbau	356 168	269 610	-24,3
Tiefbau	1 231 453	1 317 957	7,0
gewerblicher Tiefbau	205 144	243 389	18,6
öffentlicher Tiefbau	369 908	353 461	-4,4
Straßenbau	656 401	721 107	9,9

1) Ohne Umsatzsteuer.

Nichtwohngebäuden erhöhten sich die Bau-
preisindizes für Bürogebäude um 0,4% und
für gewerbliche Betriebsgebäude um 0,1%.
Im Straßenbau stiegen die Preise um 0,9%.

Fazit und Ausblick

Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise stieg
der baugewerbliche Umsatz in den rund
350 größeren Betrieben des rheinland-
pfälzischen Bauhauptgewerbes – gegen den
bundesweiten Trend – weiter.

Die positive Gesamtentwicklung in Rhein-
land-Pfalz, aus der sich auch die Marktwirk-
samkeit der Konjunkturprogramme ablesen
lässt, wird vor allem von Straßenbau aber
auch von gewerblichen Tief- und Hoch-
baumaßnahmen getragen.

Gleichzeitig konnte auch die Zahl der Be-
schäftigten des Bauhauptgewerbes im Ver-
gleich zum Vorjahr erhöht werden. Diese
positive Grundausrichtung der Beschäf-
tigtensituation trägt weiterhin zur Stabilisie-
rung des Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz

Sehr stabile
Beschäftigungs-
situation stützt
auch 2009 den
Arbeitsmarkt

bei. Gleichzeitig unterboten die Arbeitsstunden den vergleichbaren Vorjahreswert um 1,6%. Aufgrund guter Auftragsbestände sollte der Straßenbau 2010 den Tiefbausektor und damit letztlich das gesamte Bauhauptgewerbe positiv beeinflussen. Es bleibt weiterhin zu beobachten, welche Wirkung die seitens des Landes, der Kommunen und des Bundes aufgelegten Konjunkturprogramme in den Jahren 2010 und 2011 entfalten werden.

Rheinland-pfälzische Sonderprogramme ermöglichen mit den zahlreichen bereits geförderten Projekten zudem zusätzliche

Investitionen im Bauhauptgewerbe. Vor dem Hintergrund rückläufiger Steuereinnahmen und steigender Ausgaben auf kommunaler Ebene finanziert die rheinland-pfälzische Landesregierung Anteile der Kommunen über einen Fond zinsfrei vor, woraus auch Impulse für den öffentlichen Hoch- und Tiefbau zu erwarten sind.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Unternehmensstatistiken.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10

Neue Schulstruktur in der Sekundarstufe I



Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landesspezifischen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit sechs Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sinkt um 2%

Zu Beginn des Schuljahres besuchten insgesamt 460 014 Schülerinnen und Schüler die 1590 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 9 160 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (-2%).

Das aktuelle Schuljahr 2009/10 ist damit bereits das sechste in Folge, in dem sinkende Gesamtschülerzahlen zu verzeichnen sind. Die Hauptursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den seit Jahren konstant niedrigen Geburtenzahlen, die

nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer besetzten Elternjahrgänge zurückgeführt werden können.

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) ein Rückgang bereits seit Ende der 1990er-Jahre festzustellen ist, sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. Die Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13) weist demgegenüber zurzeit noch steigende Schülerzahlen auf. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung. Zum anderen wer-

Steigende Schülerzahlen in der Sekundarstufe II

T 1

Schüler an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schul- und Förderschulkindergärten	712	- 277	-28,0	230	32,3	482	67,7	.	.
Grundschulen	150 969	-5 325	-3,4	73 141	48,4	77 828	51,6	25 112	16,6
Hauptschulen	23 272	-10 079	-30,2	10 234	44,0	13 038	56,0	6 291	27,0
Realschulen	46 143	-20 990	-31,3	23 178	50,2	22 965	49,8	5 903	12,8
Realschulen plus	57 110	57 110	100,0	25 808	45,2	31 302	54,8	7 299	12,8
Gymnasien	138 652	1 542	1,1	74 362	53,6	64 290	46,4	8 049	5,8
Integrierte Gesamtschulen	24 526	6 834	38,6	12 080	49,3	12 446	50,7	2 718	11,1
Freie Waldorfschulen	2 416	26	1,1	1 237	51,2	1 179	48,8	47	1,9
Kollegs und Abendgymnasien	669	16	2,5	323	48,3	346	51,7	35	5,2
Förderschulen	15 545	-323	-2,0	5 792	37,3	9 753	62,7	2 076	13,4
Insgesamt	460 014	-9 160	-2,0	226 385	49,2	233 629	50,8	57 530	12,5

den die Schülerzahlen in dieser Schulstufe auch durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie durch individuelle Bildungsentscheidungen bestimmt. Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen bewirkt so weiterhin steigende Schülerzahlen in der Oberstufe.

Deutlich weniger Einschulungen

Zahl der Einschulungen sinkt um 8,8%

Im August 2009 wurden 36 048 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.¹⁾ Die Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger lag damit um 8,8% unter dem Wert des Vorjahres.

Dieser Rückgang ist zum einen ein Resultat der demografischen Entwicklung. Er wurde im Jahr 2009 zum anderen dadurch verstärkt, dass im Vorjahr überdurchschnittlich viele Kinder eingeschult wurden. Im Jahr 2008 erfolgte eine Verlegung des Einschulungstages um zwei Monate vom 30. Juni auf den 31. August. Diese erhöhte die Zahl der erst-

mals schulpflichtigen Kinder einmalig um „zwei Zwölftel“ (zwei Monate). Hierdurch kam es 2008 – gegen den Trend – zu einer Steigerung der Schulanfängerzahlen um 3,1%.

Im Jahr 2009 erfolgten 5,2% aller Einschulungen an Grundschulen vorzeitig (+0,7 Prozentpunkte). Der Anteil der Einschulungen nach vorheriger Zurückstellung stieg ebenfalls und zwar um 1,8 Prozentpunkte auf 6,5%.

Einen deutlichen Rückgang verzeichneten im Schuljahr 2009/10 die Schul- und Förderschulkindergärten (-28%). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife

Migrationshintergrund

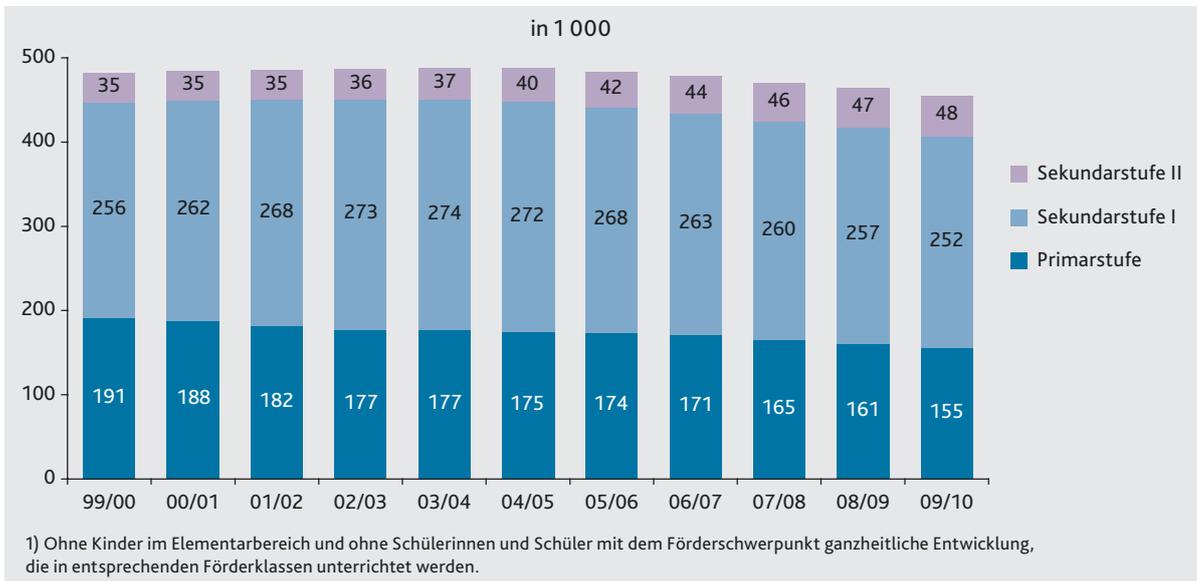
Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

1. keine deutsche Staatsangehörigkeit,
2. nichtdeutsches Geburtsland,
3. nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

1) Darunter 156 wiederholte Einschulungen.

G 1

Schülerinnen und Schüler¹⁾ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1999/2000–2009/10 nach Schulstufen



zurückgestellte – Kinder auf den Schulbesuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schul- und Förderschulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

Schon bei der Einschulung zeigen sich Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Ähnlich wie in den

Vorjahren, war der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch (8,1%). Vergleichsweise gering fiel bei diesen Kindern dagegen der Anteil der vorzeitigen Einschulungen (3%) aus.

Darüber hinaus wurden, wie auch in der Vergangenheit, Jungen häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult als Mädchen.

Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult

T 2

Schulanfängerinnen und Schulanfänger 1999–2009 nach Einschulungsart und Schultart

Einschulungs-jahr	Insgesamt	Grundschulen						Freie Waldorfschulen	Förderschulen	
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹⁾			
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl			%
1999	45 576	44 509	1 720	3,9	39 905	89,7	2 884	6,5	168	899
2000	44 498	43 449	1 650	3,8	38 854	89,4	2 945	6,8	149	900
2001	42 273	41 241	1 822	4,4	36 822	89,3	2 597	6,3	160	872
2002	42 537	41 520	2 160	5,2	36 819	88,7	2 541	6,1	164	853
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094

1) Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

T 3

Schulanfänger an Grundschulen 2009 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	30 715	88,3	14 831	88,2	15 884	88,4	5 099	88,9
Verspätet ¹⁾	2 256	6,5	865	5,1	1 391	7,7	465	8,1
Vorzeitig	1 813	5,2	1 118	6,6	695	3,9	173	3,0
Insgesamt	34 784	100	16 814	100	17 970	100	5 737	100

1) Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Weniger Grundschülerinnen und -schüler

3,4% weniger
Grundschüler-
innen und
Grundschüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Zu Beginn des aktuellen Schuljahres besuchten 155 345 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das waren 3,4% weniger als ein Jahr zuvor.

Mehr als 97% der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernen an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen bzw. mit Realschulen plus geführt. Zum Schuljahr 2009/10 sank die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler auf 150 969 (-3,4%). Ebenfalls leicht abgenommen hat die Schülerzahl in der Primarstufe an Freien Waldorfschulen (-1,5%) und an Förderschulen (-2,4%).

Jeder fünfte Grundschüler wechselte auf eine Realschule plus

In Rheinland-Pfalz erhalten Grundschülerinnen und -schüler zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Seit dem Jahr 2009 werden diese Empfehlungen nicht mehr für bestimmte Schulformen ausgesprochen. Stattdessen werden den Viertklässlern, ent-

sprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Die Empfehlung der Grundschule ist in Rheinland-Pfalz nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

Zum Schuljahr 2009/10 wechselten 39 647 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die 5. Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

Insgesamt 6,6% dieser Schülerinnen und Schüler setzen ihre Schullaufbahn an einer Hauptschule fort, 8,8% in einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe und 10,6% an einer Integrierten Gesamtschule. Weitere 14,6% der Zugänge aus Grundschulen besuchen die 5. Klassenstufe einer Realschule, 20,6% die einer Realschule plus und 38,3% die eines Gymnasiums. Auf die Freien Waldorfschulen und die Förderschulen entfallen zusammen 0,5% dieser Neuzugänge in den zweiten schulischen Ausbildungsabschnitt.

38,3% der
Neuzugänge
aus Grund-
schulen gehen
auf ein
Gymnasium

Neuzugang aus Grundschulen

Der Neuzugang aus Grundschulen wird auf Basis des Schülerbestandes ausgewiesen, der jährlich zum Schuljahresbeginn bei den rheinland-pfälzischen Schulen erfragt wird. Hier nachgewiesen sind die aus Grundschulen zugegangenen Schülerinnen und Schüler in der 5. Klassenstufe.

T 4

Zugänge¹⁾ aus Grundschulen in die 5. Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	15 170	38,3	7 749	40,0	7 421	36,6	815	19,8
Integrierte Gesamtschulen	4 216	10,6	1 990	10,3	2 226	11,0	442	10,7
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	3 507	8,8	1 755	9,1	1 752	8,6	184	4,5
Realschulen plus	8 154	20,6	3 704	19,1	4 450	21,9	1 041	25,3
Realschulen	5 802	14,6	2 913	15,1	2 889	14,2	974	23,7
Hauptschulen	2 610	6,6	1 166	6,0	1 444	7,1	629	15,3
Sonstige	188	0,5	77	0,4	111	0,5	28	0,7
Freie Waldorfschulen	24	0,1	10	0,1	14	0,1	0	0,0
Förderschulen	164	0,4	67	0,3	97	0,5	28	0,7
Insgesamt	39 647	100	19 354	100	20 293	100	4 113	100

1) Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2009/10.

Mehr als 10% dieser Schülerinnen und Schüler haben einen Migrationshintergrund. Im Verhältnis zur Gesamtschülerschaft besuchen insbesondere diese Kinder deutlich häufiger Hauptschulen (15,3%) und sehr viel seltener Gymnasien (19,8%).

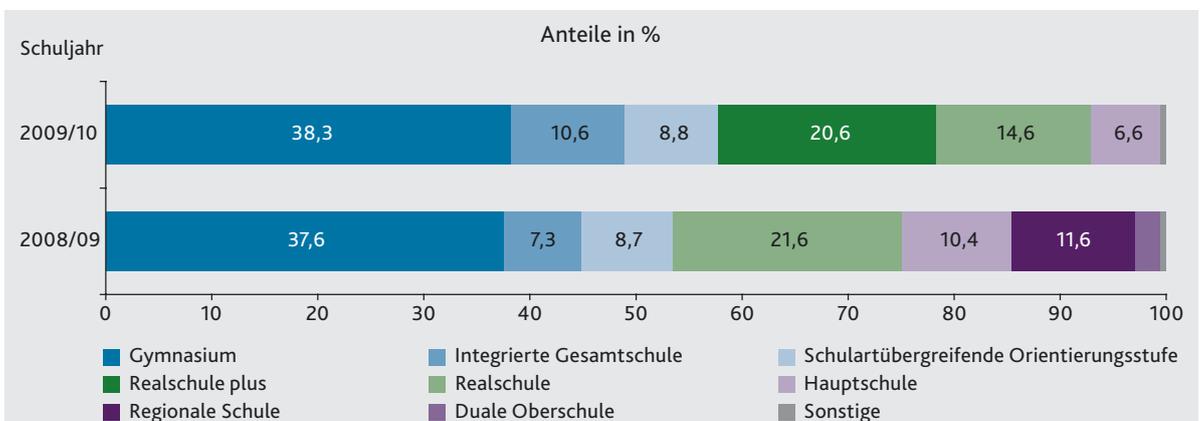
Neue Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst

die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der 9. Klasse der Hauptschulabschluss (Berufsunreife) und nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

G 2

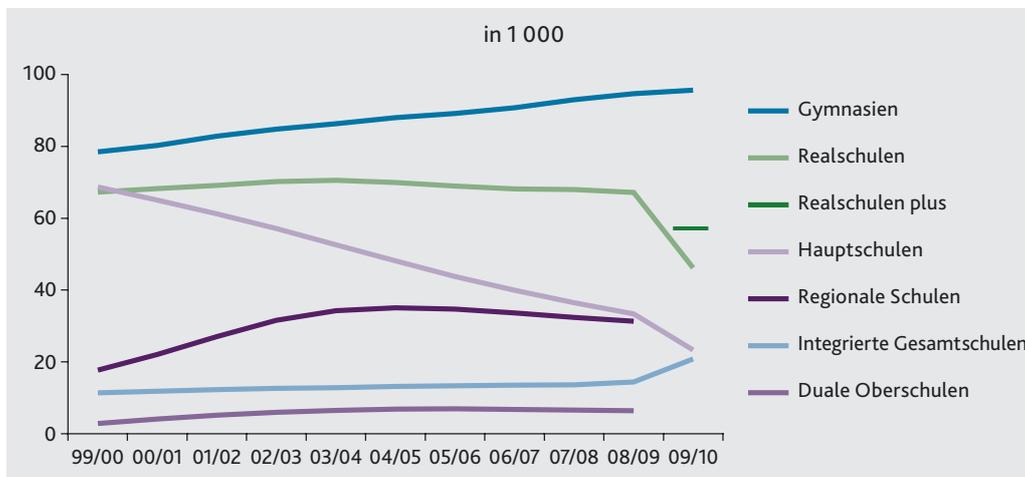
Zugänge¹⁾ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen der Schuljahre 2008/09 und 2009/10



1) Aus der Zugangsstatistik der Schuljahre 2008/09 und 2009/10.

G 3

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in den Schuljahren 1999/2000–2009/10 nach ausgewählten Schularten



Schülerzahl
in der
Sekundarstufe I
um 1,8%
gesunken

Derzeit besuchen 252 129 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 1,8% weniger als im Vorjahr. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund liegt bei 11,3%.

Im vergangenen Jahr kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. So trat am 1. August 2009 mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ das „Landesgesetz zur Einführung der neuen Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I“ (SchulstrukturEinfG) in Kraft.

Realschule plus
zum Schuljahr
2009/10
eingeführt

Auf Basis dieses Gesetzes wurde zum Schuljahr 2009/10 die neue Schulform der Realschule plus eingeführt. Diese bietet entweder in kooperativer oder in integrierter Form sowohl den Haupt- als auch den Realschulbildungsgang an.

Zum Schuljahr
2009/10
Regionale Schulen
und Duale Ober-
schulen in neue
Realschulen plus
überführt

Neben dem Errichtungsverfahren für die Realschulen plus regelt das SchulstrukturEinfG auch die Überführung der bisherigen Haupt- und Realschulen, der Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen in die neue Schulart. So wurden bereits zum 1. August 2009 alle bisher bestehenden Regionalen Schulen und Dualen Oberschu-

len in Realschulen plus überführt. Für die bisherigen Haupt- und Realschulen wird eine schrittweise Überführung in die Realschule plus bis zum 31. Juli 2013 angestrebt.

Eigenständige Haupt- und Realschulen soll es in Rheinland-Pfalz ab dem Schuljahr 2013/14 nicht mehr geben.

Ab 2013/14
keine Haupt-
und Real-
schulen mehr

Diese Entscheidung ist auch eine Reaktion darauf, dass die Hauptschulen in den vergangenen Jahren stark an Akzeptanz verloren haben. Zudem soll die Schulstrukturreform dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde auch die Möglichkeit geschaffen, einer Realschule plus – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – eine Fachoberschule anzugliedern. Diese führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife.

Derzeit kann die Sekundarstufe I an Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien und an Freien Waldorfschulen besucht werden. Daneben werden an 139 Förderschulen körperlich, geistig oder seelisch beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

T 5

Schüler der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2009/10 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund		zum Vergleich Schuljahr 2008/09	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anteil in %
Gymnasien	15 879	36,2	8 335	39,0	7 544	33,5	884	17,0	15 299	34,4
Integrierte Gesamtschulen	3 301	7,5	1 571	7,4	1 730	7,7	402	7,7	2 330	5,2
Realschulen plus	10 510	23,9	4 695	22,0	5 815	25,8	1 369	26,3	.	.
Realschulen	7 553	17,2	3 847	18,0	3 706	16,4	939	18,0	11 069	24,9
Hauptschulen	4 921	11,2	2 244	10,5	2 677	11,9	1 377	26,5	6 983	15,7
Förderschulen	1 546	3,5	578	2,7	968	4,3	226	4,3	1 632	3,7
Freie Waldorfschulen	185	0,4	95	0,4	90	0,4	7	0,1	179	0,4
Regionale Schulen	5 736	12,9
Duale Oberschulen	1 281	2,9
Insgesamt	43 895	100	21 365	100	22 530	100	5 204	100	44 509	100

Die Schulneuerrichtungen, -schließungen und -umwandlungen im Zuge der Schulstrukturreform haben deutliche Auswirkungen auf die Verteilung der Schülerschaft der Sekundarstufe I auf die verschiedenen Schularten.

Knapp 24% aller Achtklässler gehen auf eine Realschule plus

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 besuchten nur noch 11,2% aller Achtklässler eine Hauptschule. Das waren 4,5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Mehr als 17% der Schülerinnen und Schüler dieser Klassenstufe wurden an einer Realschule unterrichtet (-7,7 Prozentpunkte), 36,2% besuchten ein Gymnasium (+1,8 Prozentpunkte). Fast jeder vierte Achtklässler ging auf eine Realschule plus (23,9%).

Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

Auch in der 8. Klassenstufe lassen sich Unterschiede zwischen der Verteilung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf die einzelnen Schularten feststellen. So besuchen Kinder mit Migrationshintergrund weiterhin relativ häufig Hauptschulen, sind aber an Gymnasien unterrepräsentiert.

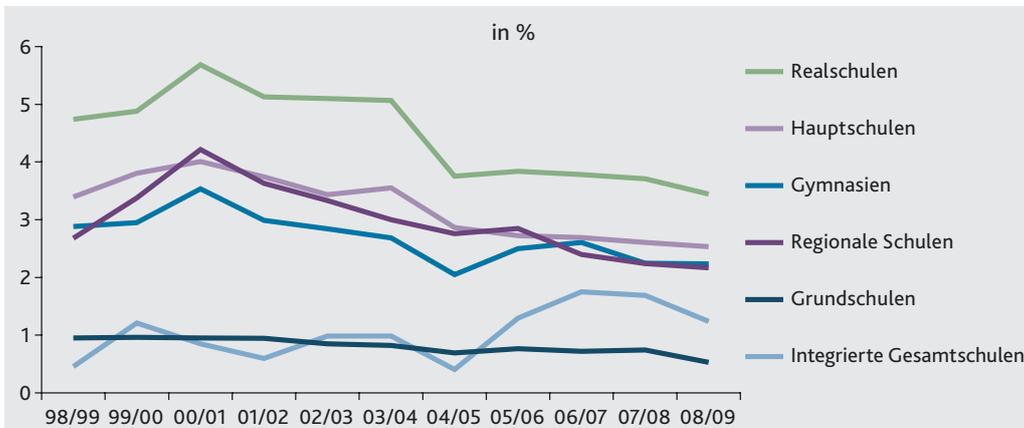
Integrierte Gesamtschulen gewinnen an Bedeutung

Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 2009/10 besuchen insgesamt 46 677 Schülerinnen und Schüler die gymnasiale Oberstufe (Mainzer Studienstufe) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule. Das sind 2% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei 7,7%. Wie auch in den Vorjahren ist die Mehrheit der Jugendlichen in der gymnasialen Oberstufe weiblich (56,2%). Deutlich unterrepräsentiert sind noch immer Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil beträgt derzeit 6,6%.

7,7% besuchen die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule

G 4

Nichtversetzenquote¹⁾ an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 1998/99–2008/09



1) Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulart.

Anteil der Nichtversetzten in allen Schularten rückläufig

Schon seit längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens“ in der Wissenschaft und der Politik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt als auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren in allen Schularten zu einem deutlichen Rückgang der Nichtversetztenquoten.

Ungeachtet des insgesamt rückläufigen Trends blieben aber dennoch Unterschiede zwischen den Schularten erhalten. Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und Grundschüler in derselben Klassenstufe.

Nichtversetzung an Realschulen am häufigsten

Vergleichsweise häufig sind es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt werden. Die Nichtversetztenquoten liegen hier insbesondere in der Sekundarstufe II deutlich über dem Durchschnitt.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

T 6

Nichtversetzte und Nichtversetztenquote im Schuljahr 2008/09 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote in %	Anzahl	Quote in %	Anzahl	Quote in %	Anzahl	Quote in %
Primarstufe	823	0,5	384	0,5	439	0,5	273	1,1
Sekundarstufe I	6 016	2,3	2 250	1,8	3 766	2,9	950	3,2
Sekundarstufe II ¹⁾	1 322	2,8	611	2,3	711	3,5	176	5,6
Insgesamt	8 161	1,8	3 245	1,4	4 916	2,1	1 399	2,4

1) Einschließlich Kollegs- und Abendgymnasien.

T 7

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2009 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss ¹⁾	3 076	6,7	1 136	5,0	1 940	8,4	661	11,2
Hauptschulabschluss	10 250	22,4	4 343	19,0	5 907	25,7	2 118	35,9
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 570	40,6	9 492	41,6	9 078	39,5	2 200	37,3
Fachhochschulreife	812	1,8	444	1,9	368	1,6	110	1,9
Allgemeine Hochschulreife	13 060	28,5	7 392	32,4	5 668	24,7	814	13,8
Insgesamt	45 768	100	22 807	100	22 961	100	5 903	100

1) Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

Trend zu höheren Abschlüssen hält an, weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss

28,5% verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit Abitur

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I oder mit der allgemeinen Hochschulreife verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten im Jahr 1999 lediglich 23% aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2009 schon 28,5%. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 4,7 Prozentpunkte auf

nun 40,6%. Hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Er liegt momentan bei 6,7% und damit 2,5 Prozentpunkte unter dem Wert von 1999. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Schulabschluss. Mit 11,2% ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei allen Schülerinnen und Schülern.

6,7% verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss

T 8

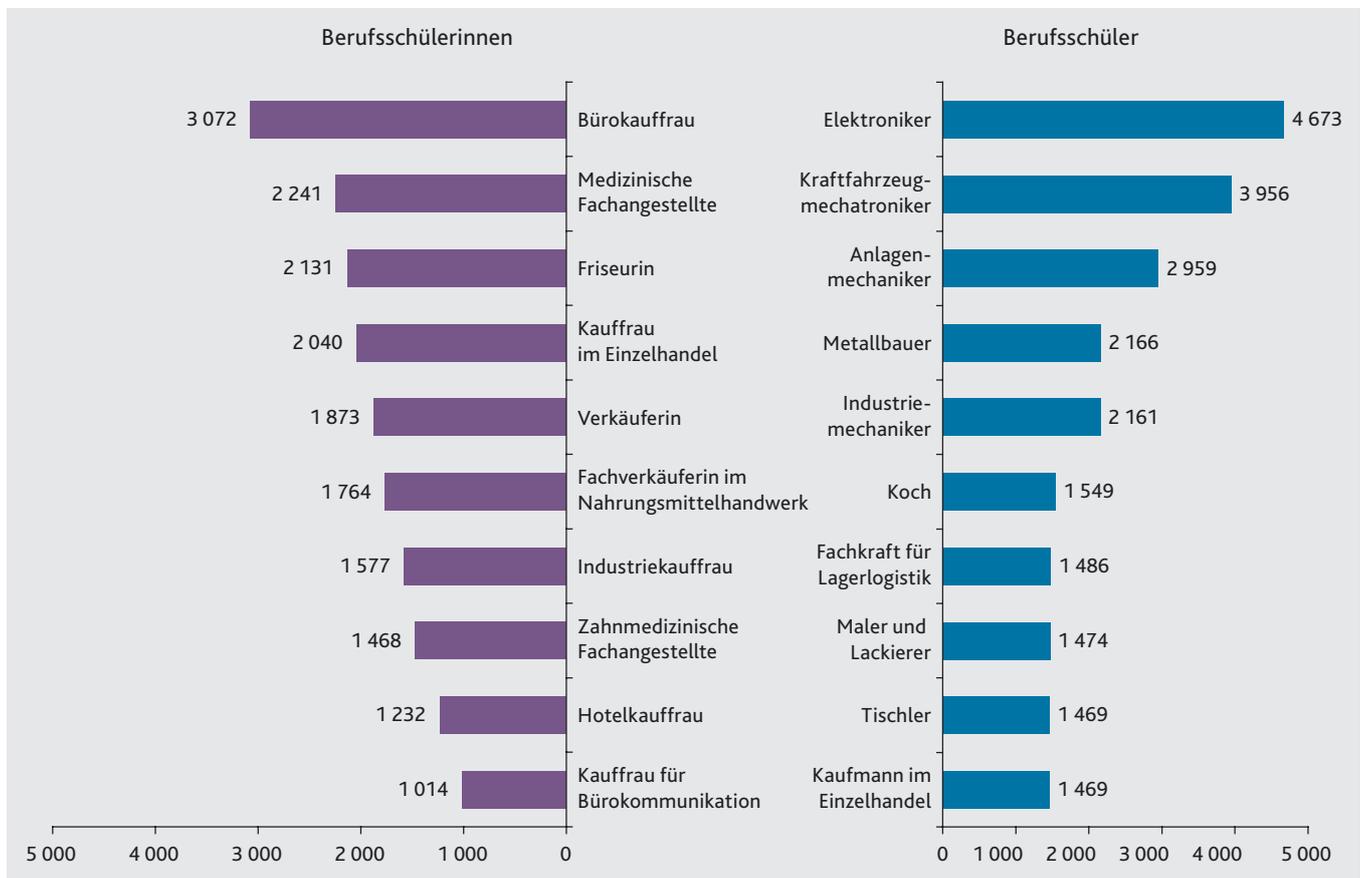
Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulform	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschule ohne Berufsvorbereitungsjahr ¹⁾	81 595	-1,5	31 488	38,6	50 107	61,4	10 646	13,0
Berufsvorbereitungsjahr	2 725	-10,9	1 019	37,4	1 706	62,6	566	20,8
Berufsfachschule	24 313	-2,7	12 688	52,2	11 625	47,8	4 389	18,1
Fachschule	10 998	4,5	6 312	57,4	4 686	42,6	1 189	10,8
Berufsoberschule I	1 917	11,5	594	31,0	1 323	69,0	243	12,7
Berufsoberschule II	874	17,2	507	58,0	367	42,0	107	12,2
Duale Berufsoberschule	2 426	15,1	932	38,4	1 494	61,6	308	12,7
Berufliches Gymnasium	7 572	10,0	3 529	46,6	4 043	53,4	1 195	15,8
Insgesamt	132 420	-0,3	57 069	43,1	75 351	56,9	18 643	14,1

1) Duales Ausbildungssystem einschließlich Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (505 im laufenden Schuljahr).

G 5

Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschülern im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht



Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gestiegen

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 132 420 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule (-0,3%). Die Mehrheit von ihnen (61,2%) besucht im Rahmen der dualen Berufsausbildung eine Berufsschule.

43,1% Frauenanteil an berufsbildenden Schulen

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 43,1%.

Besonders gering sind die Frauenanteile in der Berufsoberschule I (31%) und im

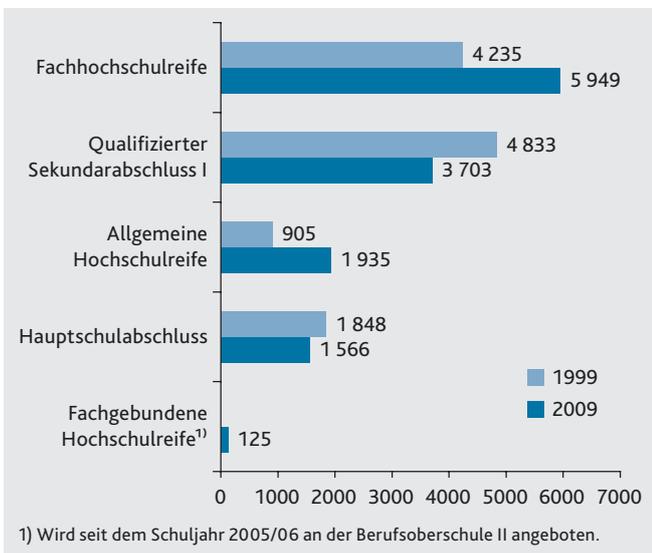
Berufsvorbereitungsjahr (37,4%). Dies liegt unter anderem daran, dass Frauen die allgemeinbildenden Schulen häufiger mit einem höherwertigen Abschluss verlassen als Männer und dann andere Bildungsgänge wählen. Die relativ hohen Frauenanteile an Fachschulen (57,4%) und an Berufsfachschulen (52,2%) sind vor allem auf die dort stark vertretenen Bildungsgänge im sozialen Bereich zurückzuführen.

In der Wahl ihrer Ausbildungsberufe unterscheiden sich junge Frauen und Männer auch in diesem Jahr deutlich. Der häufigste Ausbildungsberuf ist wie auch im letzten Jahr bei den Berufsschülerinnen der der Bürokauffrau und bei den Berufsschülern der des Elektronikers.

Deutliche Unterschiede bei der Berufswahl von Frauen und Männern

G 6

An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 1999 und 2009



Berufsbildende Schulen wichtig auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Bildungsabschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Im Jahr 2009 verließen 55 357 Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der beruflichen Bildung, darunter 13 278 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem berufsbildenden Abschluss.

Studienberechtigtenquote auf 44,9% gestiegen

Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen (einschließlich Fachhochschulreife) wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt (36,6%). Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für das Jahr 2009 eine Studienberechtigtenquote von 44,9% (1999: 33,9%).

Jede zweite Lehrkraft an berufsbildenden Schulen 50 Jahre und älter

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 35 604 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in „Vollzeit“ (57,4%). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (68,4%). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (87,6%). Etwas ausgeglichener ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 53,1%).

An Grundschulen lehren überwiegend Frauen

Derzeit sind 43,4% der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre oder älter. Im Vorjahr waren es noch 44,6%. Die leichte „Verjüngung“ der Lehrerschaft geht unter anderem auf die relativ hohe Zahl der Neueinstellungen zum Schuljahr 2009/10 zurück. Zu diesem Schuljahr wurden an allgemeinbildenden Schulen 2 548 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte eingestellt. Das waren 12,8% mehr als ein Jahr zuvor.

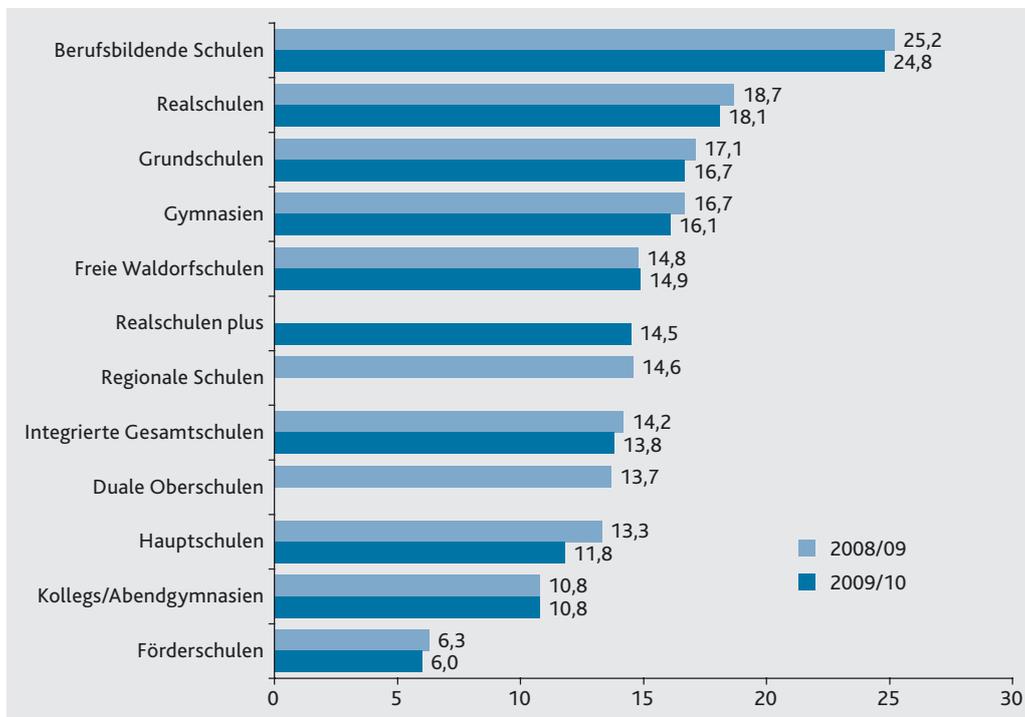
Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 777 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die Fachhochschulreife, die fachbezogene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben auf einen Durchschnittsjahrgang der 18- bis unter 21-Jährigen bezogen.

G7

Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach ausgewählten Schularten bzw. Schulformen



(57,7%). Auch Vollzeitbeschäftigte sind an den berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von 66,9% deutlich häufiger vertreten. Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt dabei etwas ungünstiger aus als an den allgemeinbildenden Schulen. So liegt der Anteil der 50 Jahre oder älteren hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer bei 50%. Das heißt, in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird voraussichtlich die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an fast allen Schularten günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülern zu Lehrern an fast allen Schularten verbessert. So kommen an den berufsbildenden Schulen derzeit 24,8 Schülerinnen und Schüler auf eine sogenannte „Vollzeitlehrereinheit“ (-0,4). Im allgemein-

bildenden Bereich weisen Hauptschulen mit 11,8 Schülern je Lehrkraft eine deutlich günstigere Betreuungsrelation als im Vorjahr auf (-1,5). Ebenfalls merklich verbessert hat sich die Betreuungsrelation an Realschulen und an Gymnasien (jeweils -0,6). Lediglich die Freien Waldorfschulen verzeichnen einen geringen Anstieg der Schülerzahl pro Lehrkraft (+0,1).

Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

Die Höhe der Schüler-Lehrer-Relationen wird im Wesentlichen durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehrkraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen traditionell sehr hoch ist.

Fazit

Auch im aktuellen Schuljahr setzt sich der demografisch bedingte Schülerrückgang an allgemeinbildenden Schulen fort. Betroffen sind vor allem die Primarstufe und die Sekundarstufe I. Gegenläufig ist die Entwicklung an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen. Diese profitieren von dem fortwährenden Trend zu höheren Schulab-

schlüssen und verzeichnen steigende Schülerzahlen. Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den berufsbildenden Schulen zeigt sich ein anhaltender Bedarf zur besseren Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Diese durchlaufen das Schulsystem noch immer mit deutlich geringerem Erfolg als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Umfassende Änderungen zeigen sich in Folge der Schulstrukturreform im Bereich der weiterführenden Schulen. Mit der Einführung der Realschule plus und der schrittweisen Ablösung der bisherigen Hauptschulen sollen mehr Schülerinnen und Schüler zu (höheren) Schulabschlüssen geführt werden.

Bettina Link, Diplom Soziologin, Mag. rer. publ., ist Referentin im Referat Bildung

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Kräftiger Anstieg des ifo Geschäftsklimaindexes im März

Bessere Stimmung in der deutschen Wirtschaft

Nach der leichten Eintrübung im Februar hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft im März deutlich verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex machte einen kräftigen Sprung nach oben, er stieg von 95,2 auf 98,1 Punkte. Die konjunkturelle Erholung schreitet in Deutschland also weiter voran, angetrieben nicht zuletzt durch die weltweiten geld- und fiskalpolitischen Impulse. Die spannende Frage ist, wann aus dieser Erholung ein selbsttragender Aufschwung wird.

Deutliche Verbesserung der Lagebeurteilung

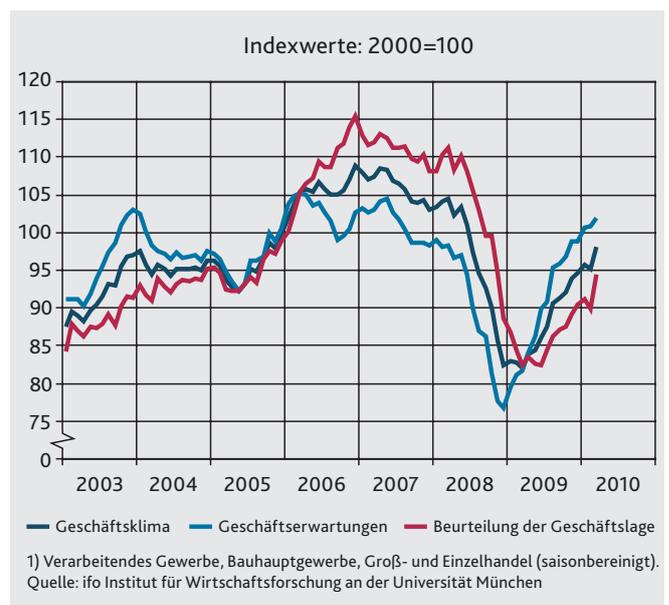
Die befragten Unternehmen beurteilten vor allem ihre Geschäftslage deutlich günstiger als noch im Vormonat. Der Lageindex stieg von 89,8 auf 94,4 Punkte. Auch die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate verbesserten sich, allerdings wesentlich schwächer. Der Erwartungsindex erhöhte sich von 100,9 auf 101,9 Punkte.

In allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft spürbare Verbesserung der Stimmung

Das Geschäftsklima hat sich in allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft aufgehellt. Besonders stark fiel die Stimmungsverbesserung in der Industrie und im Einzelhandel aus. In der Industrie ergab sich die Verbesserung durch eine wesentlich günstigere Lagebeurteilung. Im Einzelhandel fiel sowohl die Lageeinschätzung als auch die Beurteilung der Geschäftserwartungen erheblich besser aus als noch im Vormonat.

Stand:
März
2010

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich eine allmähliche Erholung der konjunkturellen Lage. Im Berichtsmonat Januar 2010 lagen die Auftragseingänge um +13% über dem – infolge der Wirtschaftskrise – sehr schwachen Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat gab es sogar ein Plus von 16%. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für Dezember 2009 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate November und Dezember 2009 sowie Januar 2010 einfließen) lag mit +11% zum zweiten Mal im Jahresverlauf über dem Vorjahreswert. Im November hatte es einen leichten Auftragszuwachs um 0,8% gegeben, während im Oktober noch

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +11%

ein Rückgang des Ordervolumens um 9,5% beobachtet wurde.

Sowohl Inlands- als auch Auslandsaufträge steigen im Vorjahresvergleich

Im Berichtsmonat Januar 2010 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat mit +23% deutlich stärker gestiegen als die ausländische Nachfrage (+11%). Im Vergleich zum Januar 2009 weisen die Inlandsaufträge damit ein Plus von 13% auf, während die Auslandsaufträge in diesem Zeitraum um 12,5% anzogen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im Dezember 2009 um 5,9% an (November 2009: -4,6%), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich sogar um 16% (November 2009: +5,9%).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie gehen um 7,2% zurück

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) hat sich im Berichtsmonat Januar 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich deutlich verbessert (+16%). Gegenüber Januar 2009 wurde dagegen ein Minus von 10% registriert. Der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts wird im Vorjahresvergleich seit Juni 2009 kontinuierlich geringer. Im Dezember 2009 verminderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr um 7,2%, nach einer Verschlechterung um 16% im November. Die Inlandsnachfrage ist im Dezember erstmals im Jahresverlauf 2009 gestiegen (+4,2%). Die Auftragseinbußen werden also durch die weiter rückläufigen Auslandsbestellungen (-13%) verursacht.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge auf niedrigem Niveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes beisteuert, stiegen die Auftragseingänge im Dezember 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +35% sehr kräftig. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung

ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage zum Jahreswechsel 2008/2009 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist. Im Berichtsmonat Januar 2009 lag das Auftragsvolumen um 31% über dem Vormonatswert und erreichte etwa das Niveau vom September 2008. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 3,7%. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen der Vormonate zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 108% sprunghaft an.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) kam es im Berichtsmonat Januar 2010 zu einer leichten Verschlechterung gegenüber dem Vormonat (-0,7%). Im Vergleich zum auftragschwachen Januar 2009 kam es dagegen zu einem Anstieg der Nachfrage um 22%. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen im Dezember 2009 die Bestellungen mit +27% zum zweiten Mal im Jahresverlauf den Vorjahreswert, nach einem Plus von 4,7% im November. Während die heimische Nachfrage mit -13% wieder gesunken ist, kam es bei der Auslandsnachfrage zu einem deutlichen Anstieg um 63%.

Deutliches Plus bei den Auftragseingängen im Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe schwächer gesunken als zuletzt

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Dezember 2009 gegenüber Dezember 2008 „geglättet“ um 3,8% gesunken. Damit fiel die Verschlechterung schwächer aus als in den vorangegangenen Monaten. Zuletzt wurde im November ein Rückgang um 7,4% festgestellt. In den drei vorangegangenen Monaten hatte es sogar ein Minus zwischen 18 und 25% gegeben. Im Tiefbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 3,8%

kam es im Drei-Monats-Durchschnitt – nach der leichten Verbesserung der Auftragslage im November – mit +4,9% auch im Dezember zu einem Umsatzplus. Im Hochbau fielen die Auftragsrückgänge mit –12% nicht mehr so kräftig aus wie in den Vormonaten. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52%, der des Hochbaus entsprechend bei 48%.

Umsätze im Handel und im Gastgewerbe rückläufig

Umsatz im Einzelhandel sinkt um 1,3%

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Dezember 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 1,3% gegenüber Dezember 2008 auf. Im Oktober und November 2009 waren mit –0,8 bzw. –0,3% im Vorjahresvergleich geringfügig schwächere Umsätze festgestellt worden.

Umsatzrückgang auch im Kfz-Handel

Zum Jahresende 2009 gingen auch im Kraftfahrzeughandel die Umsätze zurück. Im Drei-Monats-Durchschnitt kam es im Dezember 2009 zu einem realen Rückgang um 1,6%. Zuvor war es im Vorjahresvergleich vier Mal in Folge zu einem Umsatzplus in einem Bereich von 0,4 bis 1,8% gekommen.

Sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im Dezember 2009 gegenüber Dezember 2008 real um 2,6% und damit nicht mehr ganz so stark wie in den vorangegangenen Monaten (Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts). Im November waren die Umsätze 3,6% niedriger als im Vorjahr.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Weiterhin kräftige Umsatzeinbußen im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Dezember 2009 preisbereinigt um 3% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im November hatte es im Vorjahresvergleich einen Umsatzrückgang um 3,6% gegeben.

Jahresteuerrate im März bei 1,1%

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im März 2010 im Vergleich zum Vormonat um 0,4% gestiegen. Gegenüber dem März des Vorjahres hat sich der Index um 1,1% erhöht. In den Monaten von November 2009 bis Februar 2010 hatte die Teuerungsrate zwischen 0,3 und 0,7% betragen. Davor waren die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich sechs Mal in Folge gesunken. Zu dem Anstieg im März 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+35 bzw. 19%) bei.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im März 2010 in den Indexhauptgruppen „Verkehr“ (+5,6%), „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,2%) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+1,7%). Im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ wurde gegenüber März 2009 keine Veränderung beobachtet. Niedrigere Preise als im Vorjahr wurden in den Hauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-0,4%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (-1,8%) festgestellt. Ein besonders starker Preisrückgang war wieder im Bereich „Bildungswesen“ (-18%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl im März leicht gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist im März 2010 – vor allem jahreszeitlich bedingt – leicht gesunken. Insgesamt waren im Berichtsmonat 131 000 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 3 600 bzw. 2,7% weniger als im Februar. Erstmals seit 13 Monaten verringerte sich die Arbeitslosigkeit auch im Vorjahresvergleich. Gegenüber März 2009 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 3 300 bzw. 2,4% ab.

Zahl der Arbeitslosen verringert sich saisonal bedingt

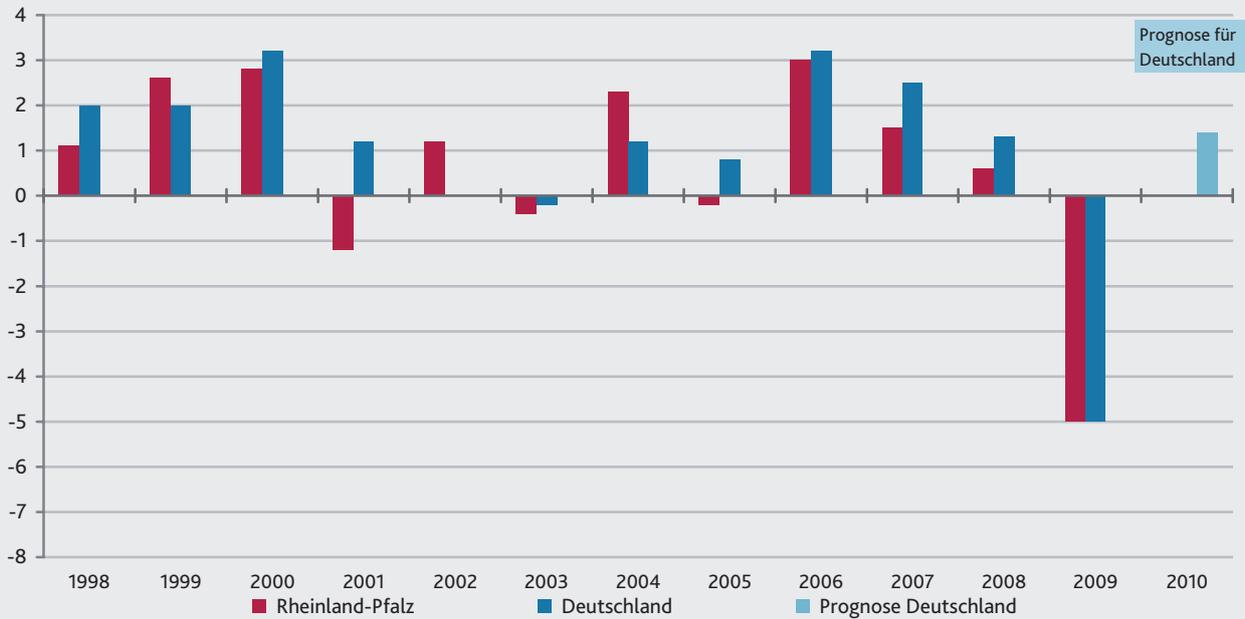
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, sank auf 6,2%. Im Februar hatte die Quote bei 6,4% und im März 2009 noch bei 6,5% gelegen.

Arbeitslosenquote 6,2%

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit auf dem Vorjahresniveau stabilisiert. Im Januar 2010 (das sind die aktuellsten verfügbaren Daten) gab es in Rheinland-Pfalz 1,2 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das waren 1100 bzw. 0,1% mehr als im Januar 2009. Die Wirtschaftskrise hat allerdings zu strukturellen Verschiebungen geführt. Während die Beschäftigung im von der Krise besonders stark betroffenen verarbeitenden Gewerbe kräftig gesunken ist (-10 900 Beschäftigte), gab es in den Dienstleistungsbereichen einen starken Beschäftigungsaufbau (+12 500 Beschäftigte).

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für 2010 im September 2010.

Quelle Prognosewert: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – Jahreswirtschaftsbericht 2010

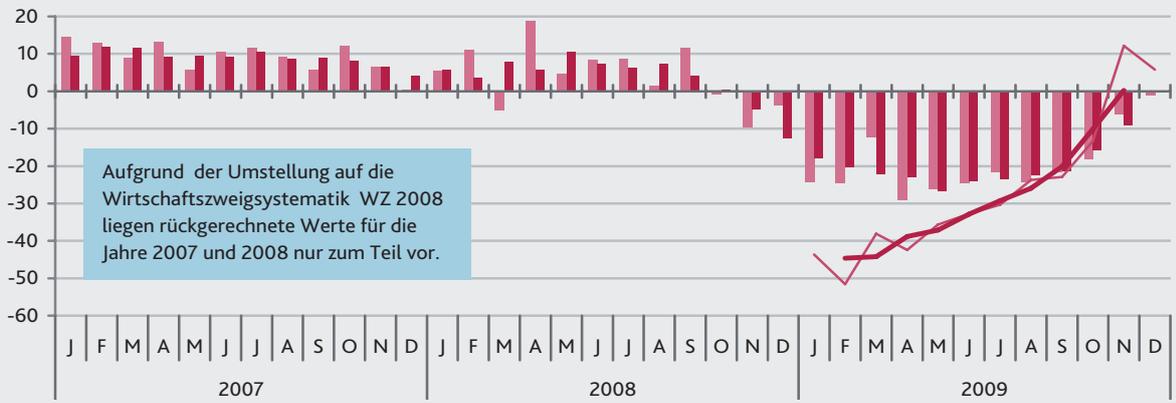
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

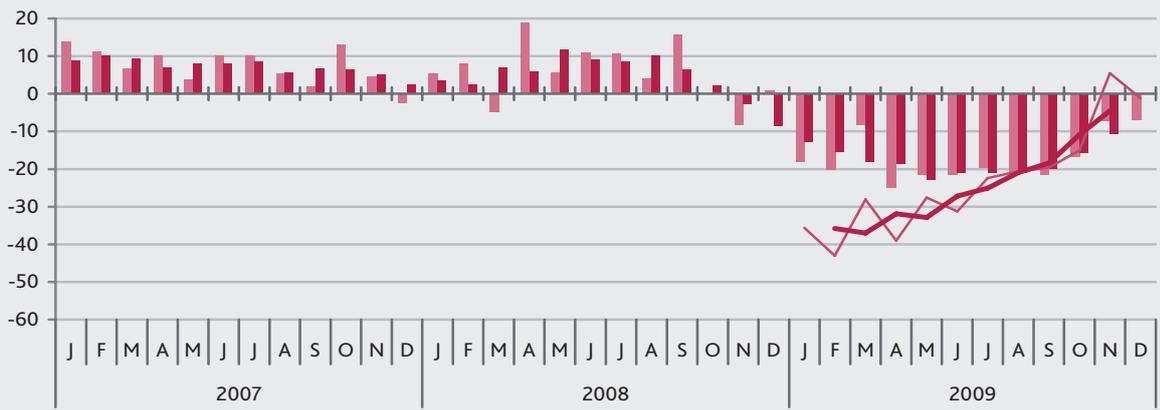


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

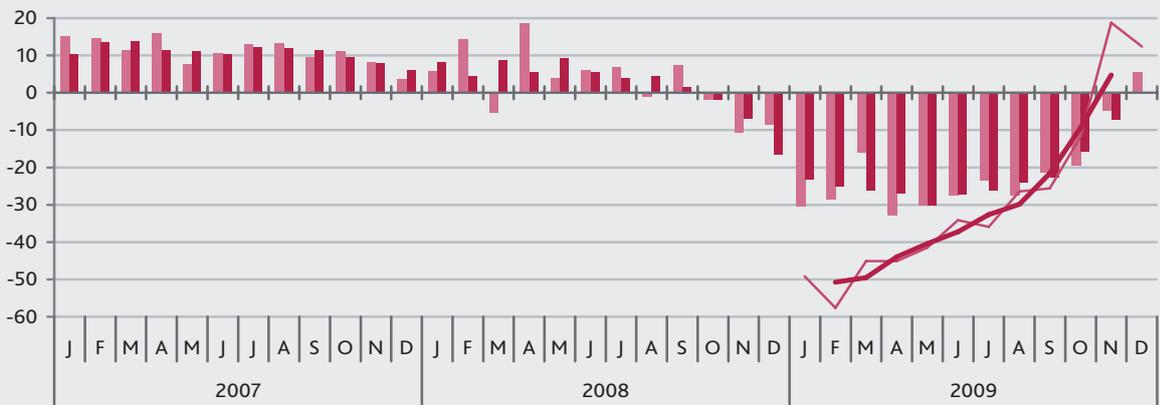
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



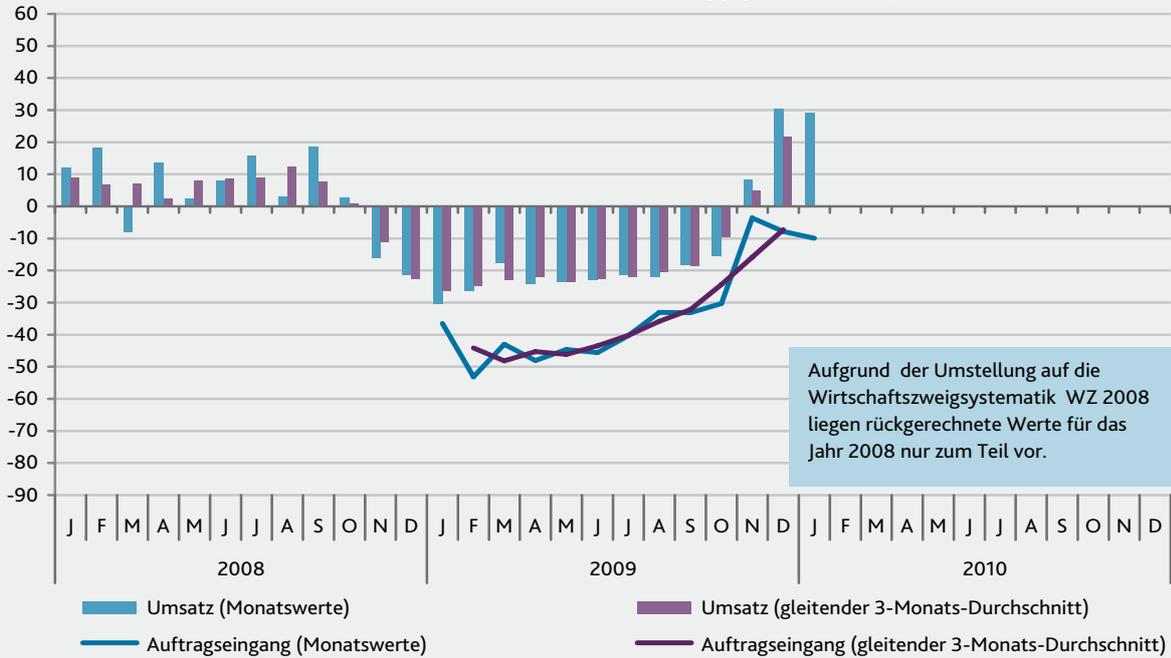
- Umsatz (Monatswerte)
- Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
- Auftragseingang (Monatswerte)
- Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 28%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

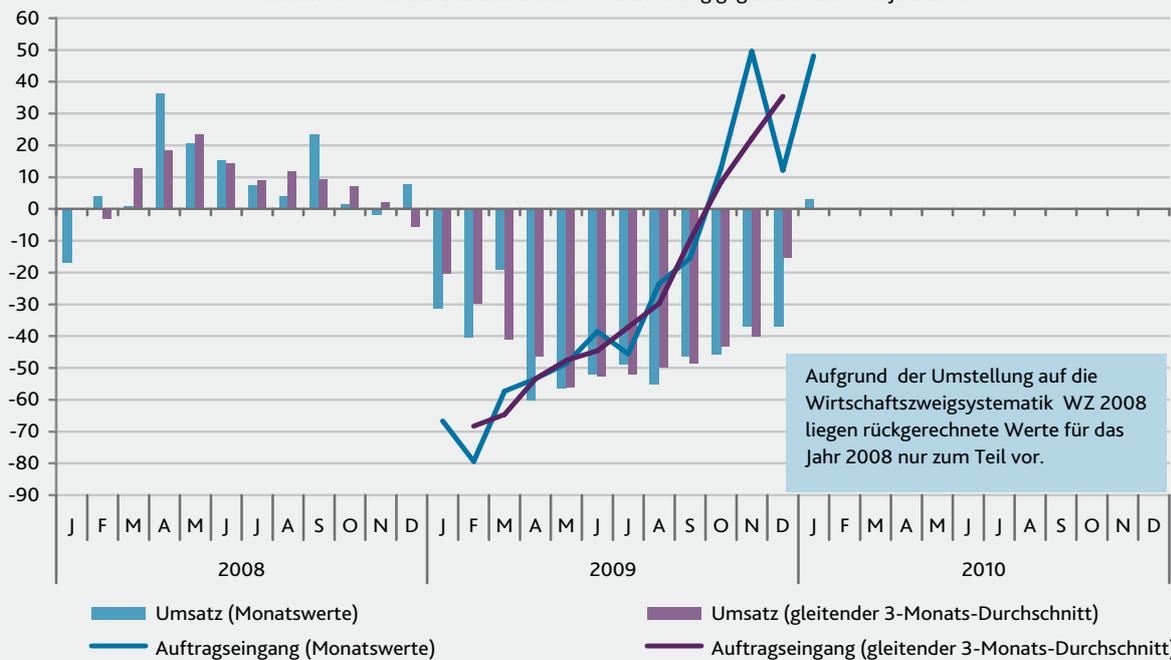


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 17%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

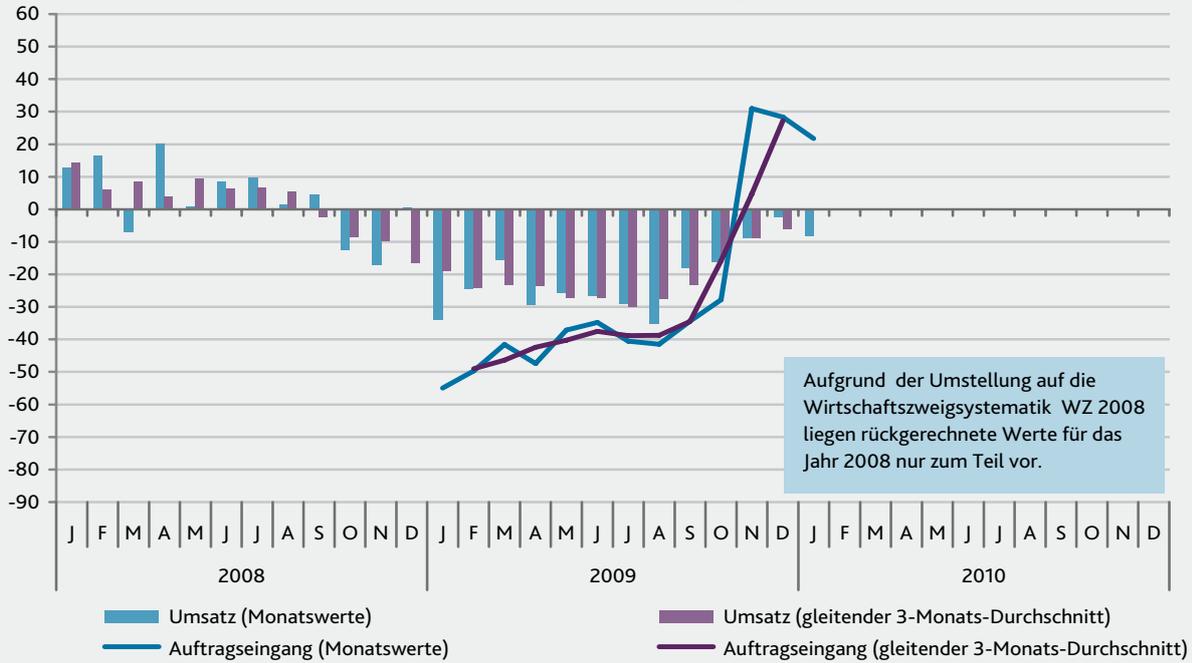


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 10%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



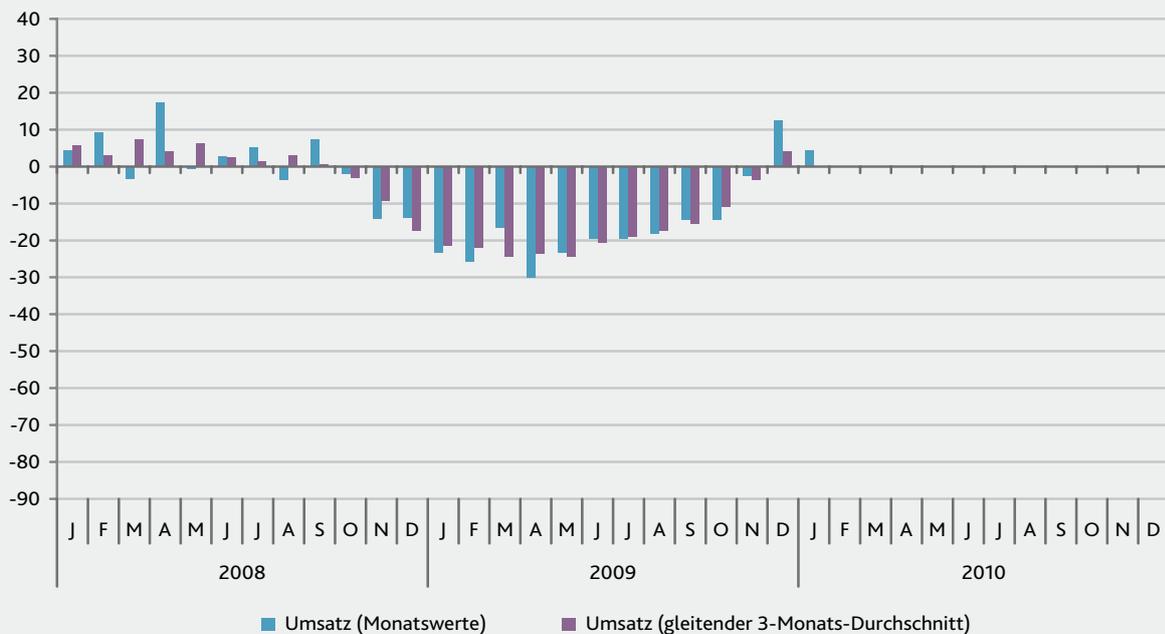
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

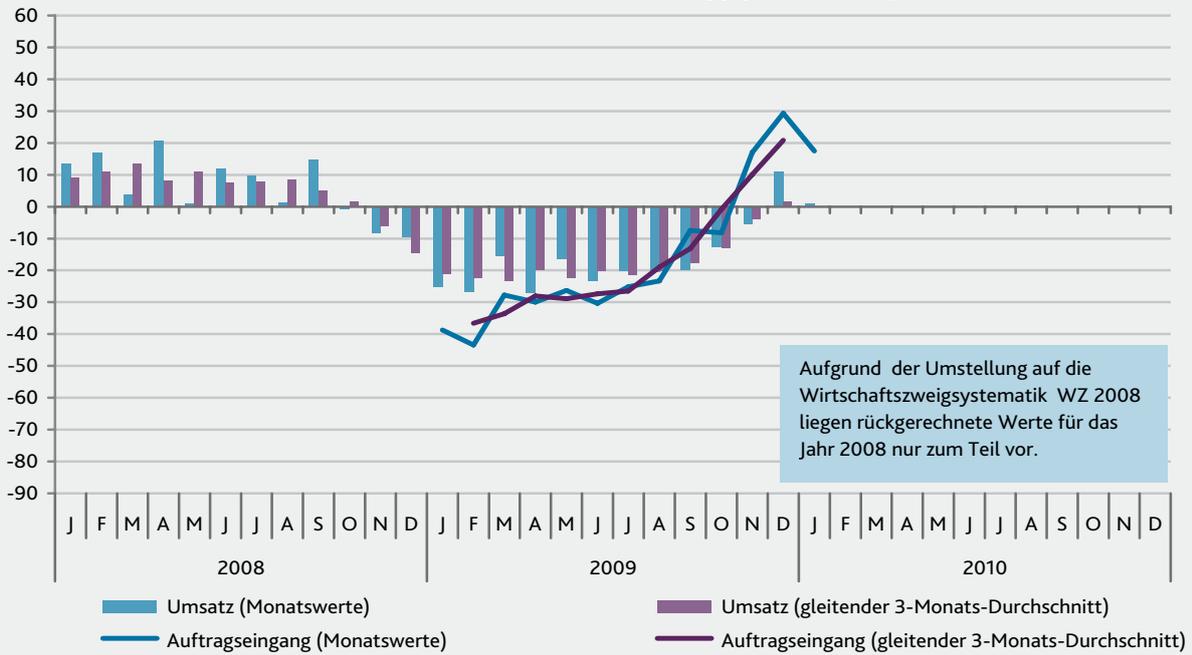


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



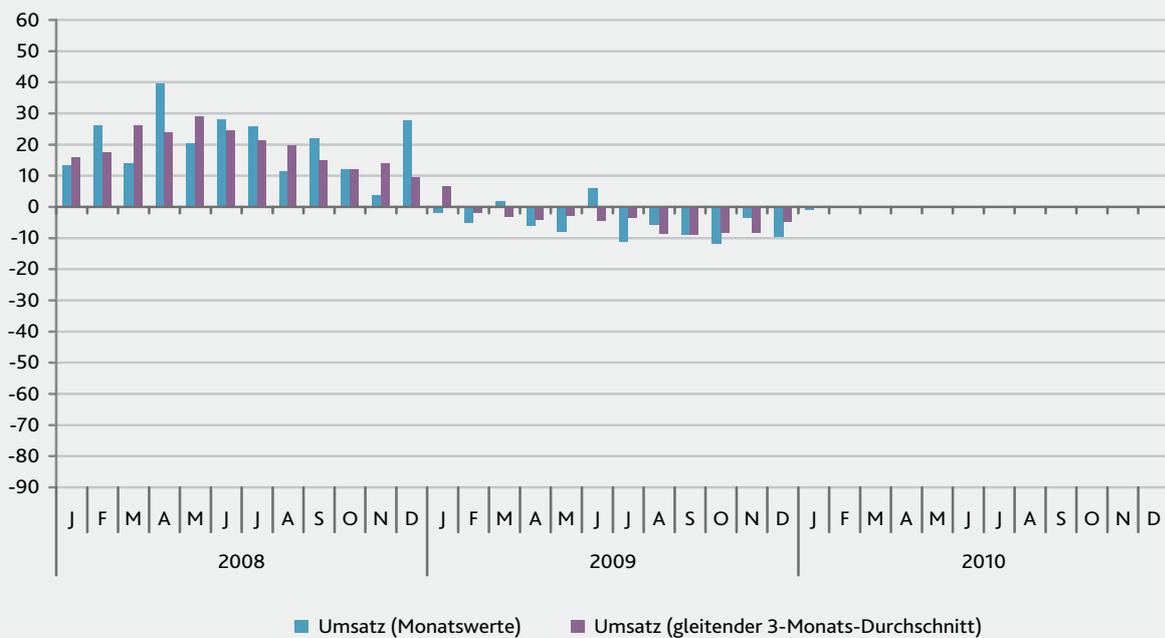
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

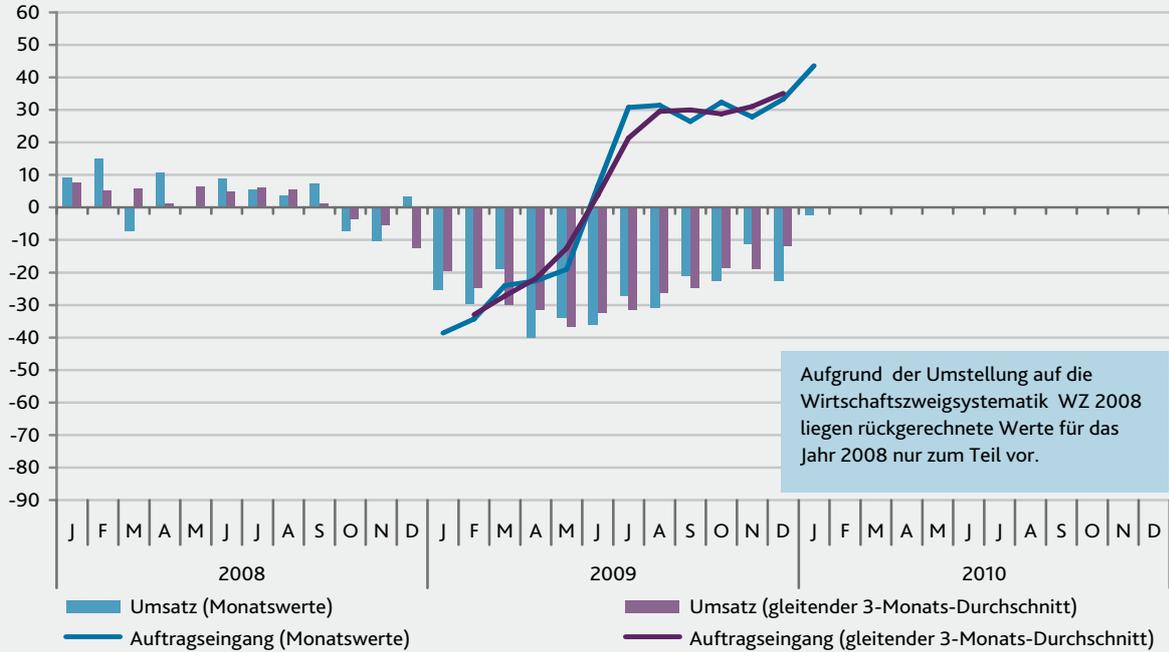


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

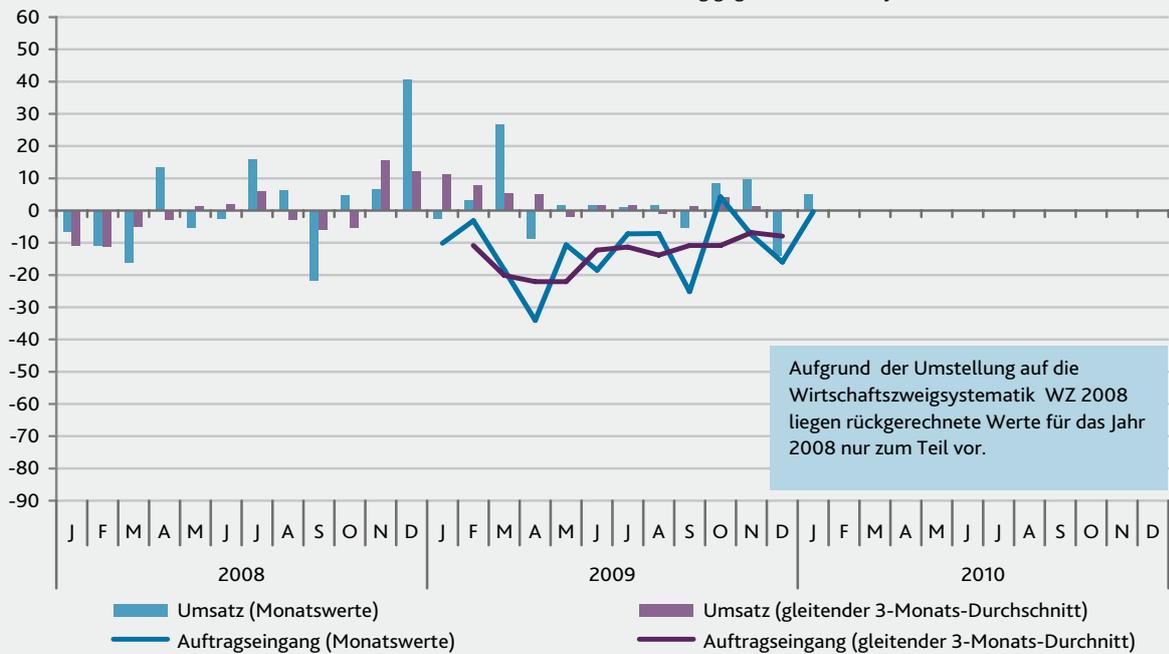


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

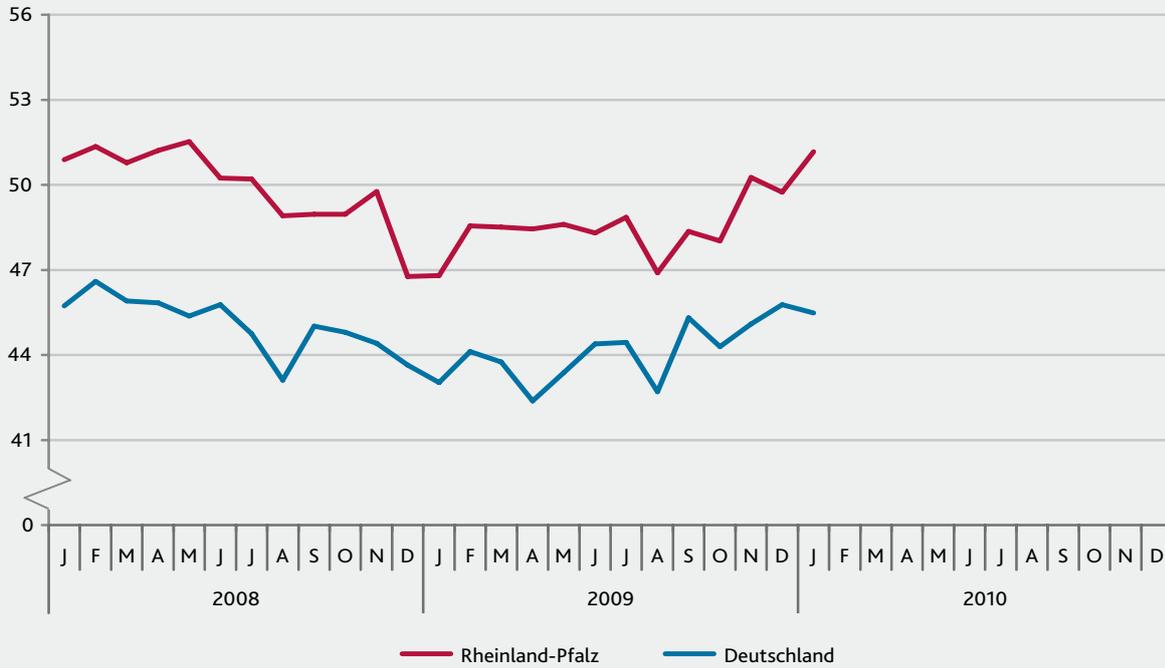
Anteil am Gesamtumsatz 2008: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

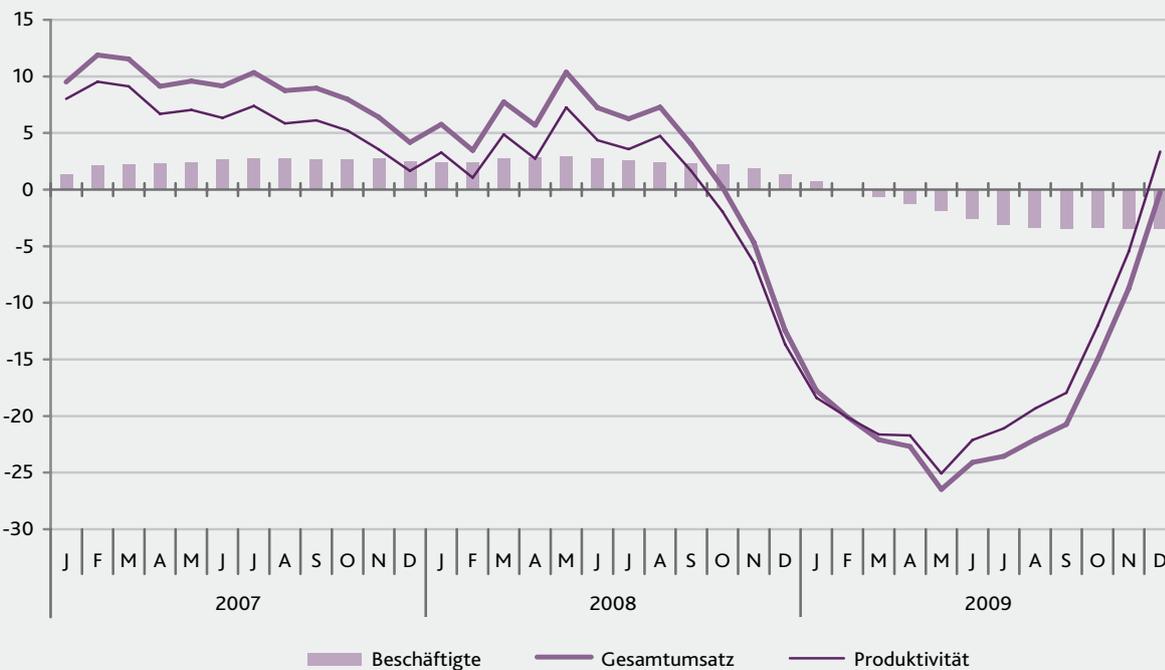


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



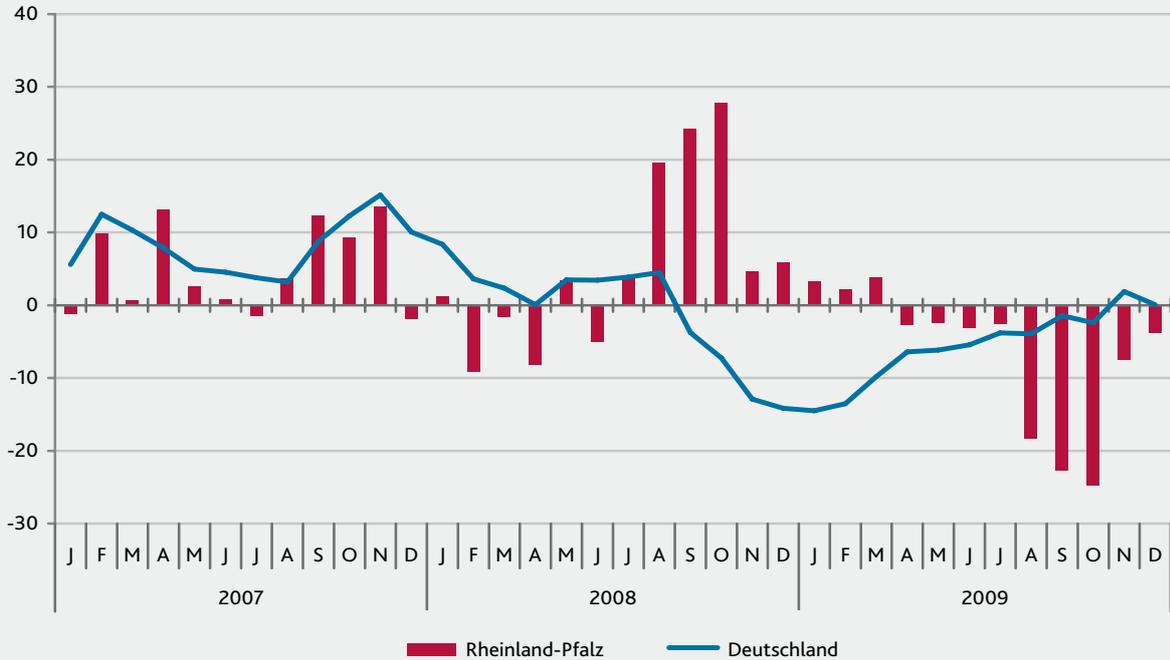
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

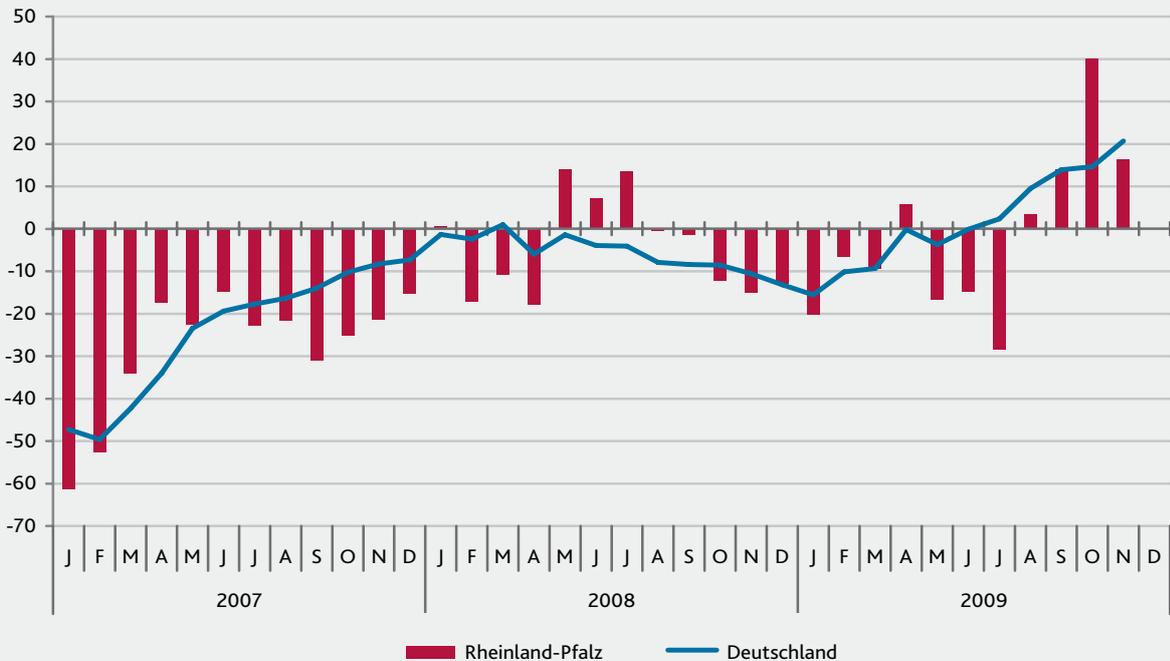
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

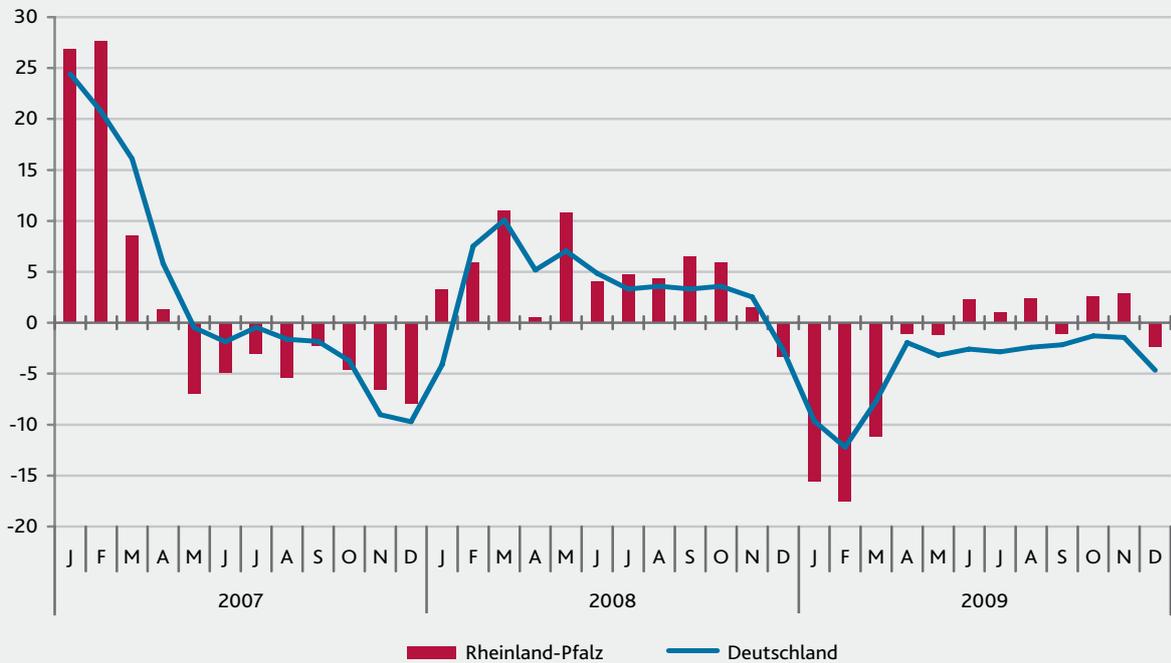
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

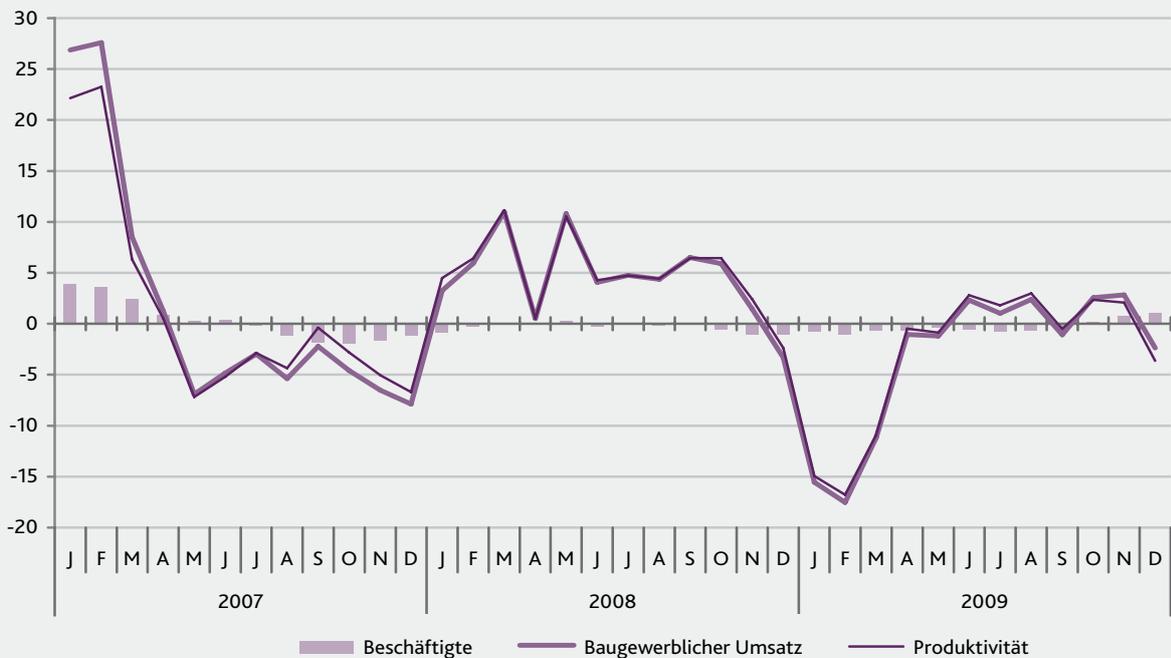
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

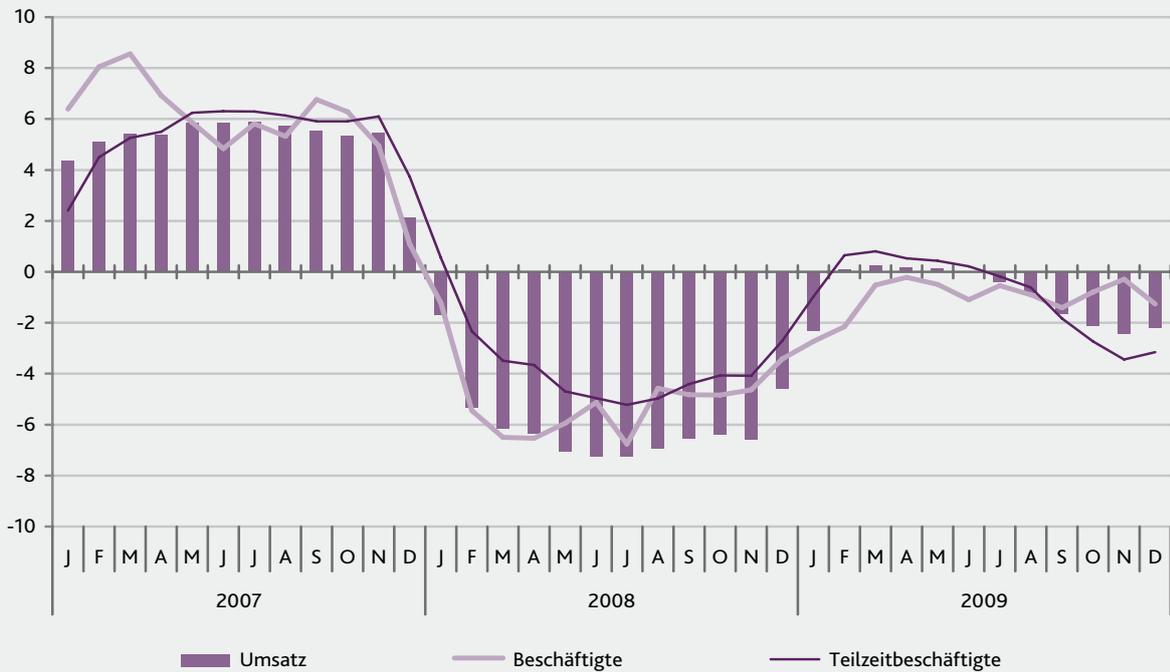
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

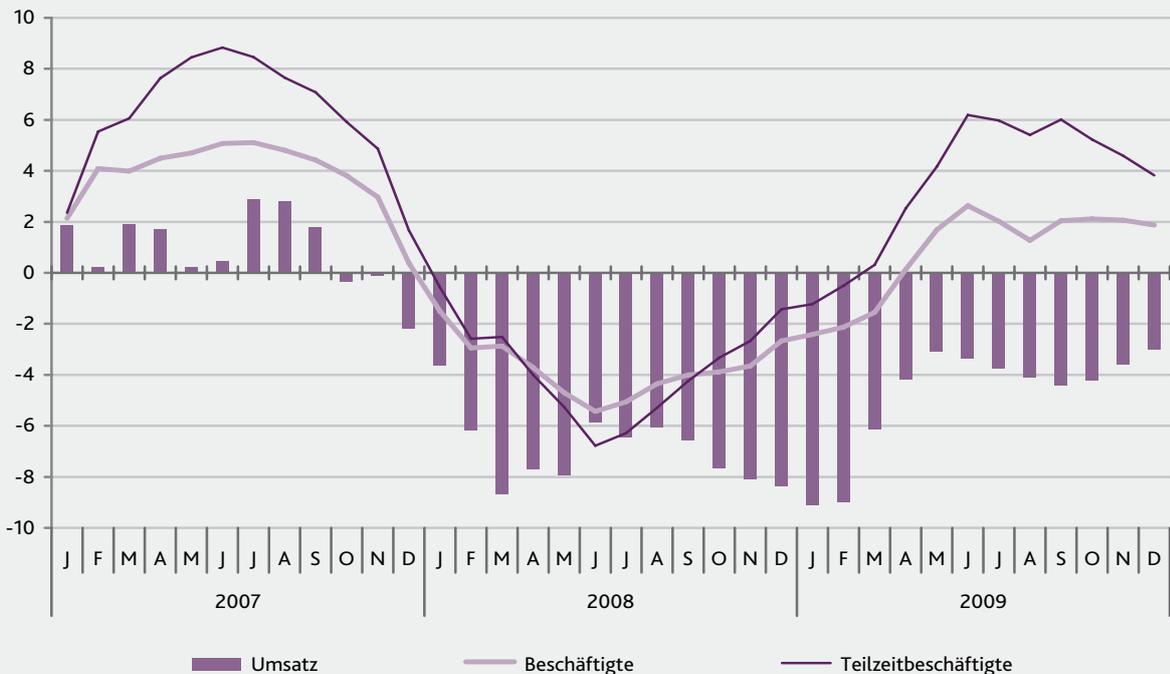
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

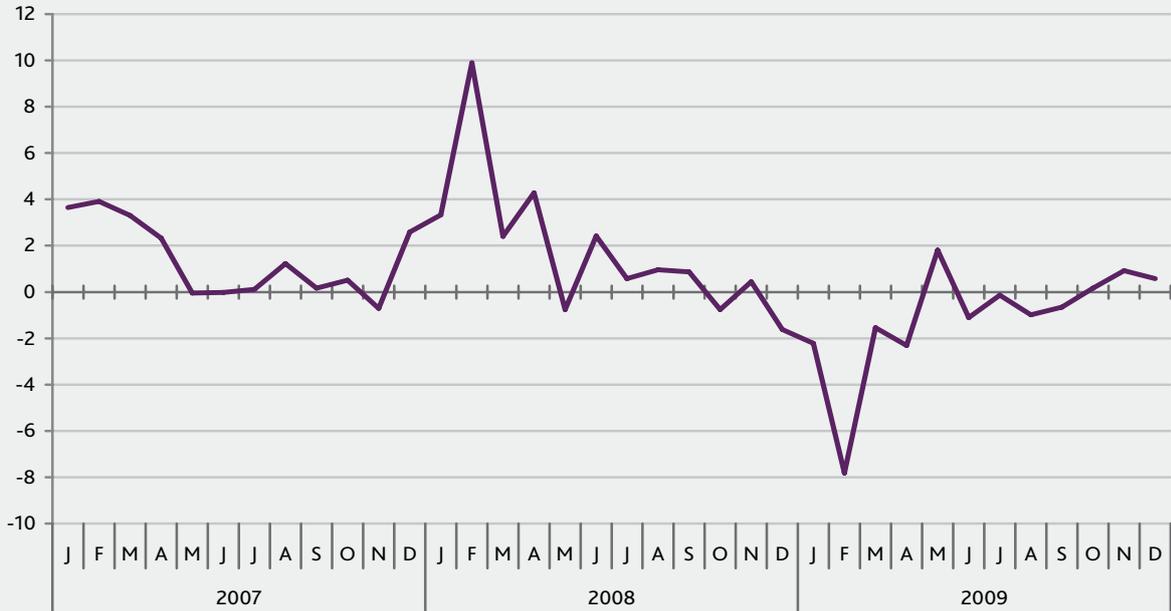
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Gästeübernachtungen

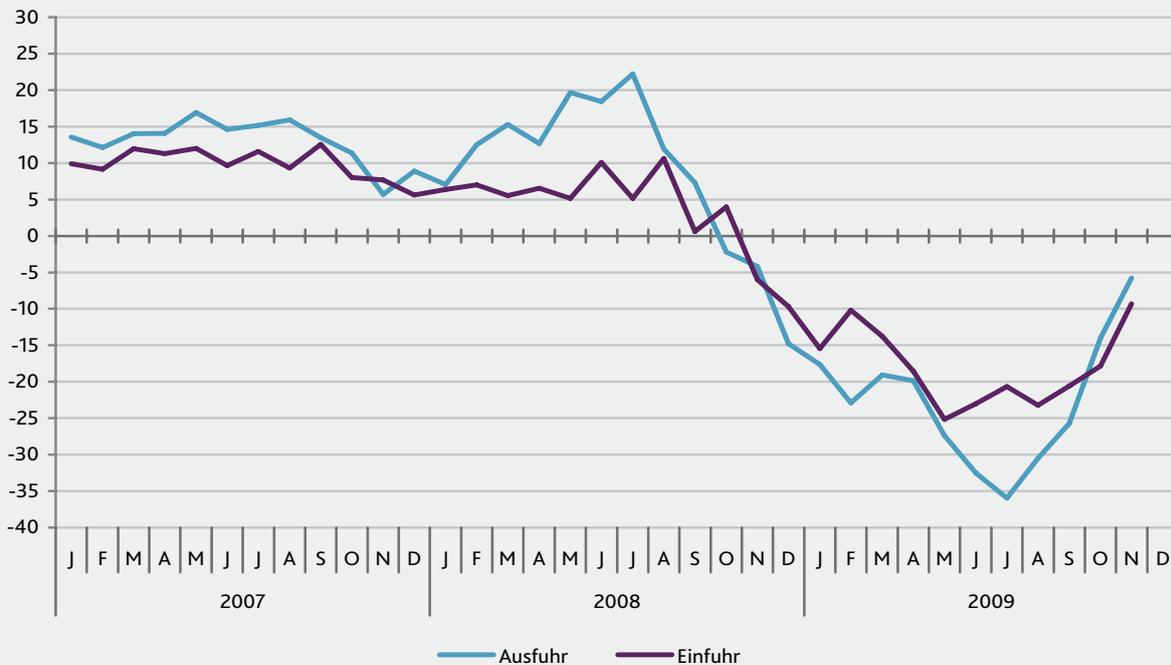
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

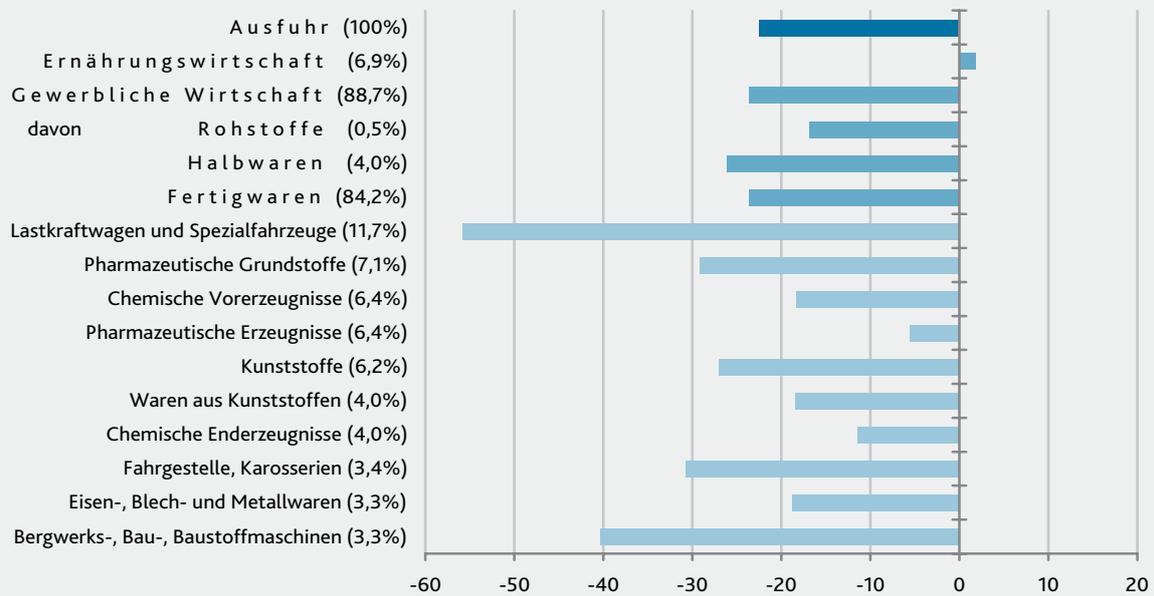
Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



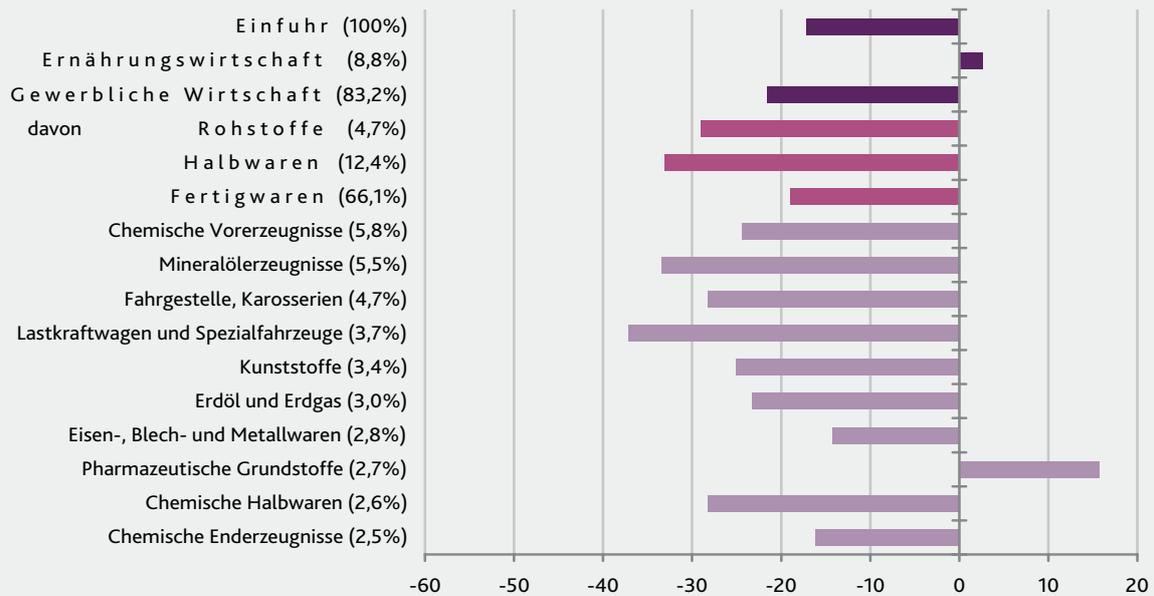
1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Warengruppen¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



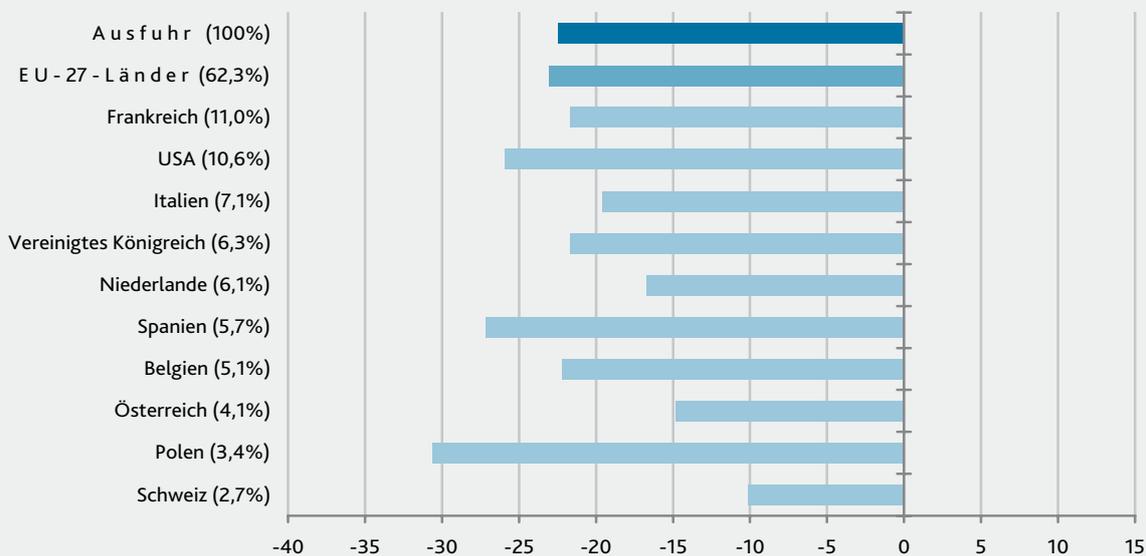
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Warengruppen¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



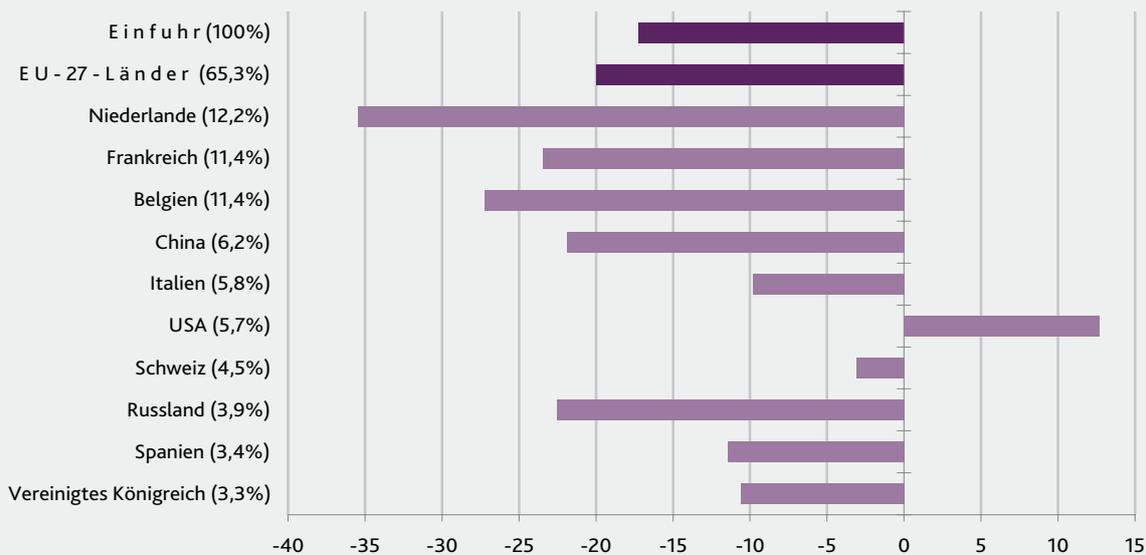
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



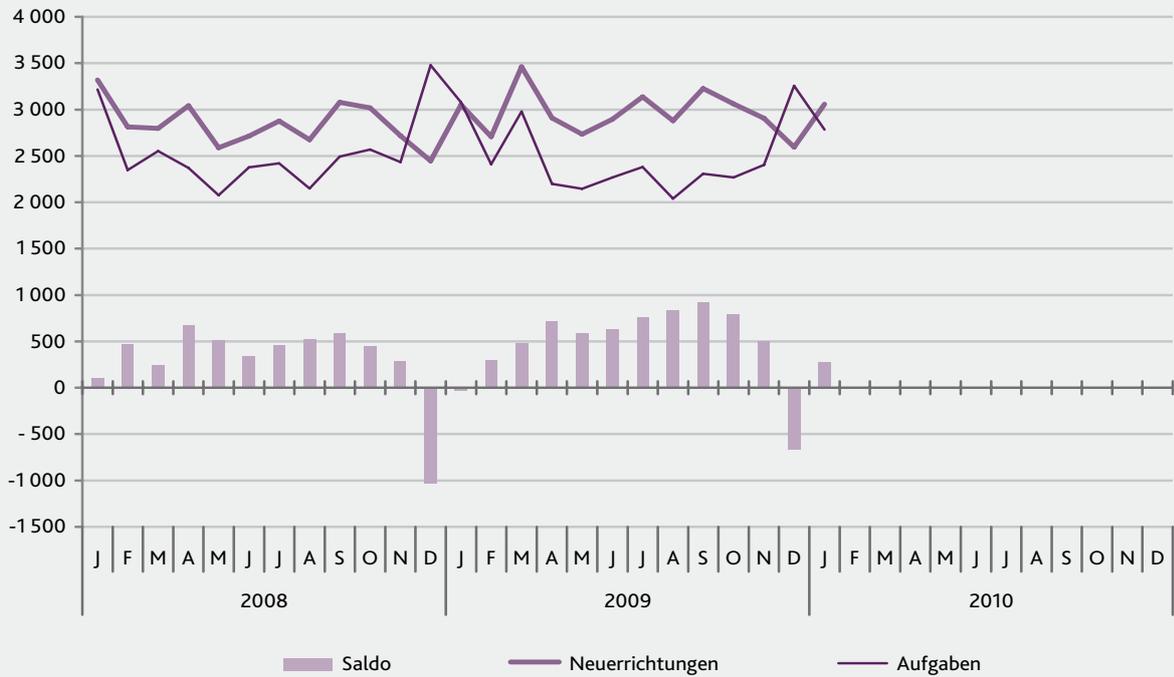
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Herkunftsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen



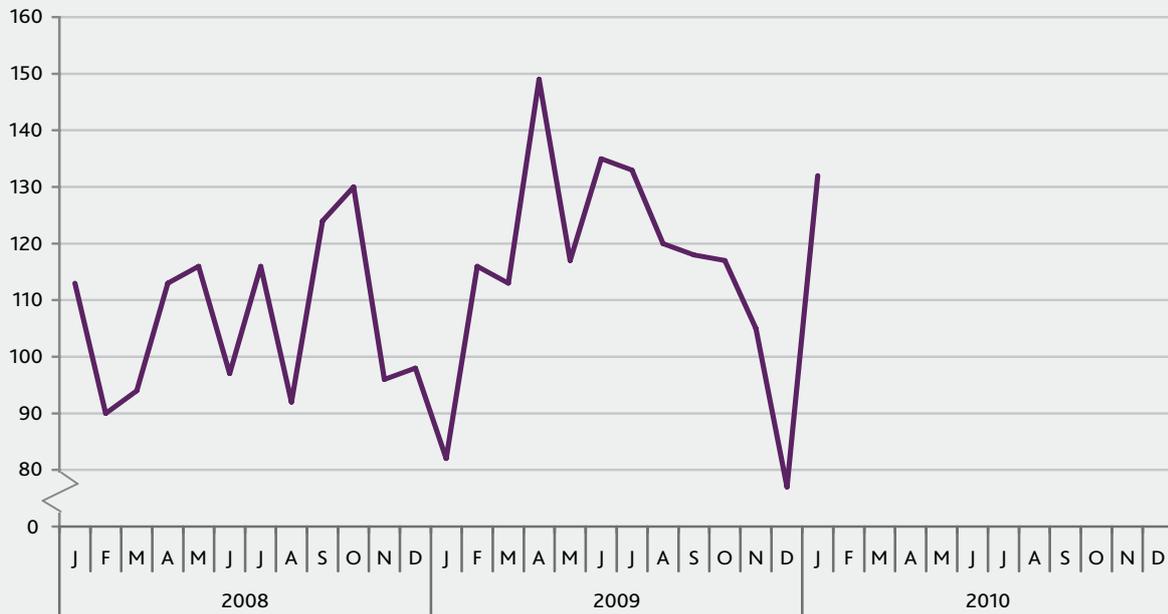
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

Monatsdurchschnitt in US-Dollar



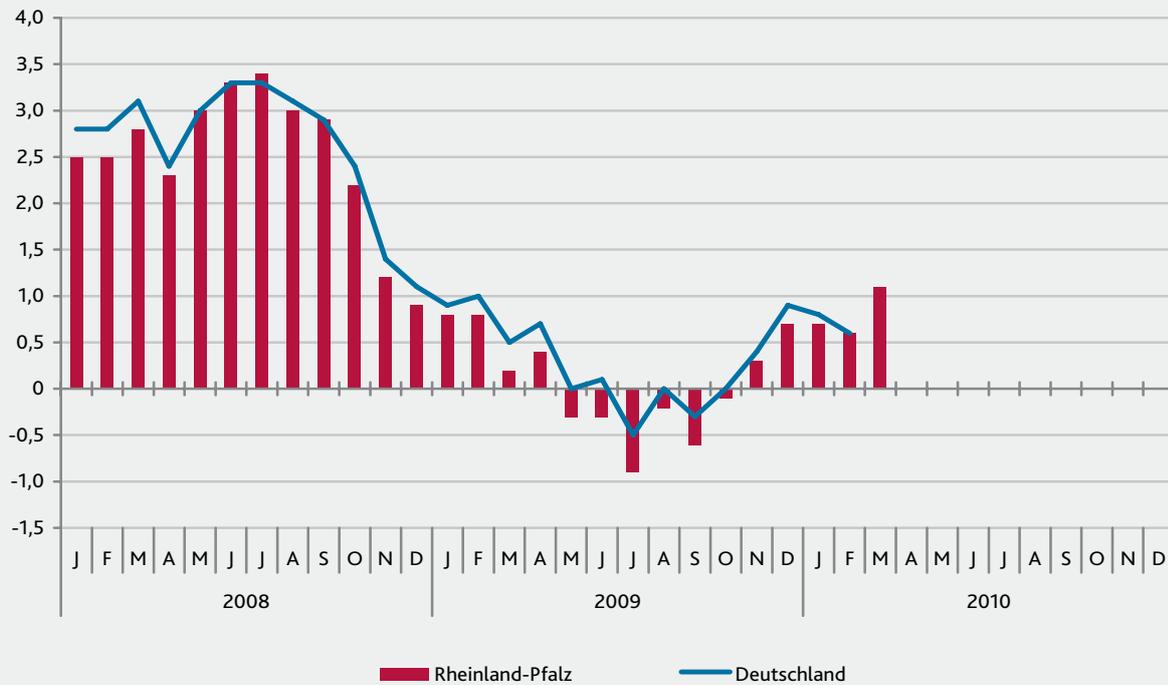
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

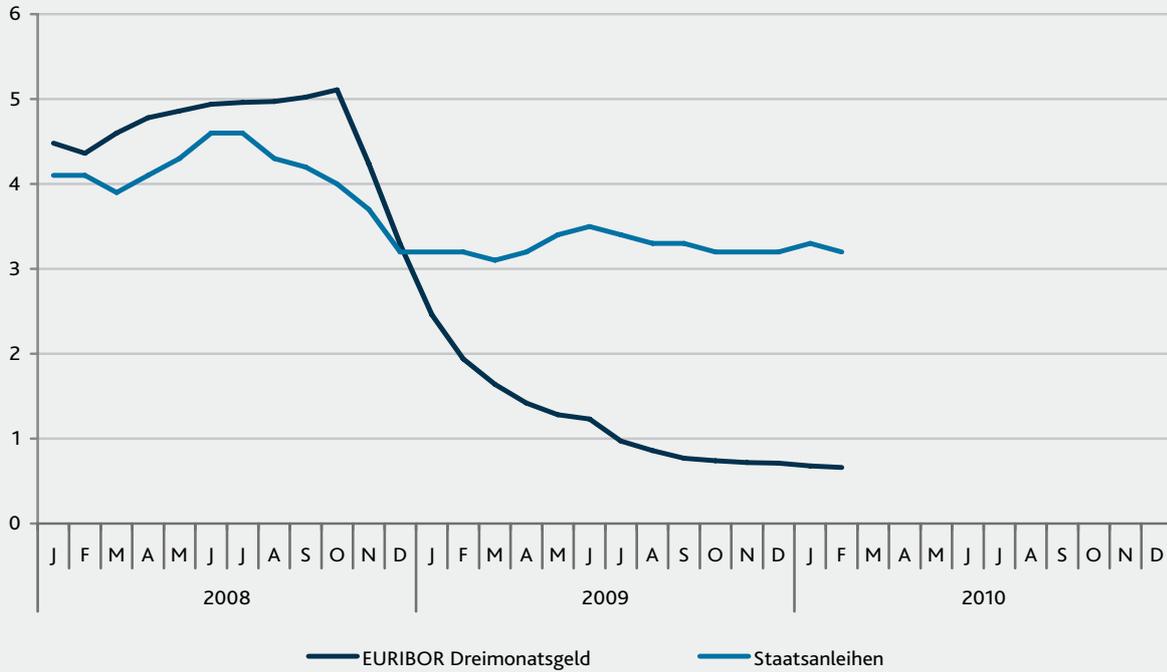


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

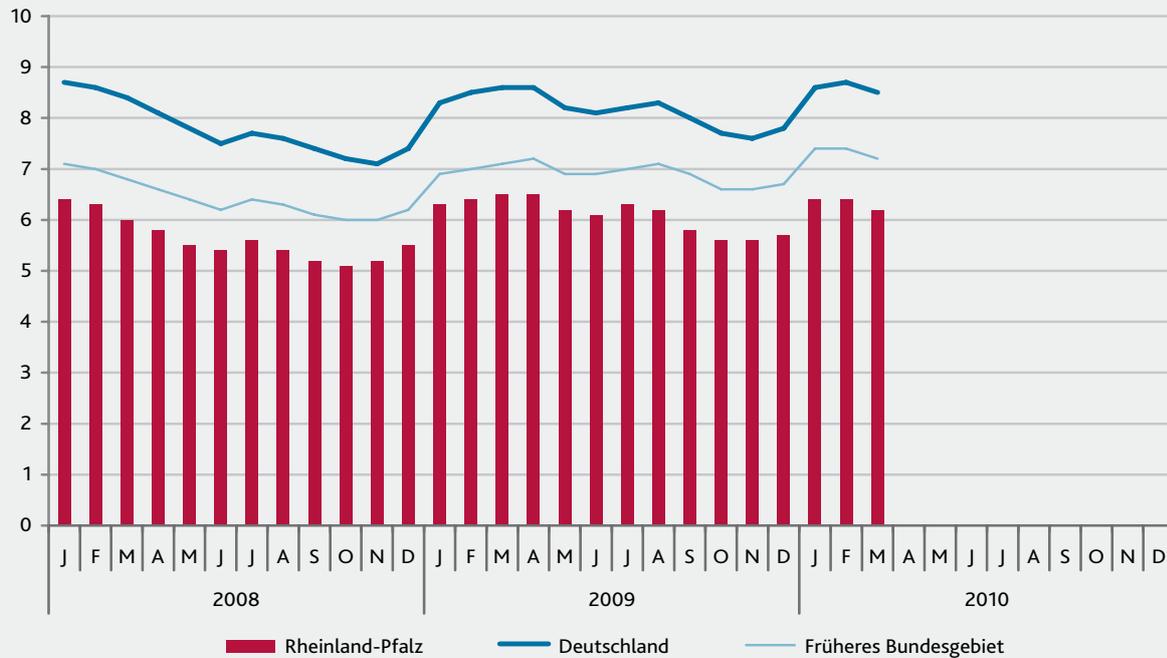


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



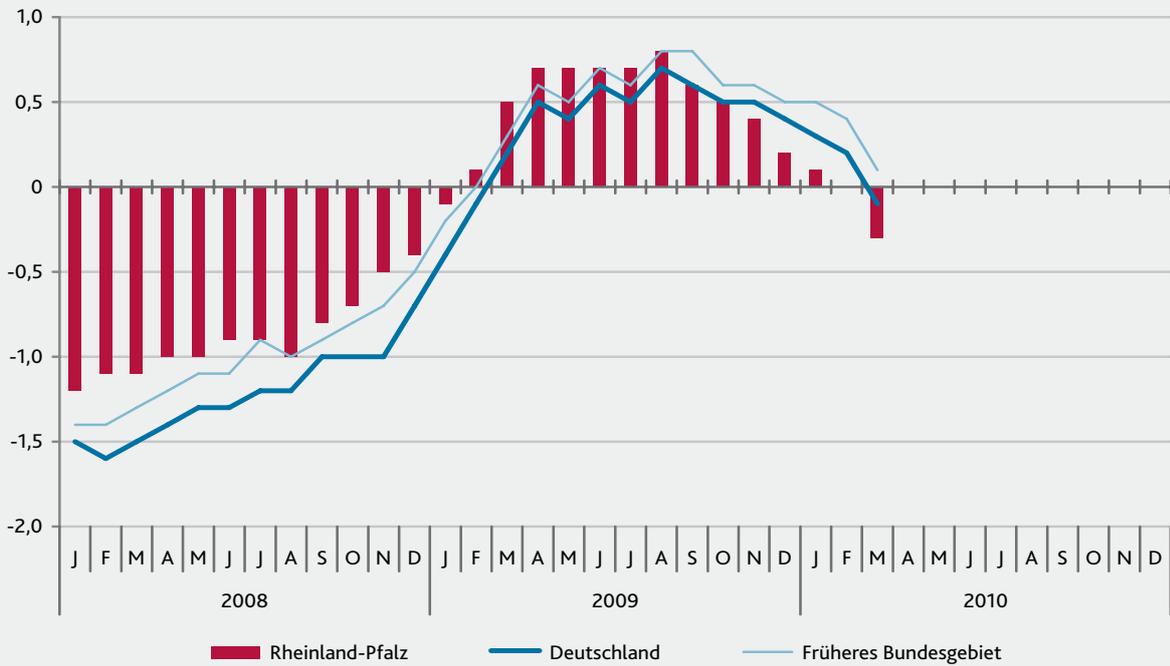
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



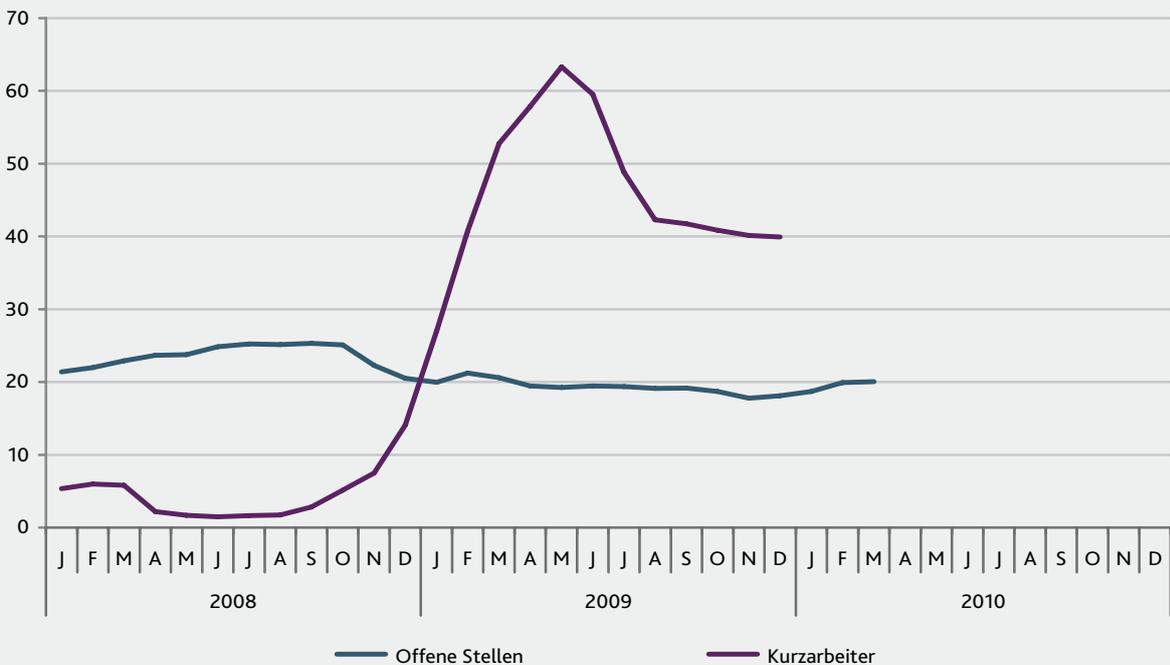
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



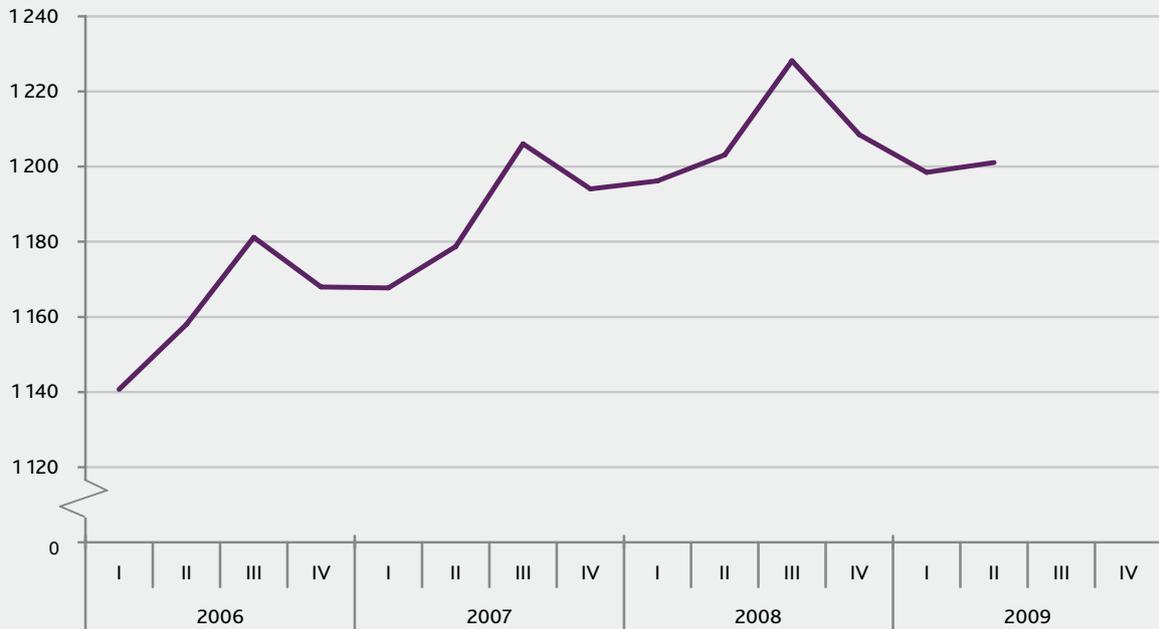
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter
in 1 000



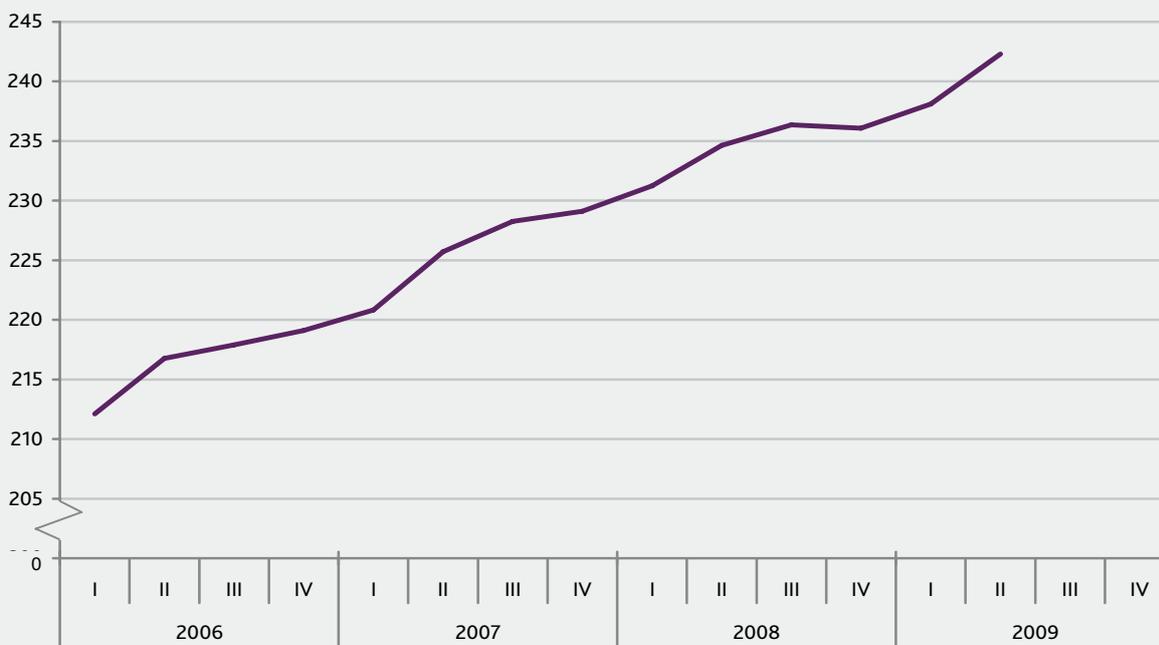
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



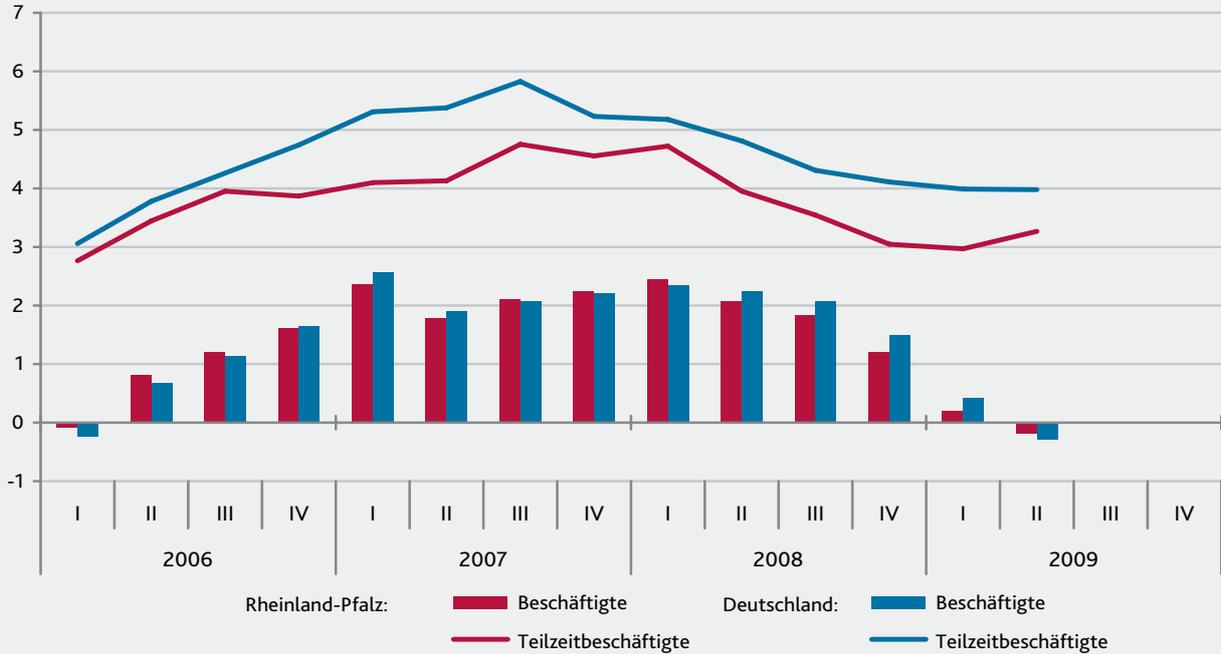
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



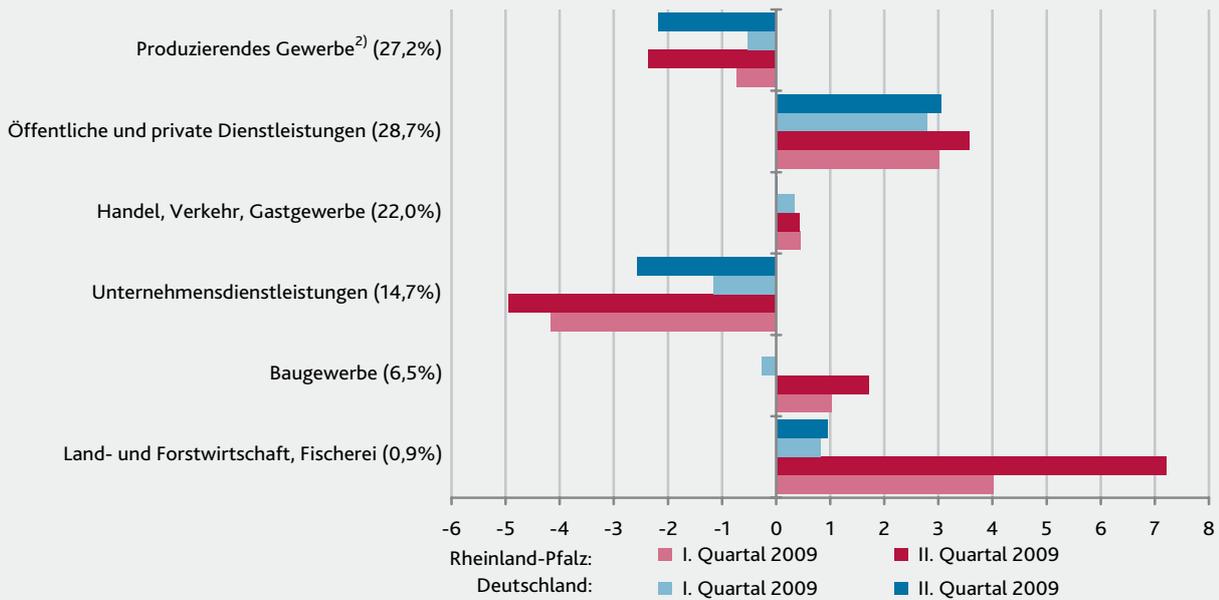
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



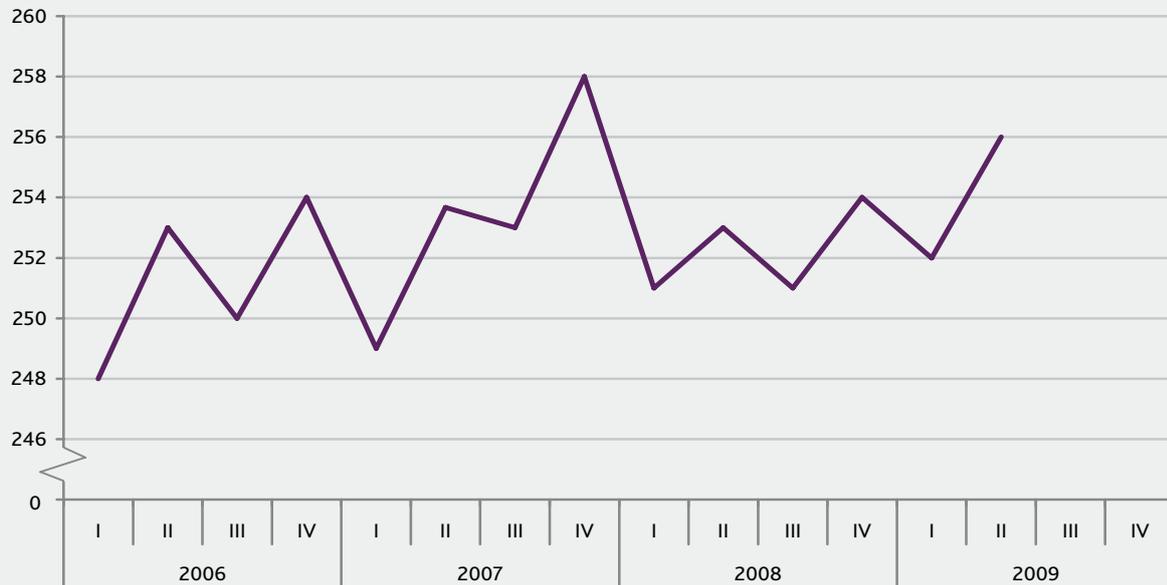
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



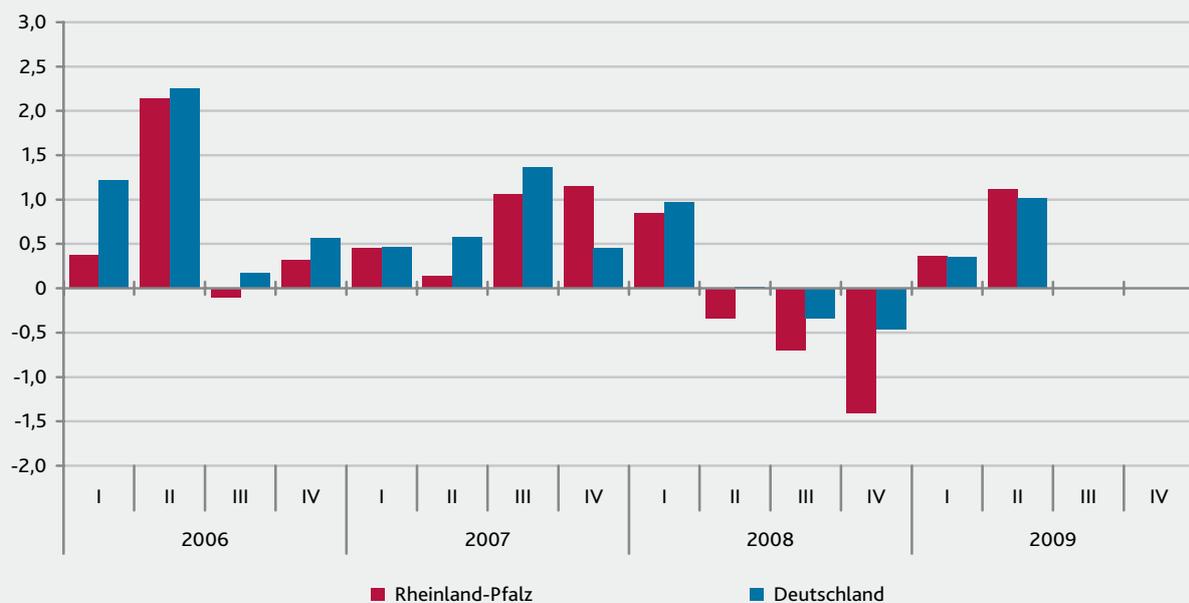
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1000



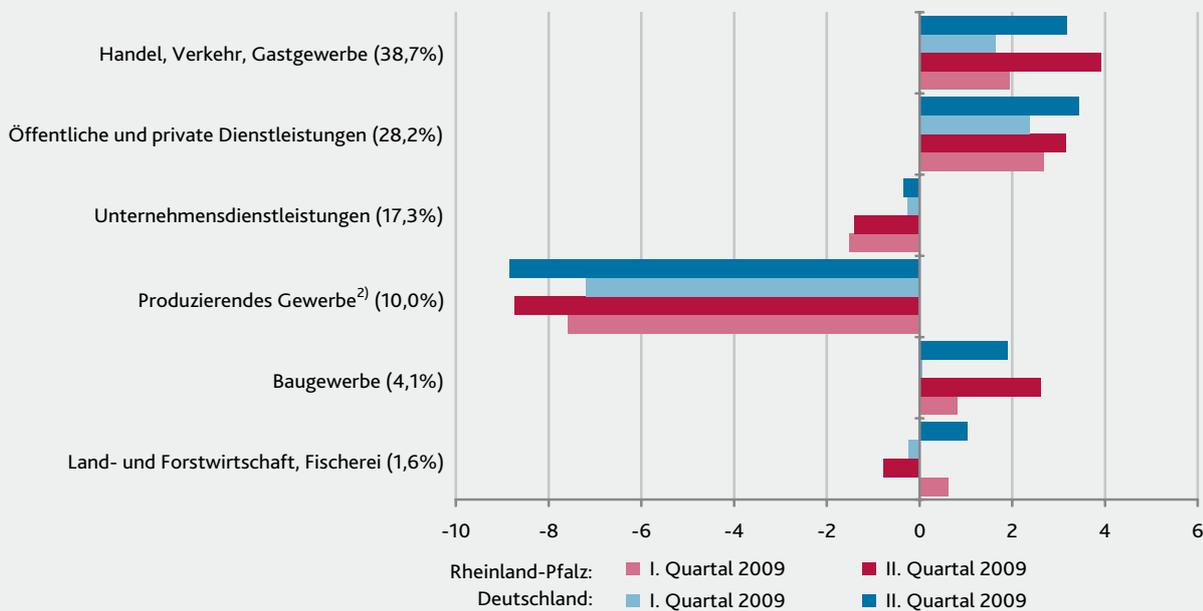
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. März 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend

der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchen-

umsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene

Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark, sans-serif font on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most prominent.

20	129 151	130 933	127 842
752	134 121	128 093	128 432
6 058	126 824	133 450	133 523
134 628	134 545	157 264	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 700
87 007	84 980	63 568	61 700
65 282	64 829	77 648	61 700
78 320	78 146	92 396	61 700
95 409	94 429	125 873	61 700
	125 677	103 800	61 700
	87 027	69	61 700

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 036	4 034	4 031	4 017	4 016	4 016	4 014
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	316	316	315	307	307	308	307
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	1 740	1 585	1 070	2 598	2 431	1 608	1 066
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 943	2 828	2 343	2 817	2 900	2 564	2 329
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	8,9	8,3	7,1	8,3	8,8	7,5	7,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 584	3 612	3 258	3 373	3 255	3 443	3 464
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	10,8	10,5	9,8	9,9	9,9	10,1	10,5
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	9	7	8	5	9	5	14
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	3,1	2,5	3,4	1,8	3,1	2,0	6,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	- 641	- 784	- 915	- 556	- 355	- 879	- 1 135
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 1,9	- 2,3	- 2,8	- 1,6	- 1,1	- 2,6	- 3,4

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	9 251	9 949	7 336	9 425	9 290	10 241	7 740
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	3 152	3 123	2 429	2 835	3 245	3 290	2 476
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	9 811	11 405	8 910	9 828	9 326	9 855	8 100
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	2 930	4 055	3 966	2 860	2 694	2 841	2 848
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	- 560	- 1 456	- 1 574	- 403	- 36	386	- 360
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	13 611	14 018	11 898	14 269	13 618	14 290	12 979

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}

Einheit	2006	2007		2008			2009			
	30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.		
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 158	1 179	1 194	1 196	1 203	1 228	1 209	1 198	1 201
* Frauen	1 000	521	527	539	539	540	553	550	549	549
* Ausländer/-innen	1 000	70	73	70	74	77	78	73	74	76
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	217	226	229	231	235	236	236	238	242
* darunter Frauen	1 000	187	195	198	200	202	203	204	205	208
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	.	.	9	10	11	9	10	11
* Produzierendes Gewerbe	1 000
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	.	.	408	411	419	412	407	404
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	.	.	182	185	188	179	175	176
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	.	.	334	333	341	344	344	345

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Einheit	2008		2009				2010			
	Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	116 260	127 400	130 402	133 459	134 319	120 104	133 894	134 633	131 037
* Frauen	Anzahl	57 758	57 826	59 106	59 203	59 756	54 214	58 072	57 738	57 084
* Männer	Anzahl	58 501	69 574	71 296	74 256	74 563	65 890	75 822	76 895	73 953
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	43 862	52 957	57 366	59 155	58 520	46 890	56 580	57 732	53 949
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	72 398	74 443	73 036	74 304	75 799	73 214	77 314	76 901	77 088
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	5,6	6,1	6,3	6,4	6,5	5,7	6,4	6,4	6,2
* Frauen	%	6,0	6,0	6,2	6,2	6,2	5,6	6,0	5,9	5,9
* Männer	%	5,3	6,2	6,4	6,7	6,7	5,9	6,7	6,8	6,6
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	5,6	6,6	6,5	7,1	7,1	5,4	6,1	6,5	6,1
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	4,0	4,1	4,0	4,3	4,1	3,2	3,4	3,6	3,4
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	6,0	6,2	6,6	6,7	6,8	5,9	6,5	6,5	6,4
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	5,7	6,4	6,7	6,8	6,9	6,1	6,7	6,7	6,7
* Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	14,1	14,3	14,4	12,9	14,3	14,1	13,8
Deutsche	%	5,1	5,6	5,7	5,9	5,9	5,2	5,8	5,9	5,7
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 624	46 248	27 009	40 754	52 789	39 918
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 508	19 352	19 958	21 231	20 587	18 125	18 681	19 906	20 049

BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)Baugenehmigungen für
Wohngebäude

Einheit	2007		2008		2009			2010		
	Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	469	467	346	328	368	479	361	357	...
insgesamt										
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	324	310	340	446	336	340	...
3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	22	18	28	33	25	17	...
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	-	2	1	1	2	1	-	1	...
Unternehmen	Anzahl	68	88	66	52	57	68	36	74	...
private Haushalte	Anzahl	400	376	279	275	309	410	325	282	...
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	673	642	475	485	521	702	535	529	...
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	324	340	389	498	389	316	...
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	61	64	74	91	71	61	...
Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	2 525	2 641	2 951	3 762	2 986	2 487	...
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	107	81	86	97	128	99	83	...

Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	133	133	120	95	90	103	111	101	...
insgesamt										
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	14	20	7	9	16	10	21	...
Unternehmen	Anzahl	115	116	99	88	80	83	100	79	...
private Haushalte	Anzahl	6	3	1	-	1	4	1	1	...
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	22	32	5	4	14	4	7	...
* Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	1 101	659	673	577	554	623	...
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	163	105	90	88	90	95	...
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	76	105	121	83	69	71	64	74	...

Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	783	752	615	544	598	804	624	600	...
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	3 283	3 043	3 354	4 382	3 487	2 854	...

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	11 044	11 029	11 141	11 179	11 405	10 458	10 473
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 811	2 945	2 621	2 610	3 043	2 569	2 158
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	22	38	6	15	15	35	8
* Jungrinder	t	8	25	13	6
* Schweine	t	8 211	8 094	8 173	7 933	8 480	8 510	8 261	7 805	8 287
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	9 676	10 059	9 351	8 351	7 207	6 629	7 848

**PRODUZIERENDES
GEWERBE**
**Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen
und Erden ⁴⁾**

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 041	1 041	1 031	1 038	1 039	1 039	1 010
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	249 533	248 193	246 032	241 787	240 709	239 791	237 608
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	31 982	28 359	29 961	30 612	30 708	27 520	29 086
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	1 142	854	805	802	1 100	839	793
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	5 985	5 474	4 600	5 405	5 630	5 431	4 958
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	2 995	2 362	2 567	2 955	3 068	2 771	2 954
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	1 858	1 914	993	1 295	1 371	1 525	945
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	112	86	83	118	120	99	84
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 020	1 112	957	1 037	1 072	1 036	975
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	...	1 804	1 544	1 253	1 297	1 537	1 671	1 635	1 677
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 098	1 051	449	633	694	665	463
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	2 978	2 560	2 153	2 596	2 830	2 702	2 537
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	49,8	46,8	46,8	48,0	50,3	49,7	51,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	73,9	71,2	78,1	81,6	82,9	75,3	87,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,0	77,8	69,4	84,1	81,0	82,3	73,2	87,2
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	58,2	63,6	60,4	74,6	77,0	73,1	81,4
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	91,3	72,4	55,2	52,5	109,7	106,0	84,3	101,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	128,7	120,4	117,9	125,0	117,3	115,5	101,3	119,1
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	108,8	72,2	68,2	81,4	70,1	70,6	63,9	73,3
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,2	37,7	51,3	50,6	67,1	58,8	59,0	77,5

**Energie- und Wasser-
versorgung**

* Betriebe ^{2) 9)}	Anzahl	103	111	110	110	116	115	115	115	163
* Beschäftigte ^{2) 5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 993	9 992	10 011	10 011	10 023	10 044	9 468
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2) 9)}	1 000 h	1 241	1 261	1 297	1 154	1 281	1 318	1 350	1 179	1 188
* Bruttoentgeltsumme ^{2) 9)}	Mill. EUR	34	35	50	34	32	42	50	34	30
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	783	798	835	572	571	549	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	770	785	818	552	554	534	...

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knackieiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾**Bauhauptgewerbe ²⁾**

Einheit	2007	2008		2009				2010		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	36 349	35 892	35 212	36 552	36 733	36 378	35 525
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	3 631	2 652	1 868	4 079	3 869	2 812	1 452
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	1 317	993	757	1 440	1 509	1 137	577
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	991	765	585	989	898	709	441
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	1 323	894	526	1 650	1 462	966	434
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	703	426	209	837	720	451	148
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	99	84	69	87	102	84	63
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	425	420	206	420	444	436	146
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	100	113	60	131	133	125	46
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	128	129	68	108	113	113	42
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	198	177	78	181	198	198	57
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	89	78	28	96	111	98	25

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾**

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	297	312	310	311	313	356	357	358	359
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 384	11 985	11 907	12 029	12 127	13 153	13 024	13 085	12 990
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 674	3 819	3 814	3 856	3 921	3 996	4 129	4 324	4 392
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	78	83	81	81	90	86	88	90	97
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	276	311	302	302	409	249	306	329	436

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

Einheit	2007	2008		2009				2010		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	124,2	125,0	123,4	122,3	121,8	120,8	121,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	117,3	120,6	121,3	126,0	125,3	123,8	126,3
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	119,9	114,0	107,3	96,3	118,5	112,2	105,2	92,8
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,7	106,2	102,6	92,6	112,3	106,1	99,7	87,8

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	106,0	107,9	107,9	105,8	105,0	105,2	105,2	104,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	108,3	110,8	110,7	108,4	106,5	107,0	106,8	105,7
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	111,2	110,4	129,7	100,3	116,5	108,7	129,2	97,7
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	113,5	107,7	107,4	127,2	98,3	113,6	106,5	126,7	95,5

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	102,9	104,9	103,7	101,9	103,1	103,2	102,1	101,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	115,1	119,4	116,6	112,5	120,2	121,4	120,0	119,3
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	94,1	92,8	81,1	74,0	104,4	93,9	79,1	72,5
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	95,3	90,6	89,0	78,0	71,1	99,5	89,6	75,5	69,1

GASTGEWERBE ^P

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,1	104,5	102,5	96,2	112,5	105,1	102,9	100,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,5	112,0	110,0	102,8	124,1	114,4	112,1	110,7
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	102,8	93,2	98,4	74,4	122,8	90,3	97,0	74,6
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	104,0	96,6	87,1	91,0	69,2	103,5	83,1	88,3	68,5

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtszeitraum wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

Einheit	2007	2008			2009				2010	
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gästeankünfte	1 000	615	621	467	384	309	792	475	404	304
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	91	96	63	162	104	106	59
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	1 140	1 042	832	2 135	1 162	1 070	814
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	230	267	150	436	261	281	137

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	2 272	1 850	1 959	2 183	2 062	1 969	1 882
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 463	1 141	1 154	1 528	1 348	1 230	1 095
* Getötete Personen	Anzahl	18	19	22	15	9	27	17	9	20
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	15	8	3	14	10	5	15
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	3	-	2	5	1	1	-
Radfahrer	Anzahl	1	2	1	-	-	1	3	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	3	2	5	2	4	1	2	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	1 978	1 510	1 484	1 920	1 806	1 620	1 403
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	338	329	344	242	221	379	315	252	230
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	157	136	113	136	169	151	126
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	82	88	34	21	119	52	35	21
Radfahrer	Anzahl	47	47	32	28	16	78	37	19	27
Fußgänger	Anzahl	34	35	44	27	54	28	27	37	49

Kraftfahrzeuge³⁾

Einheit	2008	2008			2009				2008	
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	10 454	9 521	10 204	15 581	13 297	10 162	9 056
darunter										
Krafträder	Anzahl	825	835	305	351	239	358	218	122	144
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	8 965	8 133	8 933	14 284	12 150	9 134	8 043
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	908	736	739	721	748	621	665
* Zugmaschinen	Anzahl	302	314	194	219	215	162	128	207	164

Personenbeförderung

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399	54 542	63 669
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	579	508	636	586	581	499	629

Binnenschifffahrt

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Gütereingang	1 000 t	1 142	1 158	1 190	1 103	1 002	879	814	1 009	958
* Güterversand	1 000 t	959	945	993	771	658	783	783	935	794

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	3 733	3 209	2 748	2 827	3 182	3 179	2 768
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	278	229	232	242	295	256	244
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	3 286	2 828	2 404	2 482	2 783	2 825	2 430
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	28	19	13	18	16	18	17
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	185	108	92	117	116	116	103
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	3 073	2 701	2 299	2 347	2 651	2 691	2 310
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	864	710	566	678	835	984	642
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	2 209	1 990	1 733	1 669	1 815	1 707	1 668

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾

davon nach

Einheit	2007	2008			2009					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Europa	Mill EUR	2 527	2 678	2 689	2 373	1 892	2 183	2 203	2 036	1 908
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill EUR	2 210	2 338	2 341	2 104	1 631	1 929	1 919	1 775	1 699
Belgien	Mill EUR	183	190	206	172	139	156	162	150	143
Luxemburg	Mill EUR	48	49	56	49	41	50	47	44	39
Dänemark	Mill EUR	49	50	52	38	34	36	35	34	29
Finnland	Mill EUR	28	31	30	28	23	24	22	21	22
Frankreich	Mill EUR	372	413	403	395	326	350	330	340	308
Griechenland	Mill EUR	41	44	41	39	30	33	40	36	28
Großbritannien	Mill EUR	245	237	240	230	156	196	202	184	173
Irland	Mill EUR	15	13	10	11	14	8	7	8	6
Italien	Mill EUR	268	265	288	238	169	227	236	213	189
Niederlande	Mill EUR	198	228	234	198	182	193	188	178	196
Österreich	Mill EUR	145	153	153	156	112	131	135	128	121
Schweden	Mill EUR	67	66	75	58	34	48	49	47	44
Spanien	Mill EUR	210	215	186	178	126	186	163	152	146
Portugal	Mill EUR	22	27	26	21	18	20	18	17	33
* Afrika	Mill EUR	74	83	87	81	82	54	117	98	78
* Amerika	Mill EUR	396	542	494	301	328	224	406	597	333
darunter nach USA und Kanada	Mill EUR	295	418	325	203	233	170	273	493	225
* Asien	Mill EUR	364	418	420	430	415	344	432	418	412
darunter nach China	Mill EUR	76	76	75	56	63	93	107	102	90
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill EUR	30	33	43	24	31	22	25	31	36

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill EUR	2 158	2 236	2 250	2 194	1 758	1 790	1 946	1 913	1 773
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill EUR	188	196	206	199	205	190	238	162	187
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill EUR	1 786	1 860	1 861	1 825	1 429	1 452	1 550	1 612	1 448
davon										
* Rohstoffe	Mill EUR	93	105	38	197	128	80	72	73	85
* Halbwaren	Mill EUR	237	278	327	276	191	186	152	229	174
* Fertigwaren	Mill EUR	1 456	1 477	1 496	1 352	1 110	1 186	1 326	1 310	1 189
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill EUR	416	401	432	333	294	299	392	365	370
* Enderzeugnisse	Mill EUR	1 040	1 076	1 065	1 019	816	887	934	945	819
* davon aus										
* Europa	Mill EUR	1 652	1 703	1 716	1 709	1 303	1 344	1 498	1 465	1 365
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill EUR	1 428	1 459	1 488	1 382	1 080	1 162	1 309	1 271	1 153
Belgien	Mill EUR	256	254	281	230	168	191	186	209	197
Luxemburg	Mill EUR	44	38	49	27	29	35	94	38	34
Dänemark	Mill EUR	43	27	12	55	12	24	37	21	34
Finnland	Mill EUR	12	11	10	8	8	8	7	8	7
Frankreich	Mill EUR	246	256	257	233	211	207	182	193	199
Griechenland	Mill EUR	6	7	4	9	4	9	3	6	6
Großbritannien	Mill EUR	70	74	82	88	49	65	118	65	59
Irland	Mill EUR	11	7	6	8	8	7	6	8	8
Italien	Mill EUR	135	129	133	118	111	114	124	134	113
Niederlande	Mill EUR	238	273	276	238	205	156	170	217	174
Österreich	Mill EUR	66	71	68	70	59	57	68	64	61
Schweden	Mill EUR	43	46	43	31	29	27	31	31	32
Spanien	Mill EUR	81	75	75	70	54	67	86	87	53
Portugal	Mill EUR	11	14	14	13	9	13	10	13	11
* Afrika	Mill EUR	32	34	36	33	23	21	23	16	26
* Amerika	Mill EUR	209	210	212	190	186	167	176	174	145
darunter aus USA und Kanada	Mill EUR	146	145	128	123	115	115	123	118	119
* Asien	Mill EUR	260	283	280	254	240	253	245	255	235
darunter aus China	Mill EUR	26	131	141	135	117	106	117	101	96
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill EUR	6	5	5	8	7	5	4	4	2

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

Einheit	2007	2008		2009				2010		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 189	3 070	3 769	3 582	3 415	3 105	3 718
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	2 942	4 083	3 747	2 776	2 898	3 833	3 398

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Insgesamt	Anzahl	615	592	555	545	551	654	682	582	683
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	107	96	98	82	117	105	77	132
* Verbraucher	Anzahl	371	355	341	353	321	418	425	372	420
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	115	102	82	130	92	126	111	113
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	16	16	12	18	27	26	22	18
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	99	98	94	62	121	212	97	207	119

HANDWERK ²⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	96,4	98,5	96,8	95,7	95,4	97,1	95,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	105,5	107,8	113,0	85,8	102,9	104,9	110,7

PREISE

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	105,7	106,2	106,0	106,9	106,4	106,8	107,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	103,5	103,5	103,6	104,0	104,0	104,2	104,2

VERDIENSTE ⁶⁾

Einheit	2007	2008				2009				
	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
* Bruttomonatsverdienste ⁷⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁸⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	3 294	3 391	3 058	3 094	3 096	3 123	3 102	3 142	3 169
* männlich	EUR	3 480	3 582	3 214	3 256	3 257	3 285	3 251	3 297	3 328
* weiblich	EUR	2 803	2 890	2 648	2 668	2 673	2 703	2 715	2 744	2 762
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 497	3 615	3 164	3 224	3 222	3 240	3 139	3 178	3 223
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 183	3 241	2 958	3 011	3 044	3 046	3 057	3 070	3 039
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 572	3 697	3 224	3 279	3 269	3 284	3 199	3 202	3 247
* Energieversorgung	EUR	4 897	4 951	4 167	4 227	4 192	4 285	4 278	4 346	4 343
* Wasserversorgung ⁹⁾	EUR	2 798	2 870	2 620	2 756	2 701	2 696	2 673	2 702	2 704
* Baugewerbe	EUR	2 888	3 002	2 681	2 786	2 848	2 885	2 620	2 886	2 948
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 145	3 226	2 981	2 999	3 003	3 037	3 074	3 116	3 131
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 133	3 204	2 903	2 918	2 918	2 934	2 941	3 001	3 040
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 664	2 739	2 525	2 533	2 530	2 579	2 541	2 581	2 587
* Gastgewerbe	EUR	1 980	1 984	1 944	1 909	1 901	1 924	1 928	1 938	1 927
* Information und Kommunikation	EUR	4 199	4 192	3 799	3 829	3 804	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 234	4 356	3 659	3 724	3 708	3 742	3 807	3 804	3 796
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 382	3 347	3 085	3 020	2 962	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 612	3 714	3 345	3 395	3 379	3 404	3 439	3 432	3 418
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 879	1 922	1 818	1 870	1 850	1 871	1 879	1 891	1 902
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	EUR	3 044	3 117	2 930	2 943	2 995	3 011	3 053	3 103	3 136
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 748	3 803	3 699	3 708	3 728	3 727	3 735	3 854	3 884
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 260	3 334	3 051	3 100	3 100	3 157	3 195	3 217	3 218
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 151	3 217	3 000	3 030	3 009	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 623	2 700	2 502	2 521	2 522	2 612	2 589	2 622	2 621

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 7) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 8) Einschließlich Beamte. – 9) Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

GELD UND KREDIT¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	119 209	116 529	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639	112 534	116 428
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 896	13 120	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682	11 421	11 908
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 417	11 062	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275	11 892	13 052
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 897	92 347	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682	89 221	91 468
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 411	107 081	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925	103 339	105 575
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	98 448	97 036	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167	95 489	96 893
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 963	10 044	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758	7 850	8 682
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 799	9 448	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714	9 195	10 853
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	100 212	101 309	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226	104 036	106 742
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 349	29 449	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464	35 897	37 983
Termineinlagen	Mill. EUR	35 704	38 076	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778	33 558	33 252
Sparbriefe	Mill. EUR	7 374	8 972	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197	7 582	7 333
Spareinlagen	Mill. EUR	27 787	24 813	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787	26 999	28 174
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	96 908	98 361	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204	101 786	104 561
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	94 374	95 971	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988	99 590	102 415
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 535	2 390	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216	2 196	2 146
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 304	2 948	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022	2 250	2 181

STEUERN**Aufkommen nach
Steuerarten**

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	3 729	2 561	3 103	2 814	3 557	2 369	2 959
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	1 622	753	1 001	782	1 552	626	958
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	825	550	926	872	833	529	881
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	-	-	455	386	-	-	424
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	481	15	27	- 10	404	- 7	- 19
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	80	65	5	11	30	30	8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	38	47	20	116	66	68	16	87	66
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	15	18	-	0	52	46	-	-	48
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	217	7	- 24	- 158	269	- 13	22
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	1	- 0	-	-	- 17	- 3	-	-	19
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	2 107	1 808	2 103	2 032	2 005	1 743	2 001
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	443	382	583	528	464	402	575
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 664	1 427	1 519	1 504	1 541	1 341	1 426
Zölle	Mill. EUR	156	161	159	143	176	139	136	137	162
Bundessteuern⁴⁾	Mill. EUR	78	78	162	56	56	101	175	100	93
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	68	8	5	32	55	7	11
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	84	37	24	24	79	30	23

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund.

noch STEuern

Einheit	2007	2008		2009				2010		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	82	147	74	37	42	39	36
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	- 0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	19	18	15	53	13	8	8	7	5
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	19	17	17	16	15	17	15	15
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	Mill. EUR	41	40	33	58	28	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	12	16	15	11	11	14	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	4	0	0	0	4	0	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	2	2	3	3	2

Einheit	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal

Gemeindesteuern

Mill. EUR	516	523	537	520	505	460	478	392	385	
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	5	4	6	4	5	5	3	
Grundsteuer B	Mill. EUR	104	106	111	120	96	89	118	120	99
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	399	404	410	385	399	358	347	256	275
sonstige Gemeindesteuern ²⁾	Mill. EUR	9	9	11	9	7	9	7	11	8

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Mill. EUR	753	826	780	831	1 024	502	730	655	874	
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	320	326	339	319	264	351	290	184	196
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	281	344	283	338	592	45	280	295	513
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	34	37	31	39	62	4	29	40	55

Einheit	2007	2008		2009				2010	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

Steuereinnahmen

des Landes

Mill. EUR	733	765	1 006	709	775	618	970	570	724	
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	82	147	74	37	42	39	36
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	331	372	610	326	369	263	573	267	346
Lohnsteuer	Mill. EUR	219	235	252	234	340	316	249	226	314
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	39	54	204	6	12	- 4	172	- 3	- 8
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	21	27	37	31	0	0	11	12	1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁴⁾	Mill. EUR	17	21	9	51	29	30	7	38	29
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	35	108	4	- 12	- 79	134	- 6	11
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	286	280	260	239	324	315	321	266	335
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	199	172	177	270	244	251	195	279
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	75	81	88	63	54	70	69	70	56
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	12	- 1	2	1	8	- 0	2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	- 0	1	0	3	- 0	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	10	11	29	- 1	4	2	18	- 1	4
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	6	- 0	1	0	4	- 0	1

Steuereinnahmen

des Bundes

Mill. EUR	1 485	1 578	1 987	1 323	1 564	1 473	1 905	1 257	1 514	
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	162	56	56	101	175	100	93
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	386	427	711	327	424	322	682	268	410
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 016	1 068	1 102	941	1 082	1 049	1 040	889	1 009
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	12	- 1	2	1	8	- 0	2

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Bis 2008 Zinsabschlag.

März

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 3. Vierteljahr 2009 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200943

Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte am 30. Juni 2008
(vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200800

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2009
Bestellnr.: C1073 200900

Viehbestände landwirtschaftlicher
Betriebe am 3. Mai 2009
(endgültiges Ergebnis der Viehzählung)
Bestellnr.: C3023 200900

Größenstruktur landwirtschaftlicher
Betriebe 2009
Bestellnr.: C4053 200900

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Januar 2010
Bestellnr.: D1023 201001

Insolvenzen 2009
Bestellnr.: D3013 200900

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden im Januar 2010
Bestellnr.: E1023 201001

Bauhauptgewerbe im Januar 2010 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 201001

Ausbaugewerbe 2009 –
Bauinstallation und sonstiges Bau-
gewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Bestellnr.: E3013 200900

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2009 –
Bauinstallation und sonstiges Bau-
gewerbe (Ergebnisse der vierteljähr-
lichen Erhebung im Ausbaugewerbe
bei Betrieben von Unternehmen mit
20 und mehr Beschäftigten)
Bestellnr.: E3023 200944

Ausbaugewerbe im Juni 2009 –
Bauinstallation und sonstiges
Baugewerbe
Bestellnr.: E3033 200900

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im Dezember 2009
Bestellnr.: E4023 200912

Beschäftigte und Umsatz
im Handwerk 2009
Bestellnr.: E5013 200900

Beschäftigte und Umsatz
im Handwerk im 4. Vierteljahr 2009
Bestellnr.: E5023 200944

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Januar 2010
Bestellnr.: G1023 201001

Aus- und Einfuhr im Dezember 2009
Bestellnr.: G3023 200912

Gäste und Übernachtungen
im Tourismus 2009
Bestellnr.: G4013 200900

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im Dezember 2009
Bestellnr.: G4023 200912

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 4. Viertel-
jahr 2009 – Kassenergebnisse
Bestellnr.: L2023 200944

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in
Rheinland-Pfalz und in Deutschland
im Februar 2010
Bestellnr.: M1013 201002

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten
im produzierenden Gewerbe und
im Dienstleistungsbereich im
4. Vierteljahr 2009
Bestellnr.: N1013 200944

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte
Rheinland-Pfalz – Ausgabe März 2010
Bestellnr.: Z2201 201003

Rheinland-Pfalz 2050 –
Auswirkungen des demografischen
Wandels auf den Pflegebedarf
(Statistische Analyse No 16)
Bestellnr.: Z2148 200901

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne
und -gehälter in den Ländern und
Ost-West-Großraumregionen
Deutschlands 1991 bis 2009 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 –
Berechnungsstand:
August 2009/Februar 2010
Bestellnr.: P1225E 201000

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Bruttoinlandsprodukt, Brutto-
wertschöpfung in den Ländern

und Ost-West-Großraumregionen
Deutschlands 1991 bis 2009 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 –
Berechnungsstand:
August 2009/Februar 2010
Bestellnr.: P1215E 200900

E-Mail-Versand:
Verzeichnis der Krankenhäuser und
Vorsorge- oder Rehabilitationsein-
richtungen in Deutschland – Kranken-
hausverzeichnis – Stand: 31.12.2008
Bestellnr.: A4015E 201000

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Erwerbstätige in den Ländern der
Bundesrepublik Deutschland 2001 bis
4. Vierteljahr 2009 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3
Erwerbstätige (Vierteljahres-
ergebnisse)
Bestellnr.: A6235E 201000

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: SCHOTT AG und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.